

Jahresbericht 2020

Berliner Register

zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin





Impressum

Koordination der Berliner Register

Post: pad gGmbH
Kastanienallee 55, 12627 Berlin
Mail: info@berliner-register.de
Tel.: 0152 - 04 42 57 46

Die jeweiligen Artikel wurden von den bezirklichen Registerstellen oder der Koordinierungsstelle verfasst.

Layout: Michael Mallé
Auflage: 1.500 Stück
Stand: Sommer 2021
Fotos: Berliner Register

V.i.S.d.P.: Andreas Wächter, Kastanienallee 55, 12627 Berlin



Gefördert durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.



Inhalt

<i>Einleitung</i>	04
<i>Berlin im Jahr 2020 - Alltag im Ausnahmezustand</i>	05
<i>Nur ein kleiner Teil LGBTIQ*-feindlicher Gewalt ist sichtbar</i>	09
Charlottenburg-Wilmersdorf	11
Friedrichshain-Kreuzberg	15
Antisemitische Vorfälle 2020: Ein Überblick von RIAS Berlin	18
Lichtenberg	20
Marzahn-Hellersdorf	23
REDAR – Recherche & Dokumentation Antimuslimischer Rassismus	25
Mitte	26
Neukölln	31
Pankow	34
korientation. Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven	37
Reinickendorf	38
Centrum für intersektionale Anti-Diskriminierung Yekmal e. V.	40
Spandau	41
Steglitz-Zehlendorf	44
Tempelhof-Schöneberg	48
Treptow-Köpenick	52
<i>Links und Literatur</i>	55

Inhaltliche Kategorien:

- Rassismus mit den drei Unterkategorien
 - Antiziganismus / Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze
 - Antimuslimischer Rassismus
 - Rassismus gegen Schwarze Menschen/ Anti-Schwarzer Rassismus
- Antisemitismus (z.B. Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden)
- LGBTIQ*feindlichkeit (richtet sich gegen Lesben, Schwule, bi-, trans-, intersexuelle und queere Menschen)
- Sozialchauvinismus (z.B. Feindschaft gegen Obdachlose)
- Feindschaft gegenüber Menschen mit Behinderung/ Ableismus
- Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus
- Rechte Selbstdarstellung (z.B. Propaganda, die für extrem rechte Gruppen wirbt)
 - Wahlkampf
- Politische Gegner*innen (der extremen Rechten)
- Antifeminismus

Einleitung

Sie halten den mittlerweile dritten Jahresbericht aller Berliner Register in den Händen, der die Situation des Jahres 2020 beschreibt. Mit jedem Jahr, in dem wir Vorfälle erfassen, wächst das Netzwerk derjenigen, die uns ihre Beobachtungen und Erlebnisse schildern. Zum einen, weil die Registerstellen bekannter werden und zum anderen, weil mehr über die Themen gesprochen wird, die wir dokumentieren. Die wohl prägendsten Ereignisse des Jahres, die die öffentlichen Debatten bestimmt haben, waren der rechtsterroristische Anschlag in Hanau, die Corona-Pandemie und die Ermordung von George Floyd in den USA, die den Diskurs um Rassismus in Deutschland geprägt hat.

Während im Jahr 2015 die rassistischen Mobilisierungen gegen Geflüchtete und deren Unterkünfte über Facebook noch ein neues Phänomen waren, übernehmen mittlerweile soziale Netzwerke wie Instagram, Twitter, TikTok, YouTube oder die Messenger-App Telegram eine zentrale Rolle beim Setzen von Themen und in der Mobilisierung politischer Bewegungen. Die Auswirkungen dessen waren Alltag in der Registerarbeit des Jahres 2020. So eröffnen uns die sozialen Netzwerke viele Kommunikationskanäle über die Meldungen an uns gesendet werden und wenn wir diese veröffentlichen, verbreiten sich die Erfahrungen von Betroffenen schneller und erreichen mehr Menschen als in den Vorjahren. Die Hashtags #ichbinkeinvirus, #wasihnrnichtseht oder #blacklivesmatter sind Beispiele dafür, wie Betroffene ihre Erfahrungen im Pandemie-Jahr in der Öffentlichkeit geteilt haben. Gleichzeitig

nutzt die extreme Rechte das Internet professionell und strategisch. Die Kommentarspalten werden gefüllt, um eine Mehrheit für extrem rechte Inhalte zu suggerieren, Desinformationskampagnen werden gestartet, politisch Andersdenkende bedroht und durch emotionale Bildsprache Ängste geschürt. Besonders eindrücklich können all diese Strategien bei den Mobilisierungen gegen die Maßnahmen zur Corona-Pandemie beobachtet werden.

Auch wenn das Internet und die sozialen Medien eine bedeutende Rolle für den Austausch und die Verbreitung von Informationen spielen, machen sie unter den Registervorfällen nur einen kleinen Teil aus, denn für unsere Arbeit steht im Vordergrund was im Sozialraum, also auf der Straße, im Wohnumfeld, am Arbeitsplatz oder im Supermarkt passiert. Vieles würde genauso stattfinden, selbst wenn es das Internet nicht gäbe. Es wäre nur weniger sichtbar.

Wir bedanken uns bei all denjenigen, die die Kraft und Courage haben, Diskriminierung und andere Vorfälle zu melden und dadurch eine Auswertung möglich machen. Das sind die betroffenen Personen, die Anlaufstellen, die vielen Kooperationspartner*innen, von denen wir jedes Jahr einige im Jahresbericht vorstellen, die Berliner Beratungsstellen und ganz besonders die engagierten Menschen aus den Kiezen.

[Die Berliner Registerstellen, Sommer 2021](#)

Vorfallsarten:

- Propaganda (z.B. Aufkleber und Schmierereien)
- Veranstaltungen
- Angriffe (z.B. Körperverletzung, massive Bedrohungen)
- Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien
- Sachbeschädigungen (z.B. an Gedenktafeln oder Stolpersteinen)
- BVV (z.B. diskriminierende Anträge und Redebeiträge in den Bezirksverordnetenversammlungen)
- Strukturelle Benachteiligung (z.B. behördliche Diskriminierung und Leistungsverweigerung)
- Sonstiges

Berlin im Jahr 2020

Alltag im Ausnahmezustand

Das Jahr 2020 war nicht gewöhnlich. Es war geprägt von Ereignissen, die die gesamte Gesellschaft betrafen, weil sie tiefe Wunden sichtbar gemacht und neue geschaffen haben. Am 19. Februar 2020 erschoss ein rechter Gewalttäter aus rassistischer Motivation in Hanau neun Menschen mit Migrationsgeschichte. Zeug*innen der Tat, Angehörige und Freund*innen der Ermordeten kritisieren das Vorgehen der staatlichen Ermittlungsbehörden in der Tatnacht und die mangelhafte Aufarbeitung von Fehlern, die im Zusammenhang mit der Tat durch staatliche Institutionen gemacht wurden. Sie empfinden Schmerz, Wut und Trauer. Der Rassismus, der zur Ermordung ihrer Liebsten führte, ist tief verankert und weit verbreitet in der deutschen Gesellschaft. Rassismus prägt den Alltag und die Lebenswege vieler Menschen. Dies zeigte sich auch nach dem Tod des Schwarzen US-Amerikaners George Floyd. Er war am 25. Mai 2020 während einer Polizeimaßnahme trotz Interventionen und Kameraaufnahmen von einem weißen Polizisten erstickt worden. In der öffentlichen Debatte wurde Rassismus zunächst als Problem in den USA verortet, in deutschen Talkshows wurden Menschen mit Migrationsgeschichte nur selten eingeladen, um zu dem Thema zu sprechen. Erst in den Monaten danach wurde, verstärkt durch die Black-Lives-Matter-Bewegung, Rassismus in der deutschen Gesellschaft, in den Medien und in der Polizei öffentlich thematisiert. In der Öffentlichkeit gibt es seitdem etwas mehr Raum, um die Perspektiven von Menschen wahrzunehmen, die Rassismus erfahren.

Auf die Dokumentation der Registervorfälle hatten beide Ereignisse nur mittelbare Auswirkungen, aber ihre Analyse stützt das, was Betroffene schildern. Sie zeigt, dass Rassismus kein Phänomen am Rand der Gesellschaft ist, sondern dass er Alltag ist und erhebliche Auswirkungen auf die Lebensgestaltung vieler Menschen hat.

Die Corona-Pandemie ist eine weitere Zäsur, die weltweit alle Menschen betrifft. Ab Mitte März wurden in Berlin erste Kontaktbeschränkungen und Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie umgesetzt. Schulen, Ämter, Sportanlagen, Clubs und Kneipen wurden geschlossen, öffentliche Veranstaltungen anfangs untersagt, nur Bau- und Supermärkte waren geöffnet. Die Registerstellen vermuteten, dass die massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens, die Reduzierung von Mobilität und von sozialen Kontakten, zu einem Rückgang der Vorfälle führen würden. Aber es kam anders.

2020 in Zahlen

In die berlinweite Auswertung für das Jahr 2020 fließen Daten aus allen 12 Berliner Bezirken ein. 3822 Vorfälle (2019: 3277) wurden bis Ende Februar 2020 durch die Registerstellen, die Opferberatung ReachOut und andere Kooperationspartner*innen erfasst. Die für das Jahr 2020 von den Berliner Registern aufgenommenen Zahlen spiegeln nicht alles wider, was passierte, sondern nur die Vorfälle, die den Registern zur Kenntnis gelangt sind. Durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Beschränkungen des öffentlichen Lebens wurden in den ersten fünf Monaten des Jahres zuerst ein Rückgang und danach ein Anstieg der Vorfälle verzeichnet.

Der Bezirk, in dem die meisten Vorfälle dokumentiert wurden, ist Mitte mit 609 Vorfällen. Reinickendorf und Spandau sind mit jeweils 98 Vorfällen die Schlusslichter. In 58 Prozent aller Vorfälle (2234) handelte es sich um Propaganda (2019: 50 Prozent). Die Hauptmotive waren wie in den Vorjahren Rassismus (1306 Vorfälle, 34 Prozent) und Antisemitismus (774 Vorfälle, 20 Prozent). In die Zählung rassistischer Vorfälle gingen auch antimuslimische, antiziganistische und anti-Schwarze Vorfälle ein.

Wir sehen mehr von dem, was im Alltag passiert

Im Jahr 2015 wurden im Durchschnitt 5 Vorfälle pro Tag dokumentiert, im Jahr 2020 hatte sich dieser Wert verdoppelt auf 10 Vorfälle pro Tag. Das bedeutet nicht, dass sich die Situation in Berlin verschlechtert hat, sondern dass mehr als bisher Menschen ihre Beobachtungen als Meldungen mit den Registerstellen teilen. Durch die Meldungen von Beratungsstellen wie Amaro Foro, Inssan, EOTO, der Opferhilfe Berlin, der „Antidiskriminierungsberatung Alter und Behinderung“ und der Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS) steigt der Anteil der Vorfälle, bei denen es sich um Diskriminierung durch Behörden und Institutionen handelt. In den Vorjahren noch unter der Kategorie „Sonstiges“ zu finden, wurde im Jahr 2020 die neue Kategorie „Strukturelle Benachteiligung“ für diese Fälle eingeführt. Die Zahl der Vorfälle in dieser Kategorie lag bei 147, davon wurden 126 (86 Prozent) der Kategorie Rassismus zugeordnet. Dass die Anzahl rassistischer Angriffe, Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien und die der strukturellen Benachteiligungen auf dem Niveau des Vorjahres waren, ist nicht selbstverständlich, weil die Rahmenbedingungen durch die Pandemie verändert waren. Beratungsstellen konnten ihre Sprechstunden nur noch

begrenzt in geschlossenen Räumen anbieten. Kunst- und Kulturveranstaltungen waren untersagt. Der dadurch entstandene Mangel an zwischenmenschlichen Kontakten hätte zu einem Rückgang der Registerzahlen führen müssen, denn Vorfälle passieren dort, wo Menschen aufeinandertreffen. In den vergangenen Jahren waren die beiden Gründe für den Anstieg der Meldungen der wachsende Bekanntheitsgrad der Register sowie Kooperationen mit Beratungsstellen aus der Antidiskriminierungsarbeit. Im Jahr 2020 kam die stärkere Nutzung von sozialen Netzwerken wie Twitter, Instagram oder TikTok als Effekt hinzu. Viele soziale Kontakte verlagerten sich in das Internet und politische Debatten wurden in den sozialen Netzwerken geführt. Menschen, die von Rassismus betroffen waren, haben dort ihre Erlebnisse öffentlich geteilt. So haben Menschen unter dem Hashtag #ichbinkeinvirus die Angriffe auf asiatisch gelesene Menschen bekannt gemacht. Unter #wasihnrnichtseht schilderten Schwarze Menschen ihre Erfahrungen mit Rassismus – in zwischenmenschlichen Beziehungen, in der Schule, am Arbeitsplatz oder auf der Straße. Dadurch ist zum einen die Aufmerksamkeit für den alltäglichen Rassismus gestiegen und Menschen, die von ihm betroffen sind, haben davon erfahren, dass Vorfälle bei Dokumentationsstellen gemeldet werden können. Diese Entwicklung ist positiv, doch Schilderungen von Menschen, die von Rassismus, Antisemitismus oder LGBTIQ*-Feindlichkeit betroffen sind, machen deutlich, dass ihre Erlebnisse keine Ausnahmen sind, sondern Alltag. Deshalb muss weiterhin von einem großen Dunkelfeld an Vorfällen ausgegangen werden.

Konjunktur traditioneller Themen der extremen Rechten

Die höchsten Anstiege unter den dokumentierten Inhalten verzeichneten die Kategorien NS-Verharmlosung (2020: 619; 2019: 353), Antisemitismus (2020: 774; 2019: 598) und Aktivitäten gegen politische Gegner*innen (2020: 383; 2019: 266). Diese Anstiege

haben verschiedene Ursachen: Einen Schwerpunkt bildeten Veranstaltungen und Demonstrationen der Corona-Leugner*innen oder -skeptiker*innen, auf denen antisemitische und rassistische Verschwörungsmythen verbreitet und die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mit dem Holocaust und der NS-Diktatur gleichgesetzt wurden. Einen weiteren großen Anteil am Anstieg der NS-verharmlosenden und -verherrlichenden Vorfälle hatten Einzelpersonen, die täglich Hakenkreuze und NS-Parolen schmierten. Besonders viele solcher Vorfälle wurden in Lichtenberg dokumentiert, aber auch in Friedrichshain, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg und Treptow-Köpenick gab es diese Entwicklung. Sie startete mit Beginn des ersten Lockdowns im März 2020, als weder Saalveranstaltungen noch Demonstrationen stattfanden. Die Vorteile für Täter*innen, über die Schmierereien ihre Meinung auszudrücken, liegen auf der Hand: Sie sind zeitlich flexibel und können sich ihre Routen frei wählen. Sie müssen keine organisatorischen Voraussetzungen erfüllen, weil sie allein handeln und die Vermittlung von Botschaften ist eindeutig, findet anonym statt und kann im Moment des Anbringens nicht durch andere Menschen hinterfragt werden.

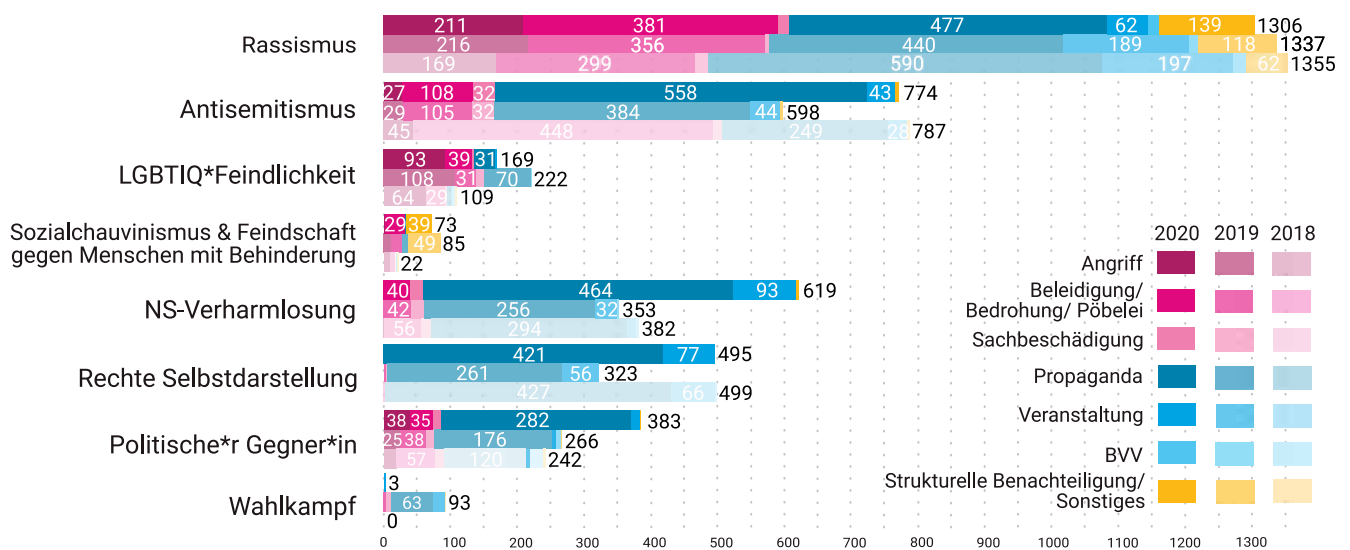
Eine weitere besorgniserregende Entwicklung ist der Anstieg antisemitischer Vorfälle, der auf die Zunahme von Propagandavorfällen im Internet zurückzuführen ist. Eine Auswertung der antisemitischen Vorfälle durch die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) ist auf Seite 18 in diesem Heft zu finden.

Konzentration politischer Veranstaltungen im Bezirk Mitte

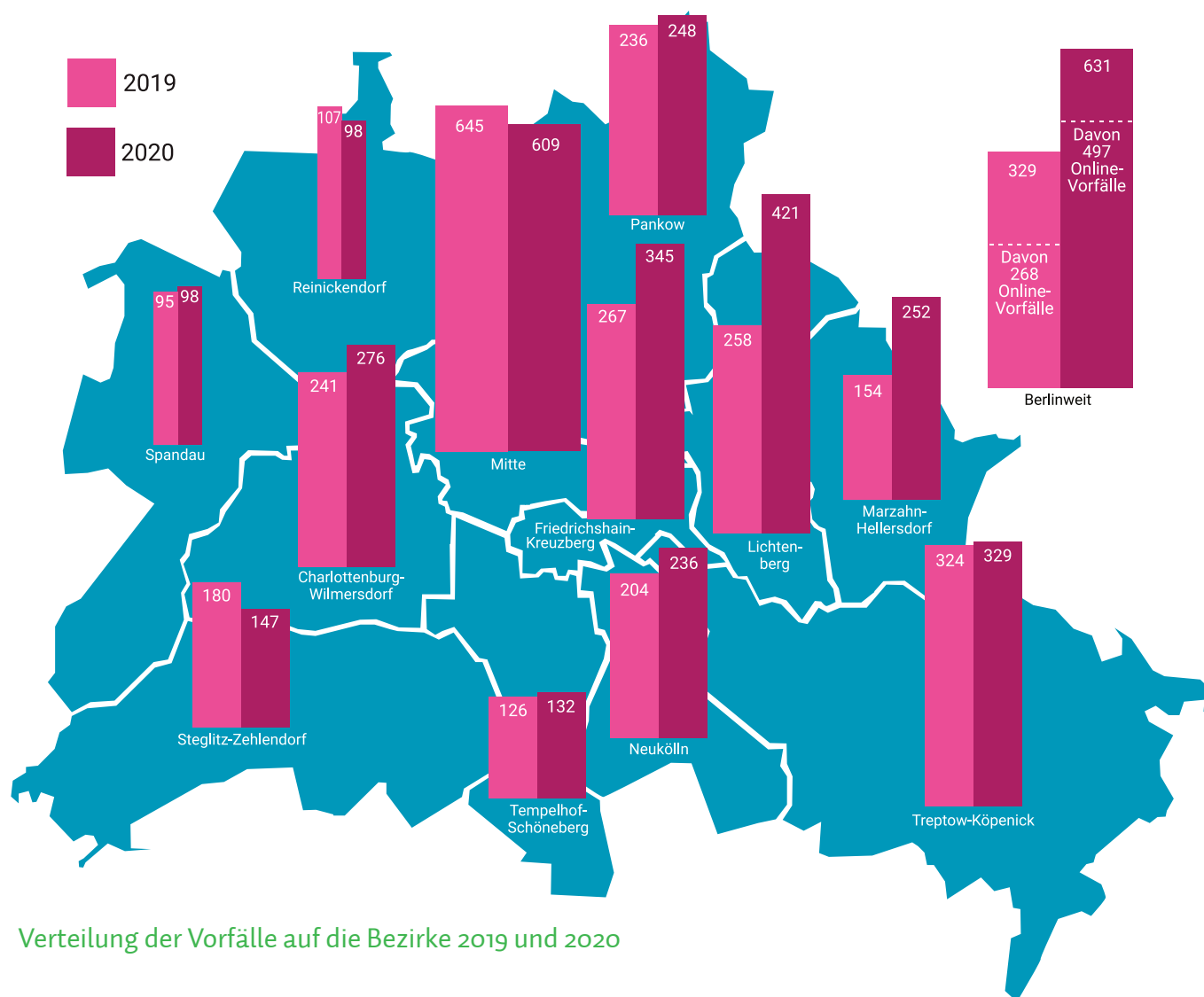
Mit 291 Veranstaltungen gab es einen Rückgang um ca. 15 Prozent (291: 346). Der Trend aus den vergangenen Jahren, dass immer weniger politische Veranstaltungen der extremen Rechten in den Außenbezirken stattfinden und die Demonstrationen in der Innenstadt ansteigen, hat im Jahr 2020 angehalten.

Die Veranstaltungsorte von Kundgebungen und Demonstrationen

2020: 3822 Vorfälle in Berlin
 2019: 3277 Vorfälle in Berlin
 2018: 3405 Vorfälle in Berlin



*Im Jahr 2018 wurden 9 Vorfälle dem Motiv "Sonstiges" zugeordnet. 2019 wurde diese inhaltliche Kategorie abgeschafft. Sie wird deshalb nicht dargestellt. Unter der Kategorie Rassismus werden antimuslimische, antiziganistische und gegen Schwarze Menschen gerichtete rassistische Vorfälle erfasst.



Verteilung der Vorfälle auf die Bezirke 2019 und 2020

mit extrem rechten Inhalten sind über die vergangenen fünf Jahre immer weiter in Richtung Innenstadt verlagert worden, d.h., in den Bezirk Mitte. In den Jahren 2015 bis 2017 verteilten sich die Veranstaltungen noch über die ganze Stadt und der Anteil an Demonstrationen in Mitte stieg von 20 auf 28 Prozent aller dokumentierten Veranstaltungen in Berlin. In den Jahren 2018 und 2019 waren es schon 45 Prozent und im Jahr 2020 dann sogar 63 Prozent aller Veranstaltungen. Das bedeutet auch, dass in den anderen Bezirken bis auf Charlottenburg-Wilmersdorf, der mit der City West seit Jahrzehnten Versammlungsort in Berlin war, kaum noch Veranstaltungen der extremen Rechten stattfanden. Diese Entwicklung hat ihre Ursache darin, dass die Themen, die 2020 zentral waren, wie die Corona-Pandemie und Rassismus, weniger von lokalem Interesse waren, sondern die ganze Stadt oder das gesamte Land betrafen. Für die überregionalen Themen wurde bundesweit mobilisiert, und dementsprechend wurden zentral gelegene Veranstaltungsorte gewählt, die gut erreichbar waren. Zudem sind demokratische Institutionen, die von bundesweiter Bedeutung sind, in Mitte ansässig. Sie wurden politisch adressiert und dementsprechend wurde auch dorthin mobilisiert.

Zwei Drittel der Demonstrationen und Kundgebungen hatten einen Corona-Bezug. Coronaleugner*innen wie die „Querdenker“, Impfgegner*innen, Reichsbürger*innen, Anhänger*innen von Verschwörungsmysen, wie „Q-Anon“, Hooligans, Akteur*innen extrem rechter Parteien und Organisationen sowie Menschen, die mit den Beschränkungen des öffentlichen und sozialen Lebens unzufrie-

den waren, nahmen an diesen Veranstaltungen teil. Auch wenn die Akteur*innen der extremen Rechten zu Beginn eher auf diese neue Bewegung aufsprangen, waren sie von Anfang an geduldet, konnten oft auch als (Mit-)Organisator*innen wirken und so zur Radikalisierung der Inhalte und Aktionsformen beitragen. So konnten auf allen dokumentierten Veranstaltungen antisemitische Inhalte verbreitet, der Holocaust verharmlost und verherrlicht sowie Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt werden. Diese Mischszene war in der Lage, weitaus mehr Menschen zu mobilisieren, als es der extremen Rechten in den Vorjahren allein möglich gewesen wäre. Hochgefährlich waren diese Bündnisse, weil dort die extreme Rechte mit ihrer Ideologie auf Menschen traf, die für ihre Ängste Erklärungen jenseits von Wissenschaft und Fakten suchten. Das Heraufbeschwören von Untergangsszenarien kann dazu führen, dass Menschen auf einer emotionalen Ebene in Panik geraten; rassistische Sündenbocktheorien, verschwörerische Welterklärungen, Ausgrenzung, Medienfeindlichkeit und Gewalt erscheinen dann als Rettung ihrer vermeintlich bedrohten Existenz.

Körperliche Angriffe verlagern sich von Partykiesen in Wohngebiete

Die Zahl der Angriffe lag mit 371 nur knapp unter der des Vorjahres (2019: 390). Die Hauptmotive sind Rassismus (211) und LGBTIQ*-Feindlichkeit (93). Bei diesen Motiven handelt es sich um Gelegen-

Bezirk	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Charlottenburg-Wilmersdorf	105	182	229	246	280	241	276
Friedrichshain-Kreuzberg	80	89	134	171	241	267	345
Lichtenberg	105	234	338	268	209	258	421
Marzahn-Hellersdorf	84	295	354	187	182	154	252
Mitte	79	190	283	344	495	645	609
Neukölln	126	133	265	269	360	204	236
Pankow	167	242	229	230	234	236	248
Reinickendorf	-	29	68	107	114	107	98
Spandau	18	39	50	69	78	95	98
Steglitz-Zehlendorf	-	-	247	236	220	180	147
Tempelhof-Schöneberg	35	82	119	100	93	126	132
Treptow-Köpenick	227	305	360	310	447	324	329
Berlinweit	-	-	160	264	452	440	631
Summe	1026	1820	2837	2800	3405	3277	3822

heitstaten im Alltag, für die es keine rechte Szene braucht. Je mehr Menschen an einem Ort aufeinandertreffen, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass es zu rassistischen oder LGBTIQ*-feindlichen Angriffen kommt. In Vierteln mit aktivem Nachtleben, mit vielen Demonstrationen und hoher Bevölkerungsdichte ist die Zahl der Angriffe deshalb höher als in Bezirken, in denen weniger Ausgelmöglichkeiten, viele Einfamilienhäuser und große Grünanlagen existieren. In den Bezirken, in denen die Angriffszahlen wegen dieser Gründe in den Vorjahren immer sehr hoch waren (Mitte, Neukölln), waren deutliche Rückgänge um 30 Prozent zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu verdoppelten sich die Angriffe in den Bezirken Spandau und Reinickendorf. Die Auswertung der Angriffe zeigte, dass es sich bei den Angriffsorten im Jahr 2020 um Straßen in Wohngebieten, um Supermärkte, Spielplätze oder Grünanlagen handelte. Besonders in den Wohngebieten, in denen Menschen in beengten Verhältnissen leben, führte die Schließung von Büros und Schulen dazu, dass der öffentliche Raum durch mehr Menschen gleichzeitig genutzt werden musste als bisher. Das führte zum Anstieg der Angriffszahlen in Wohngebieten.

Mit 3822 Vorfällen haben die Berliner Register mehr Meldungen erhalten als jemals zuvor. Der Großteil des Anstiegs resultierte aus Propaganda-Vorfällen. Die Tatsache, dass die Zahlen der Angriffe, der Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien sowie Diskriminierungsfälle auf dem auf dem gleichen Niveau wie 2019 lagen, obwohl über längere Zeit Institutionen, Clubs und Bars geschlossen waren, spricht dafür, dass mehr Menschen, die Ausgrenzungserfahrungen machten, diese sowohl teilten als auch den Registern meldeten. Hält dieser Trend an, kann das große Dunkelfeld an rassistischen, antisemitischen und LGBTIQ*-feindlichen Erfahrungen zunehmend erhellt werden und damit eine bessere Analyse der gesellschaftlichen Probleme erfolgen. Die Dokumentation der Berliner Registerstellen ist dabei ein Beitrag, um notwendige gesellschaftliche Debatten zu führen.



Nur ein kleiner Teil LGBTIQ*-feindlicher Gewalt ist sichtbar

Die Berliner Register dokumentieren alltägliche Diskriminierungen und Gewalt gegenüber LGBTIQ* in Berlin. Das Ziel ist Feindlichkeit gegenüber LGBTIQ* sichtbar zu machen und sie zurückzudrängen. Die Auswertung der Registervorfälle hat gezeigt, dass hauptsächlich LGBTIQ*-feindliche Gewalt gegen Männer erfasst wurde. Die Berliner Register wollen deshalb mehr Betroffene erreichen.

Gewalt gegen LGBTIQ* ist alltäglich

Seit 2005 erfassen die Register LGBTIQ*-Feindlichkeit. LGBTIQ ist eine englische Abkürzung für verschiedene Menschengruppen, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder ihrer Lebensweise von Diskriminierung und Angriffen betroffen sind. LGBTIQ steht dabei für Lesben, Gays (Schwule), Bisexuelle, Transgender, Intersexuelle und Queers. Das „*“ weist auf weitere Möglichkeiten hin.

Im Jahr 2020 waren von insgesamt 3822 Registervorfällen 169 Vorfälle LGBTIQ*-feindlich motiviert. 2019 waren es 222 Vorfälle. Das ist nicht einmal ein Vorfall pro Tag, in einer Stadt mit 3,7 Mio. Einwohner*innen und 365 Tagen im Jahr. Warum ist die Zahl so niedrig, obwohl viel mehr passiert? Dafür gibt es Gründe: Die Berliner Register können

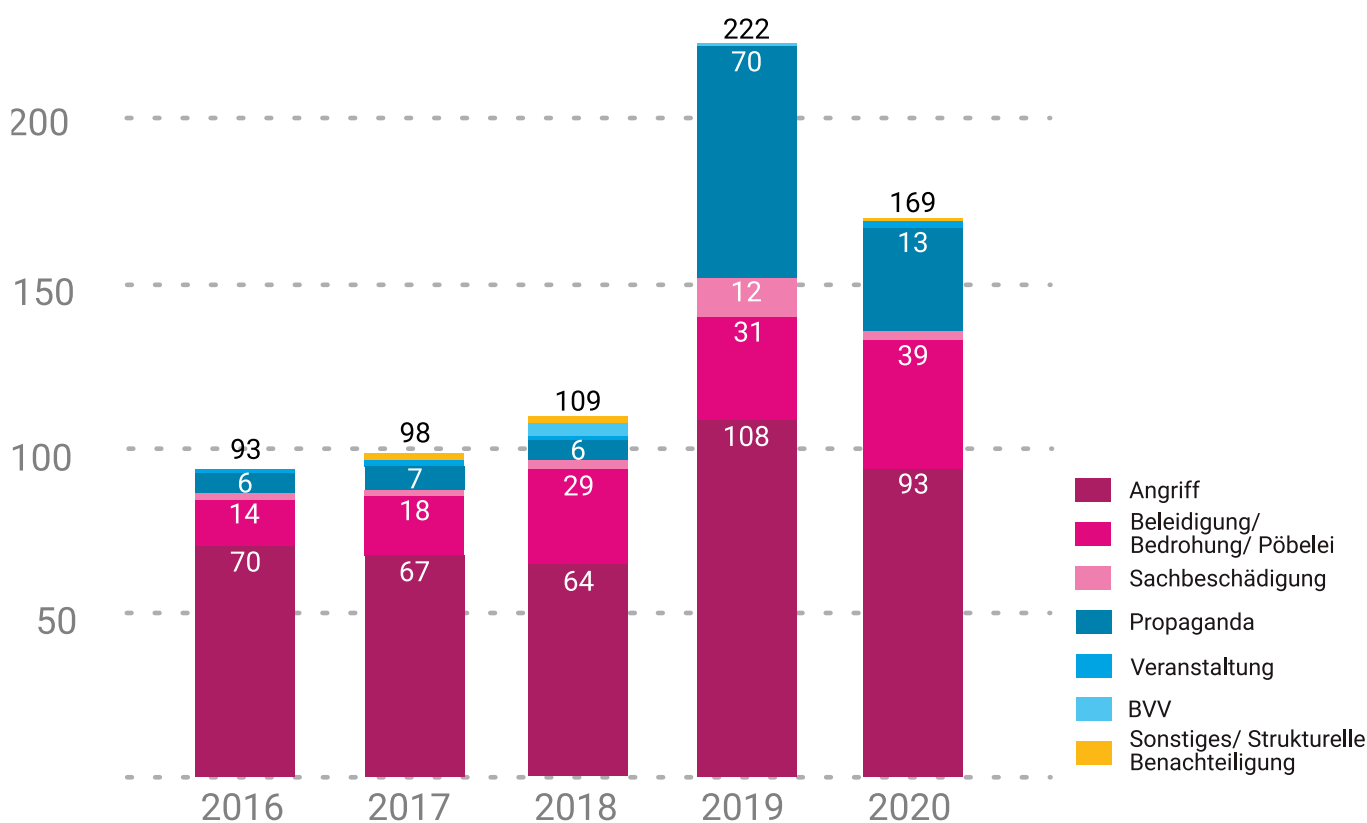
nur dokumentieren, was ihnen gemeldet oder öffentlich bekannt wurde. Zudem sind die Register noch nicht gut genug in der LGBTIQ*-Community bekannt. Außerdem behalten Betroffene ihre Erfahrungen aus unterschiedlichen Gründen für sich oder sie suchen z.B. im Freundeskreis oder einer Beratungsstelle Hilfe. Deshalb ist das Dunkelfeld an LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen groß.

Was die Registervorfälle zeigen

Dennoch ergeben sich wichtige Erkenntnisse aus den gemeldeten Vorfällen. Die Zahl der LGBTIQ*-feindlichen Angriffe sank von 108 im Jahr 2019 auf 93. Währenddessen stiegen Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien von 31 im Jahr 2019 auf 39 Meldungen im Jahr 2020. Bei den LGBTIQ*-feindlichen Angriffen stellten wir im Jahr 2020 auch

eine räumliche Verlagerung fest: In den zentralen Bezirken Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg und Charlottenburg gingen gemeldete Angriffe zurück. Sie nahmen in den Randbezirken Marzahn-Hellersdorf, Reinickendorf und Pankow zu. In der Corona-Pandemie waren wichtige Treffpunkte wie Clubs, Cafés und Vereine geschlossen. Demonstrationen wie der Christopher Street Day fanden nur stark eingeschränkt statt. Die Mobilität nahm ab, Leute hielten sich in ihren Wohngebieten auf und wurden deshalb dort attackiert.

Im Vergleich zu anderen Motiven wie Rassismus und Antisemitismus ist außerdem der Anteil von Angriffen und Beleidigungen bei LGBTIQ*-Feindlichkeit groß. Vergleichsweise viele davon sind brutal und ereignen sich im öffentlichen Raum. Doch auch in



LGBTIQ*-feindliche Vorfälle in Berlin von 2016 bis 2020

Privaträumen, am Arbeitsplatz oder in Bildungseinrichtungen fanden Mobbing und diffamierende Aussagen statt. Unter den Registervorfällen sind viele den Polizei- und Pressemeldungen entnommen. Das bedeutet, dass sich Betroffene von LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen wesentlich seltener als in anderen Themenfeldern, die dokumentiert werden, an die Register wenden.

Die gemeldeten Angriffe, Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien der vergangenen Jahre richteten sich vor allem gegen Männer. Die Täter*innen sind – wenn sie bekannt werden – ebenfalls überwiegend Männer. Hier zeigt sich das Dunkelfeld: Aus der Studie „Berliner Monitoring trans- und homophobe Gewalt“ geht hervor, dass sich Frauen selten an die Öffentlichkeit wenden, wenn sie LGBTIQ*-Feindlichkeit erfahren. Zum Dunkelfeld gehört ebenso, dass das Geschlecht von Betroffenen und Täter*innen oft nur aus einer Fremdzuschreibung bekannt ist, z.B. einer Zeitungsmeldung. Es sei denn Betroffene machen selbst Angaben dazu. So wurden in Zeitungs- und Polizeimeldungen Transfrauen als Männer in Frauenkleidern bezeichnet.

LGBTIQ*-Feindlichkeit überschneidet sich mit weiteren Themen

LGBTIQ*-Feindlichkeit tritt nicht allein auf. Es gibt Fälle in denen weitere Motive hinzukommen. Dies zeigen zwei Beispiele des Jahres 2020: Im August wurde eine Gruppe aus zwei Frauen und vier Männern in der Nähe des Ostbahnhofs in Friedrichshain nachts von einem Mann zunächst rassistisch und antisemitisch beleidigt. Im Anschluss daran beleidigte er ein Paar aus der

Gruppe LGBTIQ*-feindlich und bewarf es mit einer Glasflasche. Im November wurde ein Mann auf einem Bahnsteig am Ostkreuz rassistisch und LGBTIQ*-feindlich beleidigt und ihm wurde dann ins Gesicht gespuckt.

LGBTIQ*-Feindlichkeit ist auch Teil der Ideologie von extrem rechten Akteur*innen und wird deshalb auch in deren Propaganda thematisiert. Sie meinen, dass es nur die beiden Geschlechter Männer und Frauen geben dürfe und die Liebe zwischen ihnen. Homo-, Trans- und Intersexualität lehnen sie ab. LGBTIQ*-feindliche Aufkleber in Berlin stammen von der NPD, dem „III. Weg“ und von einem Onlineversandhandel. Sie trugen Parolen wie „Homo-Propaganda stoppen“, „Pro Mann & Frau – Es gibt nur zwei Geschlechter“ oder „Genderwahnsinn.“

Vorfälle sichtbar machen und melden!

Die Register wollen mehr LGBTIQ*-Feindlichkeit sichtbar machen, um besser dagegen vorgehen zu können. LGBTIQ*-Feindlichkeit muss mit all ihren Facetten in großen Teilen der Gesellschaft als Problem anerkannt werden. Durch das Melden von Vorfällen wird die Dokumentation aussagekräftig. Die Berliner Register wollen Medien, Politik und Nachbarschaft die Sichtweisen der Betroffenen aufzeigen. Erst wenn mehr Menschen sehen, dass es ein Problem gibt, wird etwas dagegen unternommen. Um LGBTIQ*-Feindlichkeit sichtbar zu machen, braucht es Beispiele, Daten und eine Analyse der Vorfälle. Das Ziel der Berliner Register ist die Unterstützung und Solidarisierung mit den Betroffenen von LGBTIQ*-Feindlichkeit. Wir laden dazu ein, uns Vorfälle zu melden und unsere Arbeit bekannt zu machen.

21. Januar

An der Fensterfront eines Gebäudes der Technischen Universität am Ernst-Reuter-Platz in Charlottenburg klebten drei selbstgemachte Aufkleber mit der Aufschrift „schwul=krank“.

Quelle: Register Charlottenburg-Wilmersdorf

21. Juli 2020

Gegen 1:10 Uhr wird ein 29-jähriger Mann im Burscheider Weg im Spandauer Ortsteil Haselhorst von einem 41-jährigen Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt, an den Hals gefasst, gewürgt und ihm wird eine Kopfnuss versetzt.

Quelle: ReachOut

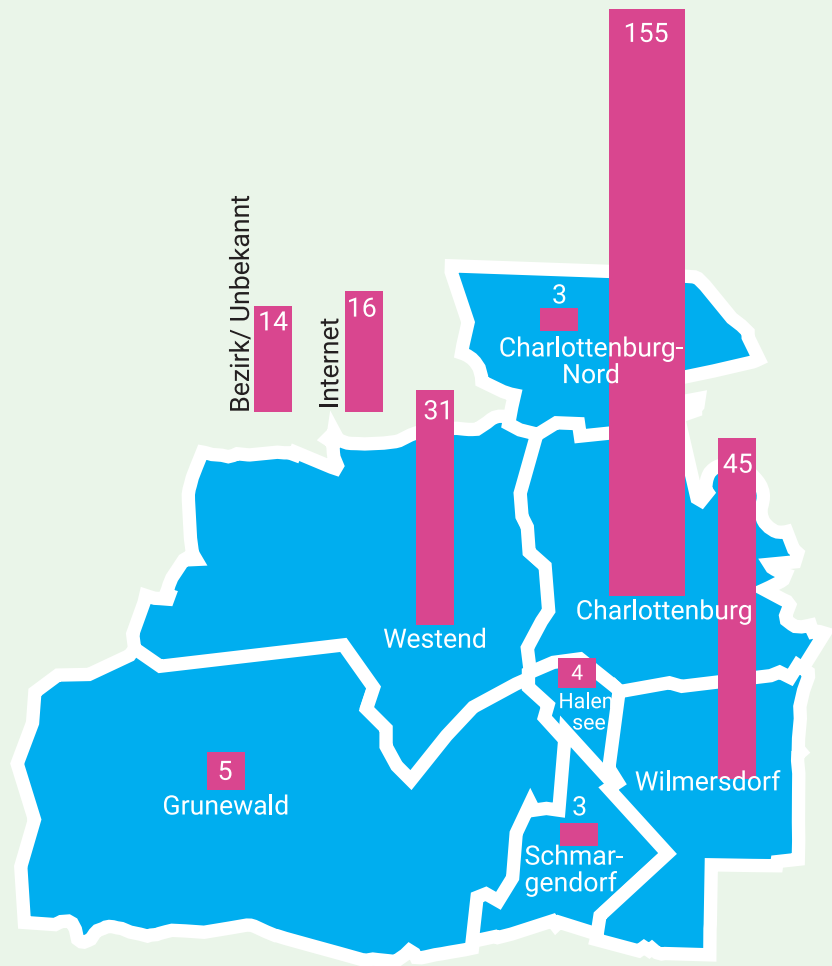
20. August 2020

Eine Berliner Therapeutin äußerte sich während der Behandlung gegenüber einer Schwarzen Person transfeindlich.
Quelle: Each One Teach One (EOTO) e.V.



Charlottenburg-Wilmersdorf

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein Bezirk mit über 340.000 Bewohner*innen. Hier befindet sich die City West, die Gegend um den Kurfürstendamm, die neben der historischen Mitte eine Zentrumsfunktion einnimmt, zentrale Verkehrsknotenpunkte und touristische Attraktionen. Dies erklärt u.a. auch, warum in den lokalen Zentren der Ortsteile Charlottenburg und Wilmersdorf jährlich die meisten Vorfälle dokumentiert wurden. Vor allem im Berliner Westen sitzen verschiedene (Neu) Rechte Institutionen, die wichtige Kommunikations- und Vernetzungspunkte für das rechte Spektrum darstellen. Rund um den Kudamm sind viele Menschen unterwegs – dort wurden extrem rechte Stickerserien geklebt.



Neonazi-Graffiti im Lietzenseepark



Verschwörungsedilogischer Aufkleber in der Mannheimer Str.



Kontakt:

Register Charlottenburg-Wilmersdorf

Sozialistische Jugend - Die Falken
LV Berlin
Schlossstr. 19
14059 Berlin

Tel.: 0178 - 91 85 89 6

Mail: cw@berliner-register.de

Twitter: @RegisterCW

Instagram: @registercw

Charlottenburg-Wilmersdorf

Mit insgesamt 276 Vorfällen wurden in Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahr 2020 15 Prozent mehr Vorfälle als im Vorjahr dokumentiert (2019: 241). In den dokumentierten Vorfällen ließ sich ein starker Anstieg extrem rechter Motive, hauptsächlich Verherrlichung bzw. Verharmlosung des Nationalsozialismus und Aktivitäten gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten, erkennen. Rassismus blieb weiterhin das häufigste Vorfallesmotiv und hat im Jahr 2020 eine neue Höchstzahl erreicht. Trotz Ausgangsbeschränkungen im Zuge der Covid-19-Pandemie ließ sich in den Meldungen kein Rückgang an Angriffen im öffentlichen Raum erkennen – im Gegenteil. 2020 hat das Register Charlottenburg-Wilmersdorf die höchste Angriffszahl seit seinem Bestehen dokumentiert (2020: 28; 2019: 17; 2018: 25). Daraus leitet sich eine verschärfte Bedrohungslage ab, besonders für Menschen, die von Rassismus betroffen sind,

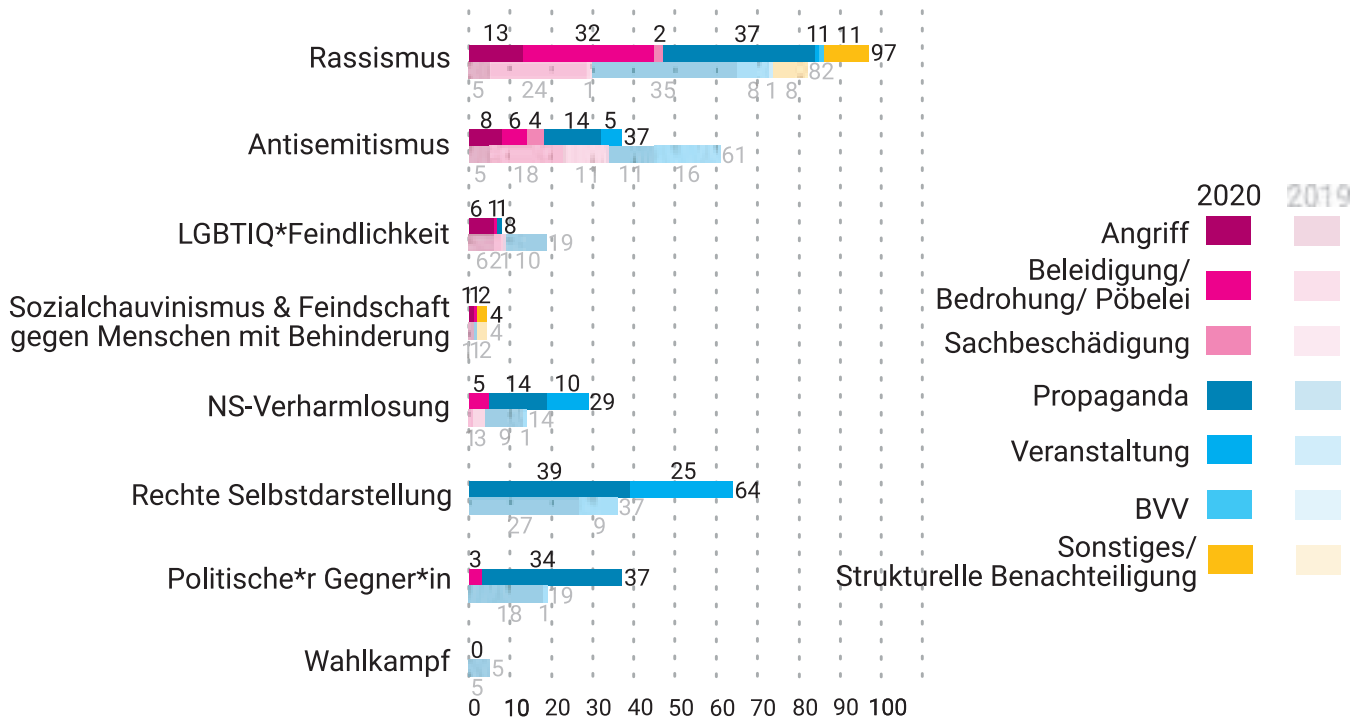
Jüdinnen*Juden und LGBTQ*-Personen. Eine wichtige Rolle hat im Bezirk außerdem die Instrumentalisierung der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie durch die extreme Rechte gespielt: Dies zeigte sich ab März 2020 an dokumentierten Veranstaltungen und Propagandavorfällen, die in diesem Zusammenhang standen. In diesem Kontext wurden vermehrt antisemitische Verschwörungserzählungen verbreitet.

Jüdinnen*Juden standen dadurch bundesweit verstärkt im Fokus und wurden Ziel von Angriffen. Trotz Halbierung der antisemitischen Vorfälle im Ortsteil Wilmersdorf seit dem Vorjahr (2020: 37; 2019: 61) sind antisemitische Gewalttaten gestiegen. Von den berlinweit dokumentierten 27 antisemitischen Angriffen fanden allein acht im Bezirk statt (2019: 5). Der Bezirk wies im Berliner Vergleich eine hohe Zahl auf, was an den

hier ansässigen jüdischen Einrichtungen liegt. Veranstaltungen wie der Al-Quds-Marsch fielen pandemiebedingt aus. Dabei wurden in den Vorjahren häufig antisemitische Vorfälle dokumentiert.

Starker Anstieg extrem rechter Motive, Rassismus bleibt häufigste Kategorie

Mit 97 Vorfällen war Rassismus die am häufigsten dokumentierte Motivkategorie. Die Gesamtzahl der rassistisch motivierten Vorfälle ist im Vergleich zu den Vorjahren kontinuierlich angestiegen. Es wurden insbesondere mehr rassistisch motivierte Angriffe (2020: 13; 2019: 5) und Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien (2020: 32; 2019: 24) gemeldet. Am häufigsten zeigte sich Rassismus in der Vorfallsart Propaganda mit 37 Vorfällen. Diese wurde als Mittel genutzt, um u. a. gegen Flucht, Migration und den Islam zu hetzen, sowie rassistische Stereotype zu verbreiten. Im Zuge der Corona-



Beispielvorfälle

24. August 2020

Anwohner*innen in der Eichkampsiedlung in Grunewald erhielten einen anonymen Drohbrief. Der Verfasser beschwerte sich über spielende Kinder. Er drohte die Kinder zu vergiften, entführen zu wollen und beleidigte die Mutter rassistisch. Anwohner*innen reagierten mit einer Unterschriftensammlung für das Familienleben im Kiez.
Quelle: Tagesspiegel

27. September 2020

An Jom Kippur wurde an der Friedhofsmauer des Jüdischen Friedhofs an der Heerstr. in Westend ein großes, mit schwarzer Farbe geschmiertes Hakenkreuz entdeckt.
Quelle: Register CW

04.03.2020

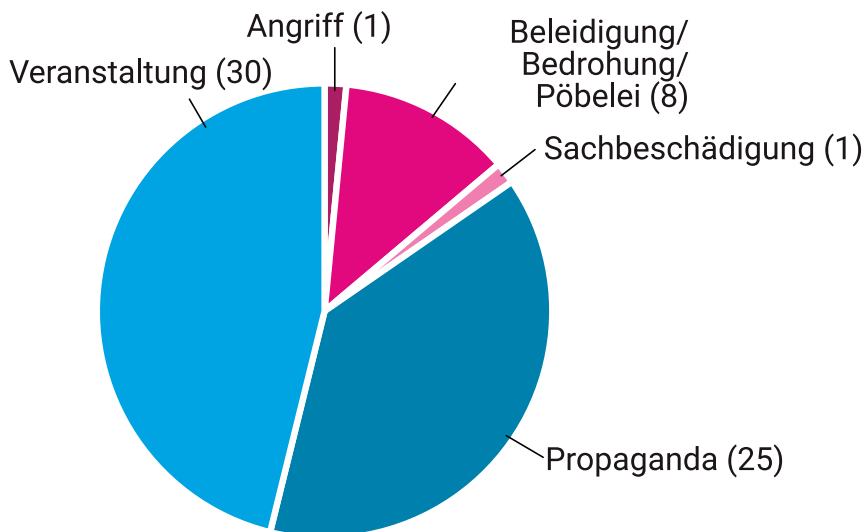
Gegen 8 Uhr morgens weckten BVG-Sicherheitsmitarbeiter einen schlafenden Obdachlosen in der U-Bahn am U-Bhf. Konstanzer Straße in Wilmersdorf. Sie zeigten den Mann wegen Fahrens

ohne gültigen Fahrschein an, riefen die Polizei und warfen ihn aus der U-Bahn. Als der obdachlose Mann sagte: „Ich bin auch ein Mensch.“, antworteten sie: „Nein, Sie sind kein Mensch.“
Quelle: Register Reinickendorf

11. November 2020

In einem Wohnhaus in Wilmersdorf wurden zahlreiche rassistische und NS-verharmlosende Schmierereien gemeldet. Dabei handelte es sich um anti-Schwarze rassistische Schmierereien, sowie Symbole und Codes,

Vorfälle mit Bezug zur Covid-19-Pandemie



Pandemie wurde weltweit anti-asiatischer Rassismus öffentlich sichtbarer, wie diverse Organisationen berichteten. Dies spiegelte sich auch in Charlottenburg-Wilmersdorf wider: So wurden Personen, die als asiatisch wahrgenommen wurden, angepöbelt, verspottet, verfolgt und körperlich angegriffen.

Rechte Selbstdarstellung war mit 64 Vorfällen das zweithäufigste Motiv. Der Anstieg um 52 Prozent im Vergleich zum Vorjahr lässt sich durch mehr Veranstaltungen (25) und Propaganda im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen erklären: Es wurden 39 Propagandavorfälle dokumentiert, u. a. der extrem rechten Identitären Bewegung, der Jungen Nationalisten (JN), der Kleinstpartei III. Weg und des rechtspopulistischen Magazins „Compact“.

37 Vorfälle richteten sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten. Mit fast doppelt so vielen Meldungen wie 2019 (19) ist dies die höchste bisher dokumentierte Anzahl. Es wurden 34 Propagandavorfälle erfasst, die sich gegen antifaschistisches

und emanzipatorisches Engagement sowie einzelne Politiker*innen richteten und diese als Feindbild konstruierten. Dreimal wurden politische Gegner*innen beleidigt oder bedroht. Im Sommer wurden beispielsweise Personen im Grunewald von Neo-Nazis bedrängt und gestoßen. Mehr als verdoppelt hat sich das Motiv der Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus (2020: 29; 2019: 14) und hat somit ebenfalls einen Höchststand erreicht. Dazu zählen fünf Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, wie „Heil Hitler“-Rufe, das Zeigen des Hitlergrußes sowie Aussagen wie „Ich bin der neue Adolf“. Es wurden insgesamt zwölf Hakenkreuzschmierereien gemeldet sowie „NS-“ und Reichsflaggenschmierereien.

Neuer Höchststand an Angriffen

Im Jahr 2020 wurden 28 Angriffe, und damit die höchste Zahl seit Bestehen des Registers Charlottenburg-Wilmersdorf, gemeldet. Mit 65 % ist diese Vorfallsart am deutlichsten im Vergleich zu den anderen Kategorien angestiegen (2019: 17). Allein im lokalen Zentrum, dem Ortsteil Charlottenburg, hat sich die

Zahl der Meldungen mehr als verdoppelt (2020: 22; 2019: 10). Von insgesamt 28 Angriffen fanden 22 allein in Charlottenburg statt. Diese standen nicht im Zusammenhang mit Demonstrationen, sondern waren Gelegenheitstaten im Alltag. So wurden zehn in Bahnhöfen und Bahnen verübt, viele ereigneten sich nachts, teilweise fanden sie in Wohngebieten statt.

Die meisten dokumentierten Angriffe im Bezirk waren rassistisch motiviert (13). Die antisemitischen Angriffe sind von fünf auf acht gestiegen. Es fanden sechs LGBTIQ*-feindliche Angriffe statt: Personen wurden u.a. homofeindlich beleidigt, gestoßen, getreten und mit Pfefferspray besprüht. Es waren auch Jugendliche betroffen. Trotz sinkender Gesamtzahl an Meldungen mit LGBTIQ*-feindlichem Motiv sind die Angriffsmeldungen im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben (2020: 6; 2019: 6). Ein Angriff richtete sich gegen eine obdachlose Person, die am 07. Januar im Vorraum einer Bankfiliale an der Otto-Suhr-Allee schlief, als ihr Hosenbein angezündet wurde. Die Person erlitt schwere Brandverletzungen. Die Täter*innen und Motive bleiben bei dieser Form der Gewalt oft unklar. Es wird von einer besonders großen Dunkelziffer an sozialchauvinistischer Gewalt ausgegangen.

Instrumentalisierungen der Corona-Pandemie

Propaganda war mit 139 weiterhin die häufigste Vorfallsart und machte insgesamt die Hälfte aller dokumentierten Vorfälle im Bezirk aus. Der Anstieg der Propaganda im Vergleich zu 2019 (116) lässt sich unter anderem durch die breite rechte Mobilisierung gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie erklären: So instrumentalisierten etablierte Akteur*innen wie die NPD oder das extrem rechte Magazin „Compact“ die Erzählungen unterschiedlicher Gruppen wie zum Beispiel die Angst vor einem vermeintlichen Impfbzwang oder

wie „Heil Hitler“ oder „1488“, die im inneren des Hauses an die Wände geschmiert oder geritzt wurden.
Quelle: Berliner Register

22. Januar 2020

Am Ernst-Reuter-Platz in Charlottenburg wurden neben der Eingangstür eines Ladens die Schmierereien „Kauft nicht beim Juden“ und SS-Runen entdeckt.

Quelle: RIAS Berlin

09. Juni 2020

Gegen 17.25 Uhr wurde in der Rossmann Filiale in der Tauentzienstr. in Charlottenburg eine 24-jährige Schwarze Frau rassistisch beleidigt. Die Kassiererin der Filiale unterstellte der Kundin Kartenmissbrauch, da der Name auf der Karte, mit der die Kundin bezahlen wollte, „deutsch“ klinge. Als die Betroffene die Polizei rief, unterstellte ihr der Polizist zu lügen, beleidigte sie, schrie sie an und drohte ihr mit Gefängnis.

Quelle: Register CW via Facebook, Pressemitteilung EOTO und ReachOut Berlin

25. April 2020

Gegen 0.20 Uhr wurde in der U7 am Fehrbelliner Platz ein Paar, das asiatisch gelesen wird, rassistisch beleidigt und angegriffen. Drei Männer sollen ihnen „Happy Corona“, „Corona“, sowie „Corona Party“ zugerufen haben. Die Frau wurde angegriffen und sexuell belästigt, der Mann bespuckt und geschubst.

Quelle: Register CW



(cc) Flickr.com - onnola (<https://www.flickr.com/photos/30845644@No4/33151320990>)

die Gleichsetzung von Kontaktbeschränkungen mit dem Nationalsozialismus. Darüber hinaus wurde zahlreiche Propaganda gemeldet, weil sie verschwörungsideologische und rechte Inhalte reproduzierte. Trotz der erschwerten Bedingungen für Versammlungen durch die Covid-19-Pandemie wurden 2020 mehr rechte Veranstaltungen im Bezirk dokumentiert als im Vorjahr (2019: 35; 2020: 41). Grund dafür ist zum einen die zentrale Lage der City West als beliebter Startpunkt für Kundgebungen und Demonstrationen. Zum anderen gilt Charlottenburg-Wilmersdorf weiterhin als Zentrum wichtiger (neu-)rechter Institutionen. Das bekannteste Beispiel ist die Bibliothek des Konservatismus, ein Thinktank der Neuen Rechten. Hier wurden bis März 2020 sechs neurechte Veranstaltungen dokumentiert.

Es haben sich neue Veranstaltungsreihen etabliert, die im Zusammenhang mit den verschwörungsideologischen und rechten Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie standen.

Dabei handelte es sich um unterschiedliche Akteur*innen und diverse Veranstaltungsformate wie Infostände, Kundgebungen und Autokorsos. Inhaltlich kam es zu Relativierungen des Nationalsozialismus und des Holocaust, es wurden antisemitische Verschwörungsmymen verbreitet und demokratische Politiker*innen verleumdet. In diesem Zusammenhang wurden außerdem weitere Räume der extrem Rechten im Bezirk sichtbar, wie das Restaurant von Attila Hildmann, das als Veranstaltungs- und Vernetzungsort der extrem rechten Szene genutzt wurde. Hier wurden u. a. Verschwörungsmymen verbreitet, Reichsflaggen geschwenkt und Gegendemonstrant*innen bedroht. Doch dies blieb nicht unkommentiert – es gründete sich ein breites Bündnis gegen antisemitische und extrem rechte Aktivitäten im Bezirk.

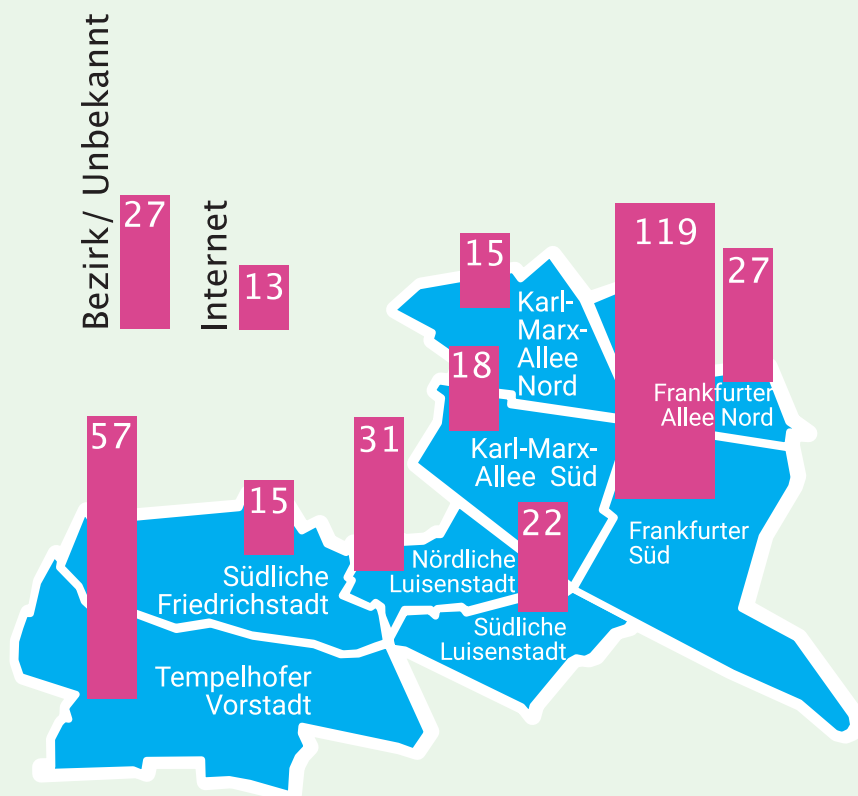


Die ausführliche Analyse können sie im „Registerbericht 2020 - Auswertung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Charlottenburg-Wilmersdorf“ nachlesen. Die Broschüre kann als PDF heruntergeladen werden oder in gedruckter Form kostenlos bestellt werden.

Friedrichshain-Kreuzberg

Der kleinste Innenstadtbezirk ist mit gut 290.000 Bewohner*innen aus mehr als 150 Nationen auch gleichzeitig der Bezirk mit der dichtesten Besiedlung. Prägte früher eine bunte Durchmischung die sehr unterschiedlichen Stadtteile Friedrichshain und Kreuzberg, wurden durch Gentrifizierung und damit einhergehende Mietsteigerungen viele kleine Gewerbe und Bewohner*innen verdrängt. Auch wenn aktive Rechte im Bezirk wohnen, ist hier keine organisierte rechte Szene verortet.

Mit der Corona-Pandemie haben nicht nur antisemitische, verschwörungsideologische Aktivitäten zugenommen. Auch Vertreter*innen der extrem rechten und neu-rechten Szene besetzten durch Propaganda und neue Veranstaltungsformate zunehmend den öffentlichen Raum. Bewohner*innen des Bezirks haben darauf mit Gegenaktionen reagiert.



Übermalung von Runen am Kottbusser Tor, Foto: Spezial Kay

Teil einer Serie im ganzen Bezirk, Foto: Melder*in



Kontakt:

Register Friedrichshain-Kreuzberg

UBI KLiZ e. V.

Kreutzigerstr. 23

10247 Berlin

Tel.: 030 - 74 07 88 31

0157 - 77 36 99 42

Mail: fk@berliner-register.de

Web: www.register-friedrichshain.de

Twitter: @regfhainkberg

Facebook: regfhainkberg

Mehr Propaganda, mehr Vorfälle in Kreuzberg, sozialräumliche Erfassung

Im Jahr 2020 wurden in Friedrichshain-Kreuzberg 345 Vorfälle gemeldet, 77 mehr als im Vorjahr. Rechte und rassistische Propaganda war mit 196 Vorfällen die häufigste Vorfallsart. Hakenkreuzschmierereien haben sich auf 23 zum Vorjahr verdoppelt, auch Aufkleber gegen politische Gegner*innen und aus dem Bereich rechte Selbstdarstellung stiegen deutlich an. Die Kleinstpartei „Der III. Weg“ verteilte Flyer in Kreuzberger Briefkästen, ein Anhänger der „Identitären Bewegung“ besprühte überwiegend in Friedrichshain großflächig Häuserwände. Im Graefekiez, der vorher eher unauffällig war, tauchten immer wieder Sticker eines rechten Onlinehandels aus Halle auf.

Trotz Lockdown sind die Angriffe (56) auf gleichem Niveau zum Vorjahr. In sieben Fällen wurden Menschen, die bei Vorfällen eingegriffen haben, beschimpft, bespuckt,

verfolgt, mit einem Messer bedroht oder verletzt.

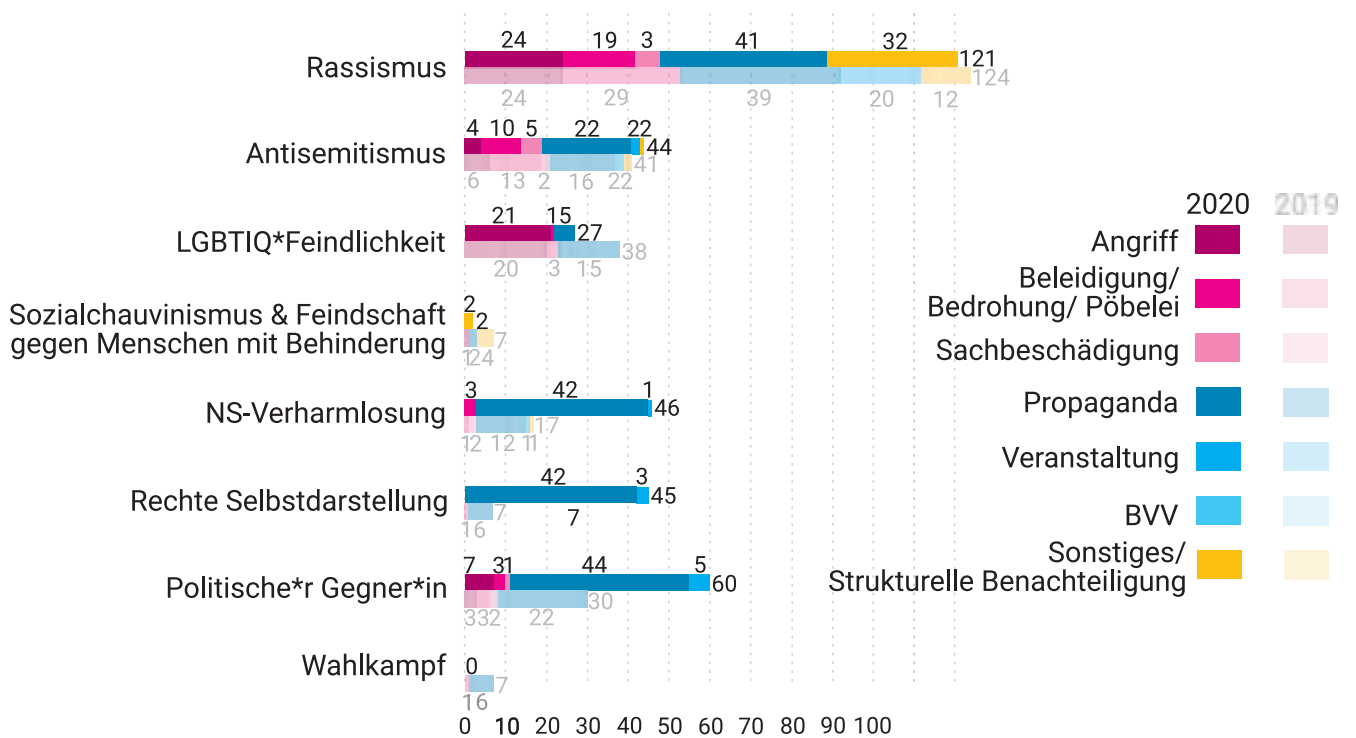
Rassismus war mit 121 Vorfällen das häufigste Motiv. Der Ortsteil Kreuzberg, der bei den Vorfällen stets deutlich unterhalb der Werte für Friedrichshain lag, holte auf (Friedrichshain: 179, Kreuzberg: 126). Das heißt, hier ereigneten sich entweder mehr Vorfälle oder diese wurden verstärkt gemeldet.

Erstmals wurden die Vorfälle nicht nur nach den beiden Stadtteilen Friedrichshain und Kreuzberg, sondern auch nach bezirklichen Sozialräumen erfasst. Dies ermöglicht zukünftig eine räumliche Differenzierung.

LGBTIQ*-feindliche Vorfälle sind um zehn auf 27 zurückgegangen (2019: 37), wovon 21 Vorfälle Angriffe waren. Der Rückgang um zehn Vorfälle in dieser Kategorie lässt sich auf weniger homofeindliche Schmierereien zurückführen. Bei diesem Motiv sind die Vorfallszahlen insgesamt gesunken, die Gewaltbereitschaft bleibt aber weiter sehr hoch.

Stark zugenommen haben Vorfälle gegen politische Gegner*innen mit 61 Meldungen (2019: 29), NS-Verharmlosung und -verherrlichung mit 43 Meldungen (2019: 17) und rechte Selbstdarstellung mit 49 Meldungen (2019: 6). Der Großteil des Anstiegs ist zurückzuführen auf Propaganda (2020: 196; 2019: 115), wie Sticker und Schmierereien. Die Verursacher*innen versuchen auf diese Weise das Klima im Bezirk zu beeinflussen. Es fanden auch Veranstaltungen statt. Bis auf eine hatten alle einen Bezug zur Coronapandemie.

Hier zu nennen sind z. B. die sogenannten „Musikparaden gegen den Maskenzwang“ der Freedom-Parade, die seit Frühjahr 2020 verstärkt durch Friedrichshain, später auch durch Kreuzberg und andere Berliner Bezirke zogen. Fast immer mit dabei waren auch einzelne Vertreter*innen aus der extrem rechten Szene. Darüber hinaus wurde vor allem der Friedrichshainer Südkiez immer wieder mit Stickern im Rahmen rechter



Beispielvorfälle

6. Januar 2020

Mehrere rassistische Aufkleber wurden zwischen Marchlewski-, / Torell - und Warschauer Straße entfernt.

Quelle: Bürger*innenmeldung

2. Februar 2020

Ein 59-jähriger Mann wird am Abend auf dem Mehringdamm von einer unbekannt Person aus rassistischer Motivation beleidigt, angespuckt und gegen den Kopf geschlagen.

Quelle: ReachOut Berlin

3. März 2020

Ein Mann war mit einem Freund in Kreuzberg unterwegs, als ein Polizist ihn am Arm packt und Handschellen anlegt. Am Polizeiwagen werden seine Beine weggefegt, er fällt zu Boden, wird geschlagen, Polizisten knien auf seinem Rücken und sein Kopf wird mit Stiefeln auf den Boden gepresst. Ein Polizist fasst ihn mit der Bemerkung „schöner Hintern, gute Muskeln“ an, hält ihm Pfefferspray an den Hintern und die umstehenden Polizisten lachen. Ein Polizist zieht seine

Lippe nach oben, er habe schöne Zähne. Ein Passant filmt die Situation. Ihm wird sein Handy abgenommen und das Video gelöscht. Der Mann wird an den Haaren in den Mannschaftswagen geworfen, wobei er sich verletzt. Er wird mit den Worten bedroht: „Vielleicht kommst Du hier nie wieder raus.“, zur Wache gefahren, erkennungsdienstlich behandelt und in eine Zelle gesperrt.

Quelle: KOP

Selbstdarstellung von Protagonist*innen der Freedom-Parade zugeklebt.

Erstmals wurden auch Rassismus-Fälle gemeldet, die sich gegen asiatisch gelesene Menschen richteten. Diese hatten einen Bezug zur Corona-Pandemie. So wurden rassistische Sticker an Friedrichshainer Ladengeschäften angebracht oder in einer Kreuzberger Bäckerei Angestellte beschimpft.

Sozialräume sind unterschiedlich betroffen

Große Unterschiede sind bei den Meldungen, sowohl in der Anzahl, als auch bei der Unterscheidung in Art und Motiv, bei der Verteilung auf die Sozialräume festzustellen.

Zuerst die gute Nachricht: Aus allen vier Friedrichshainer Sozialräumen wurde kein Fall von Struktureller Benachteiligung bekannt. Diese war mit 12 Vorfällen in der Südlichen Luisenstadt am häufigsten vertreten. In den meisten Fällen handelt es sich um Racial Profiling, also rassistische Polizeikontrollen. Fünf Fälle wurden aus der Tempelhofer Vorstadt bekannt und je zwei aus der Südlichen und Nördlichen Luisenstadt.

Die mit Abstand höchste Anzahl an Propaganda-Vorfällen (100) wurden aus dem Sozialraum Frankfurter Allee Süd gemeldet. Propaganda erscheint in allen Teilen des Bezirkes, aber erst mit Abstand folgt die Tempelhofer Vorstadt (28), Frankfurter Allee Nord (19) und die Nördliche Luisenstadt (14). Die meisten Angriffe (9) von insgesamt 30 Vorfällen wurden aus der nördlichen Luisenstadt gemeldet. In der südlichen Friedrichstadt (18 Vorfälle) und Tempelhofer Vorstadt (56 Vorfälle) wurden jeweils acht Angriffe bekannt. Im Sozialraum Frankfurter Allee Nord (17 Vorfälle) fanden sieben registrierte Angriffe statt.

Ebenfalls aus allen Bezirksteilen wurden antisemitische Vorfälle (44) bekannt. Im zweistelligen Bereich lagen sie aber nur im

Sozialraum Frankfurter Allee Süd (13) und in der Tempelhofer Vorstadt (10), wo z. B. eine Sachbeschädigung am „Berliner Zwangsarbeitsamt für Juden“ im Graefekiez erfolgte. Somit fanden mehr als die Hälfte aller antisemitischen Vorfälle in zwei von acht Sozialräumen statt.

Aus der Südlichen Friedrichstadt wurden die meisten LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle gemeldet, sieben von insgesamt 18. Von diesen sieben Vorfällen wurden sechs als Angriffe verzeichnet. Sechs von insgesamt acht Angriffen waren hier LGBTIQ*-feindlich motiviert.

Die wenigsten Vorfälle insgesamt wurden mit jeweils 17 aus den Sozialräumen Frankfurter Allee Nord und Süd in Friedrichshain gemeldet. Am häufigsten war mit 120 Vorfällen Frankfurter Allee Süd betroffen, gefolgt von der Tempelhofer Vorstadt in Kreuzberg mit 56 Vorfällen.

Insgesamt wurden aus Friedrichshain aber mehr Vorfälle als aus Kreuzberg bekannt (179:126).

Zivilcourage bei Bedrohungen und Angriffen

In einigen Fällen griffen Zeug*innen ein und konnten dadurch Schlimmeres verhindern. Im Januar verhinderte eine Frau an der Warschauer Straße, dass eine andere Frau von einem Mann aus rassistischen Gründen die Rolltreppe heruntergestoßen wurde. In der U-Bahn zwischen Schinesisches Tor und Warschauer Straße ereignete sich zudem ein antisemitischer Vorfall. Menschen, die eingriffen wurden nach dem Verlassen der U-Bahn verfolgt und ihnen wurden Prügel angedroht. Am Mehringplatz wurde im Februar eine Transfrau geschlagen. Als ein Zeuge eingriff, flüchtete der Angreifer. Im Mai kam es in einem Discounter in der Friedrichstraße zu einem muslimfeindlichen Angriff auf eine Frau. Zwei Personen eilten zu Hilfe und beendeten den Angriff.

Leider wurden auch Unterstützer*innen angegriffen. Am U-Bhf. Moritzplatz wurde im

September eine Transperson aus einer Gruppe Jugendlicher heraus beleidigt. Zeugen griffen ein und wurden geschlagen und getreten. Die Beispiele zeigen, dass Zivilcourage sich lohnen kann, aber auch Gefahren birgt. Mehr Informationen: <https://www.belltower.news/zehn-punkte-fuer-zivilcourage-51148/>

Ausblick

Es ist damit zu rechnen, dass sich Aktivitäten im öffentlichen Raum von Coronaleugner*innen, Antisemit*innen und Rassist*innen, die sich im Jahr 2020 enorm schnell radikalisiert haben, im Bezirk weiter verstärken werden. Hier sind demokratische Akteur*innen besonders gefordert, eine Verstärkung zu verhindern. Es haben auch viele Einzelpersonen Gegenproteste durchgeführt oder sich an diesen beteiligt. Wir hoffen, dass im Jahr 2021 noch mehr Bewohner*innen und Vereine in ihren Kiezen aktiv werden.

Zum Jahresende nahm das Register bereits erste Kontakte mit Initiativen und Nachbarschaftshäusern im Bezirk auf und wir freuen uns in der Folgezeit auf ein wachsendes solidarisches Netzwerk sowie die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit neuen Meldestellen. Das Register startet 2021 zudem einen monatlichen Podcast, der sich mit thematischen Inhalten aus diesem Netzwerk beschäftigt.

Um Vorfälle zu visualisieren, hat das Register für 2021 eine Onlinekarte eingerichtet, die auch in Sozialräume und deren größere Kieze unterteilt ist. Hier kann jede*r sehen, was aus dem direkten Umfeld gemeldet wurde (tinyurl.com/vrtnqgwdx).

Wir hoffen, dass noch mehr Menschen ihre Erlebnisse und Beobachtungen mit uns teilen und darüber eine weitere Sensibilisierung im Bezirk stattfindet, die einerseits zur Erhellung des Dunkelfeldes beiträgt und andererseits Betroffene von Rassismus und Diskriminierung stärkt.

29. Juli 2020

Ein Mitarbeiter eines Tonstudios hat aufgrund einer Veröffentlichung auf Youtube (eine Zusammenstellung von 150 Clips mit Auszügen aus Reden von AfD-Politiker*innen) eine konkrete Morddrohung per E-Mail erhalten. Es wurde Anzeige erstattet.

Quelle: Rederei FM

12. September 2020

An der East Side Gallery wurde das Bild „Vaterland“, das die Flaggen der BRD und des Staates Israels kombiniert, überschmiert. Mit schwarzer Farbe wurde das Bild, insbesondere der Davidstern in der Mitte, großflächig übersprüht. Zudem wurde mit einem Filzstift „Palestine isn't free since 1947“ geschrieben.

Quelle: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus

23. Oktober 2020

An eine Hauswand der Reichenberger Straße wurde ein Hakenkreuz geschmiert.

Quelle: Bürger*innenmeldung

12. Dezember 2020

Während einer rechten Kundgebung vor dem Ring-Center wurde eine Person von einer Teilnehmerin massiv bedrängt, beschimpft und gerempelt.

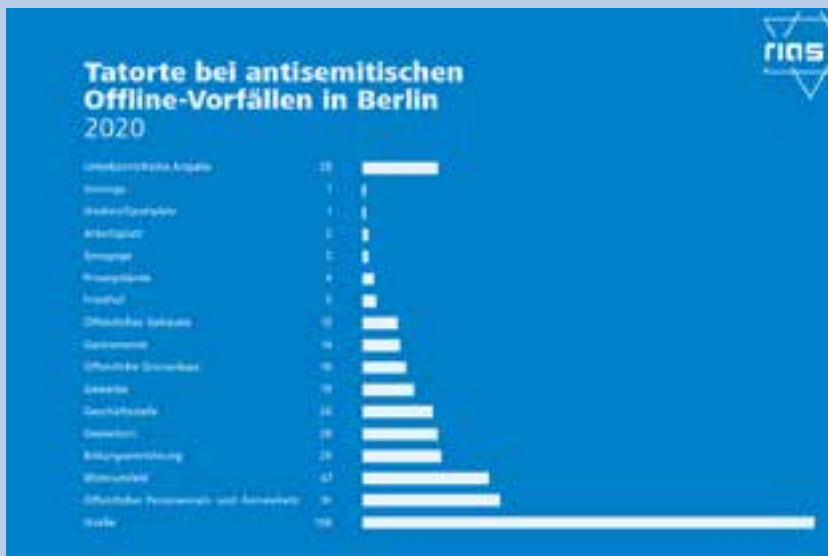
Quelle: Bürger*innenmeldung

Antisemitische Vorfälle 2020: Ein Überblick von RIAS Berlin



Insgesamt 1.004 antisemitische Vorfälle dokumentierte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) 2020. RIAS Berlin erfasste 17 Angriffe, 43 gezielte Sachbeschädigungen, 51 Bedrohungen, 770 Fälle verletzenden Verhaltens und 123 antisemitische Massenzuschriften. Trotz der durch die Pandemie bedingten tiefgreifenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der Reduzierung zwischenmenschlicher Kontakte nahm die Zahl bekannt gewordener antisemitischer Vorfälle im Jahr 2020 um 118 zu (Zunahme von 13,3%). Jeden Tag ereigneten sich also im Durchschnitt knapp drei antisemitische Vorfälle in der Bundeshauptstadt.

Fast jeder fünfte aller bekannt gewordenen Vorfälle stand im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie (186), unter ihnen eine gezielte Sachbeschädigung, zwei Bedrohungen, 144 Fälle verletzenden Verhaltens und 39 antisemitische Massenzuschriften. Insbesondere Versammlungen unter freiem Himmel waren geprägt von der Auseinandersetzung mit den staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie.



Die Auseinandersetzung mit der Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung stellte eine vielschichtige Gelegenheitsstruktur für die Artikulation antisemitischer Verschwörungsmythen dar. Die Versammlungen gegen die Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung, die bereits im März 2020 in Berlin ihren Ausgang nahmen, verstärkten diese Entwicklung: Auf die Maßnahmen wurde über den gesamten Jahresverlauf hinweg mit antisemitischen Verschwörungsmythen, Täter-Opfer-Umkehrungen und Schoa-Bagatellisierungen reagiert. Versammlungen mit Bezug zu den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie machten den Großteil der erfassten Versammlungen mit antisemitischen Inhalten aus: Mit insgesamt 58 wurden die meisten Versammlungen mit antisemitischen Inhalten seit Beginn der Projektarbeit (2019: 55) dokumentiert, 42 davon waren Versammlungen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19.



Die Gesamtzahl antisemitischer Gewaltvorfälle ging jedoch gegenüber den Vorjahren zurück: die Anzahl antisemitischer Angriffe um fast die Hälfte, die der Bedrohungen um immerhin ein Sechstel. Allerdings stellt RIAS Berlin eine Verlagerung der Schwerpunkte der Gewalt fest, die mittlerweile die Betroffenen am häufigsten in ihrem persönlichen Wohnumfeld betrifft (sieben Angriffe, sechs Bedrohungen). Während der Pandemie, als der private Rückzugsraum erhöhte Bedeutung gewann, konnte dies besonders belastend sein. Insgesamt dokumentierte RIAS Berlin 47 Vorfälle im persönlichen Wohnumfeld der Betroffenen – so viele wie in keinem anderen Jahr seit 2015. Die Anzahl der Einzelpersonen, die 2020 von antise-

Unterschiede zwischen der Erfassung durch die Berliner Register und RIAS Berlin

- RIAS Berlin benutzt ein Kategoriensystem, das auf der jahrelangen Arbeit der britischen Wohltätigkeitsorganisation Community Security Trust (CST) basiert und für den deutschen Kontext angepasst wurde. Als **extreme Gewalt** versteht RIAS Berlin physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Seit Beginn der Erfassung 2015 wurde für Berlin noch kein Fall von antisemitisch motivierter extremer Gewalt dokumentiert. Bundesweit fanden 2019 drei solche Fälle statt, darunter der bereits erwähnte Anschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) am Jom Kippur sowie eine versuchte Brandstiftung am Haus eines jüdischen Ehepaars in Niedersachsen. Als **Angriffe** versteht RIAS Berlin Vorfälle, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie beinhaltet auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Die beiden Kategorien „extreme Gewalt“ und „Angriff“ entsprechen weitgehend der Registerkategorie „Angriff“, umfassen im Gegensatz zu dieser jedoch keine massiven Bedrohungen. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** versteht RIAS Berlin die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten für die Opfer der Schoa, also z.B. Gedenkstätten, Gedenktafeln,

Stolpersteinen, sowie von Geschäftsstellen entsprechender Organisationen. Diese Kategorie entspricht in etwa der Registerkategorie „Sachbeschädigung“.

Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und konkret an eine Person bzw. Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalthandlungen. Vorfälle dieser Art werden von den Registern entweder als „Angriff“ (falls die Bedrohung massiv ist) oder als „Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei“ eingeordnet.

Als **verletzendes Verhalten** fasst RIAS Berlin sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für online getätigte antisemitische Äußerungen, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Als verletzendes Verhalten werden ferner antisemitische Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums gewertet. Als eine Unterkategorie des verletzenden Verhaltens erfasst RIAS Berlin Versammlungen – öffentlich zugängliche Veranstaltungen, wenn entweder auf ihnen selbst oder in den Ankündigungen und Aufrufen zur Versammlung antisemitische Inhalte feststellbar sind. Fälle von verletzendem Verhalten erfassen die Berliner Register unter den Kategorien „Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei“, „Propaganda“, „Sachbeschädigung“, „Veranstaltung“ oder (z.B. im Falle einer Diskriminierung) „Sonstiges“.

In der Kategorie **Massenzuschrift** werden schließlich antisemitische Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten – meistens handelt es sich hier um Online-Vorfälle. Alle diese Vorfälle sind für die Register Fälle von „Propaganda“.

- Im Gegensatz zu den Berliner Registern, die ein Monitoring der Social Media-Aktivitäten einschlägiger Berliner rechtsextremer Einzelpersonen und Gruppen betreiben und Ergebnisse aus diesem Monitoring als Vorfälle in die Chronik aufnehmen, erfasst RIAS Berlin Online-Vorfälle nur dann, wenn diese an Einzelpersonen oder Institutionen adressiert werden, z.B. in Form von E-Mails, Facebook-Kommentaren und weiteren direkt gerichteten Mitteilungen.
- RIAS Berlin erhält vom Kriminalpolizeilichen Meldedienst – Politisch Motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) der Berliner Polizei regelmäßig eine Statistik antisemitischer Straftaten inklusive kurzen Beschreibungen der Sachverhalte. Hieraus übernimmt das Projekt, bereinigt von Dopplungen und nicht zielgerichteten Propagandastraftaten, alle antisemitischen Vorfälle in die eigene Statistik – anders als die Berliner Register, die polizeilich bekannte Straftaten nur dann aufnehmen, wenn diese auf einem sonstigen Wege bekannt wurden (z.B. durch eine separate Meldung, eine polizeiliche Veröffentlichung oder durch die Opferberatungsstelle Reachout).
- Antisemitische Vorfälle können eine oder mehrere weitere zusätzliche Motivationen wie rechte Selbstdarstellung, NS-Verharmlosung, Rassismus u.w. aufweisen. Da die Berliner Register die Vorfälle thematisch jeweils einfach zuordnen, kann es dazu kommen, dass ein Vorfall mit auch antisemitischer Motivation von den Berliner Registern statistisch unter einem anderen Phänomen verzeichnet wird, weil diesem im konkreten Fall eine größere Rolle als Antisemitismus zugemessen wird. RIAS Berlin erfasst auch solche Vorfälle in der eigenen Statistik antisemitischer Vorfälle. Durch den Abgleich soll sichergestellt werden, dass möglichst viele Fälle dem gleichen Phänomen zugeordnet werden.

mitischen Vorfällen direkt betroffen waren, stieg von 330 auf 348. Von diesen Personen waren in 198 Vorfällen 238 Jüdinnen/Juden und Israelis betroffen oder wurden als solche wahrgenommen. Im Jahr 2020 waren somit noch häufiger als in den Jahren zuvor jüdische und israelische Personen und Gruppen von antisemitischer Gewalt, Propaganda oder Anfeindungen betroffen.

RIAS Berlin dokumentierte zudem mehr Vorfälle, die sich gegen Institutionen richteten (515), wobei mehr als vier Fünftel davon jüdische und israelische Einrichtungen waren (409). Diese Vorfälle ereigneten sich bis auf wenige Ausnahmen im Internet: Hier wurden zahlreiche antisemitische Diskussionen, die im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie standen, in Chats und Kommentaren fortgeführt, verstärkt und auch neu angeregt. Die insgesamt häufigsten Erscheinungsformen des Antisemitismus waren auch 2020 antisemitisches Otherring (43,4%) und Post-Schoa-Antisemitismus (40,9%). Eine we-

sentlich größere Rolle als in den vergangenen Jahren spielte infolge der weiten Verbreitung von Verschwörungsmythen mit Bezug zur Pandemie der moderne Antisemitismus. Diese Erscheinungsform kam in 34,6% aller Fälle vor, deutlich häufiger als beispielsweise Stereotype, die dem israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnen sind (26,3%). Moderner Antisemitismus gewann vor allem im Zusammenhang mit den oben genannten Versammlungen und Demonstrationsgeschehen an Bedeutung. Auch abseits der Versammlungen wurden auffällig oft Topoi des modernen Antisemitismus an Jüdinnen/Juden, Israelis oder als solche wahrgenommene Personen adressiert.

Wie schon in den Jahren zuvor blieb der politisch-weltanschauliche Hintergrund in etwa der Hälfte der Vorfälle unbekannt. Die meisten Vorfälle, die zugeordnet werden konnten, waren erneut rechtsextrem/rechtspopulistisch: Die absolute Zahl dieser Vorfälle stieg von 259 auf 271. Einen Anstieg um zwei Drittel

gegenüber 2019 konnte RIAS Berlin für Vorfälle aus dem verschwörungsideologischen Milieu feststellen. Ein Rückgang lässt sich dagegen für den antiisraelischen Aktivismus beobachten; ein Spektrum, das während der Pandemie viele Tätigkeiten ins Internet verlagerte und dort seltener Kontakt zu potentiellen Betroffenen hatte.

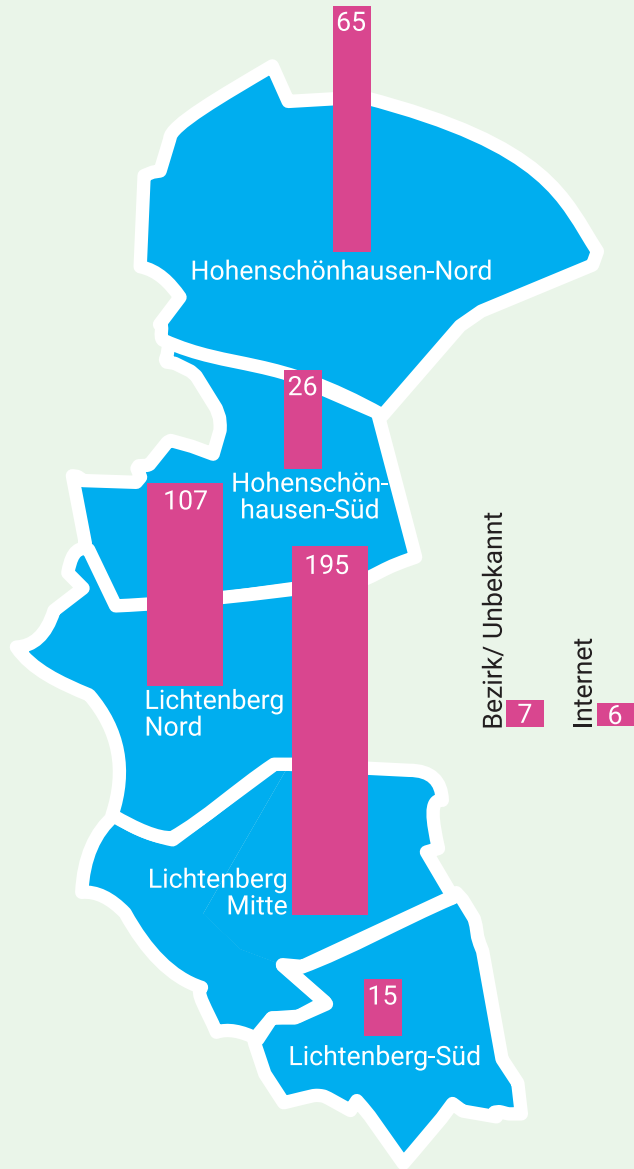
Die Pandemie hatte eine besonders besorgniserregende Auswirkung: Schon in den vergangenen Jahren verwies RIAS Berlin immer wieder darauf, dass der Antisemitismus in sämtliche Lebensbereiche der Betroffenen vordringt. In Zeiten eingeschränkter öffentlichen Lebens verbrachten jüdische Menschen, wie nicht-jüdische auch, mehr Zeit zuhause – und wurden dort häufiger antisemitisch angefeindet. Während die Pandemie im Laufe des Jahres 2021 hoffentlich abebben wird, steht zu befürchten, dass die während der Pandemie entstandenen potentiellen Bedrohungssituation im Privaten für die Betroffenen noch längere Zeit anhalten werden.



Lichtenberg

Im Bezirk Lichtenberg wohnen fast 300.000 Menschen. Der Bezirk weist je nach Ortsteil (Hohenschönhausen, Lichtenberg, Karlshorst) eine sehr unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzung auf.

Lichtenberg ist seit über 30 Jahren ein Bezirk mit einer aktiven und organisierten extrem rechten Szene. Diese konnte in den letzten Jahren durch zivilgesellschaftliches Engagement und problembewusstes Handeln der Lokalpolitik zurückgedrängt werden.



Propaganda für einen Aufmarsch in Hohenschönhausen

Hakenkreuze in Lichtenberg Mitte



Kontakt:

Lichtenberger Register

Fach- und Netzwerkstelle
Licht-Blicke, pad gGmbH
Einbeckerstraße 85, 10315 Berlin

Tel.: 030 - 50566518

Handy: 0176 - 16371635

Mail: register@licht-blicke.org

Facebook: Lichtenberger Register

Twitter: @LichtenbergerR7

Lichtenberg – eine aktive extreme Rechte unter Corona-Bedingungen

Im Jahr 2020 verzeichnet das Lichtenberger Register einen Höchststand von 421 gemeldeten Vorfällen. Das sind über 60 Prozent mehr als 2019 (258 Vorfälle). Es sind auch mehr als im Jahr 2016, dem Höhepunkt der Mobilisierungen gegen Geflüchtete, in dem bis dato die meisten Vorfälle gemeldet worden waren (339 Vorfälle).

Dies ist eine bemerkenswerte Entwicklung, da im Zuge der Einschränkungen zur Pandemiebekämpfung seit März die Möglichkeiten für Veranstaltungen stark beschränkt waren und 2020 auch keine Wahlen stattfanden. Dennoch waren die Vorfälle im gesamten Jahr anhaltend hoch, mit Spitzen in den Monaten Mai und Juni sowie Oktober und Dezember.

Propaganda hat stark zugenommen

Die Registerzahlen zeigen insbesondere einen deutlichen Anstieg gesprühter und geklebter rassistischer und extrem rechter Propaganda. Diese hat sich von 150 im Jahr 2019 auf 340 Vorfälle 2020 mehr als verdoppelt. Die Propaganda-Meldungen steigerten sich insbesondere in den Lockdown-Zeiten. Bei der Propaganda bleibt Rassismus wie schon im Vorjahr das wichtigste Motiv.

Mit 25 Angriffen (2019: 28) und 43 Beleidigungen, Pöbeleien und Bedrohungen (2019: 38) ist nach wie vor mindestens einmal die Woche eine Person im Bezirk von gewaltvoller Diskriminierung betroffen, meist mit rassistischem Motiv. Die Sachbeschädigungen haben mit fünf Meldungen abgenommen (2019: 13) und dreimal wurden Vorfälle von struktureller Benachteiligung gemeldet, die 2019 noch nicht gesondert erfasst wurden.

Im letzten Jahr wurden nur vier Veranstaltungen im Bezirk registriert (2019: 16). Der Rückgang ist durch die Pandemie-Bedingungen und durch die Inaktivität der lokalen NPD zu erklären. Mit dem Aufmarsch des „III. Weg“ im Oktober 2020 fand eine in den

Medien überregional beachtete Veranstaltung mit Neonazis aus anderen Bundesländern in Hohenschönhausen statt.

Rassismus ist das stärkste Motiv - Klassische Neonazithemen sehr präsent

Bei allen Vorkalkategorien blieb Rassismus das vorwiegende Motiv mit 120 Meldungen. Ein großer Teil davon richtete sich gegen Geflüchtete. Deutlich zugenommen haben jedoch Meldungen von NS-verherrlichender (108), rechts-selbstdarstellerischer (87) und politische Gegner*innen diffamierender (90) Motivation. Gerade bei den Propagandameldungen sind klassische Themen der extremen Rechten sehr stark vertreten. Sie reichen von einer Serie von Hakenkreuz-Schmierereien mit Schwerpunkt in Rummelsburg bis hin zu Propaganda-Aktivitäten des „III. Weg“.

Corona-Pandemie erweitert extrem rechte Motive und Aktivitäten

Die Corona-Pandemie hatte zudem Einfluss auf die Inhalte der extremen Rechten. So mehrten sich die Vorfälle rassistischer Äußerungen gegen asiatisch gelesene Menschen im Frühjahr oder Verschwörungserzählungen mit NS-verharmlosenden, antisemitischen oder rassistischen Zügen. Diese wurden dann aufgenommen, wenn sie einen Bezug zu inhaltlichen Register-Kategorien hatten, z.B. „Impfen macht frei“-Schriftzüge oder wenn sie so wie Aufkleber eines extrem rechten Versandhandels mit Bezug zur Corona-Pandemie klar der extremen Rechten zuzuordnen waren. Hier versuchten extrem rechte Akteur*innen gesellschaftliche Verunsicherung im Kontext der Pandemie für sich zu nutzen, wenn auch mit wenig neuen politischen Impulsen.

Lichtenberg Mitte bleibt Schwerpunkt von Meldungen

Fast die Hälfte der Vorfälle ereigneten sich in Lichtenberg Mitte. Hier wurden 2020 ins-

gesamt 195 Vorfälle gemeldet (2019 waren es noch 106). Dieser Anstieg hängt mit deutlich gestiegenen Propagandazahlen in der Gegend zwischen Weitlingkiez und Rummelsburg zusammen.

Mit Abstand dahinter folgt Lichtenberg Nord mit 107 Meldungen (2019: 79). Auch hier ging die Steigerung vor allem auf Propaganda zurück. Die Steigerung in Neu-Hohenschönhausen von 13 Meldungen 2019 auf 65 in 2020 lässt sich vor allem mit der neonazistischen Mobilisierung zum Aufmarsch des „III. Weg“ im Oktober erklären.

Wenig Vorfälle wurden 2020 in Alt Hohenschönhausen gemeldet (2020: 26 / 2019: 15). Auffällig war hier das Auftreten einer Neonazi-Sprühercrew namens „Antifa Hunter Miliz“, die auch in anderen Bezirken das Kürzel „AHM“ sprühten. In Karlshorst wurden 15 Vorfälle gemeldet (2019: 17). Neben einer rassistischen und einer LGBTIQ*-feindlichen Bedrohung war das vor allem Propaganda. Bezirksweit wurden sieben Vorfälle (2019: 15) aufgenommen. Dazu zählten drei Angriffe und drei Bedrohungen, deren Tater auf Wunsch der Betroffene nicht konkreter benannt wurden. Im Internet zählte das Register sechs Vorfälle (2019: 13), darunter die Meldung einer Polizei-Chatgruppe, in der der Nationalsozialismus verherrlicht wurde oder ein Beitrag eines AfD-BVV-Verordneten, der auf Facebook „NAZI? N-A-Z-I? Nicht An Zuwanderung Interessiert. NAZI!“ postete.

Angriffe und Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien verteilten sich gleichmäßig auf den gesamten Bezirk und lassen keine lokalen Schwerpunkte erkennen.

Organisierte extreme Rechte wenig aktiv – Einzelpersonen aktiviert

Im Kontext der organisierten Neonaziszene ließ sich beobachten, dass die älteren Organisationen wie die NPD, deren Jugendorganisation JN und Kameradschaften im Vergleich zu früher weiterhin deutlich an

28. Januar 2020

In der Gehrenseestraße Ecke Wartenberger Weg wurden Aufkleber gefunden, die einen betenden Muslimen zeigten.

Sie waren unterschrieben mit den Worten „Der Volksschädling“.
Quelle: Lichtenberger Register

15. April 2020

Der Supermarkt im Lichtenberger Bahnhof verweigerte laut Melder*innen obdachlosen Menschen

„aus hygienischen Gründen“ den Zutritt.

Quelle: Lichtenberger Register

23. Juni 2020

Gegen 20.00 Uhr wird eine 20-jährige Frau auf der Falkenberger Brücke von einem Bekannten aus LGBTIQ*-feindlicher Motivation beleidigt, geschlagen und getreten.

Quelle: ReachOut, Polizei Berlin 29.07.2020

21. Juli 2020

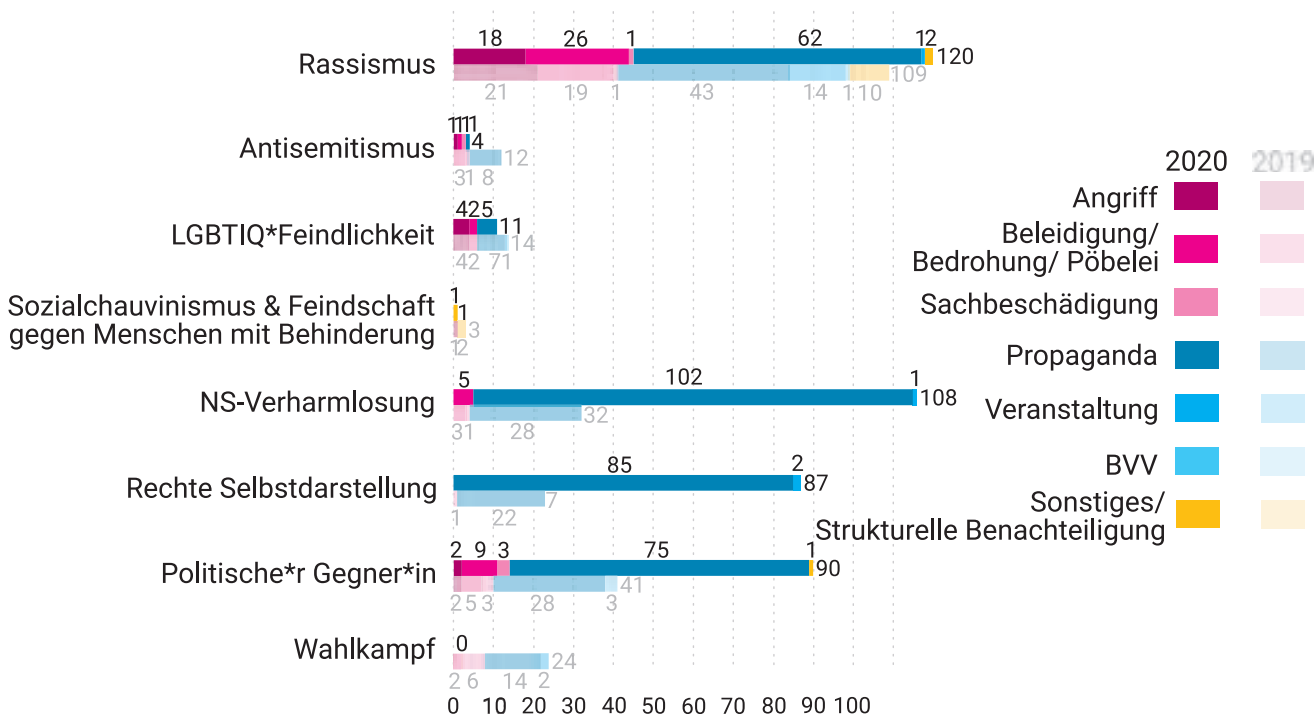
Eine ältere Frau bepöbelte in Höhe des S-Bhf. Karlshorst eine Frau transfeindlich. Sie forderte die Frau auf, ihre Geschlechtsmerkmale zu zeigen, weil sie aufgrund der Nase-Mund-Maske das Geschlecht der Frau nicht erkennen könne.

Quelle: Berliner Register

Präsenz verlieren. Diese Lücke versucht die Neonazikleinstpartei „III. Weg“ im Bezirk zu füllen: mit Veranstaltungen und regelmäßigen Propaganda-Touren. Mit diesen Bemühungen steht sie noch am Anfang. Diese Gruppierung wird in nächster Zeit eine zentrale Herausforderung für Zivilgesellschaft und Lokalpolitik darstellen.

Die zweite wichtige Entwicklung ist, dass durch die Corona-Pandemie offenbar neue Personen aktiv geworden sind, die mit selbstgebastelten Aufklebern oder Schriftzügen im öffentlichen Raum in Erscheinung traten. Dabei verbanden sie Inhalte der extremen Rechten mit Verschwörungsmythologien bezüglich der Corona-Pandemie. Weitere Akteur*innen ohne klare Zugehörigkeit zu extrem rechten Organisationen traten mit Hakenkreuzen und anderen Neonazi-

Schriftzügen sowie mit im Internet bestellten Aufklebern in Erscheinung. Das zeigt, dass es offensichtlich keine Anbindung an extrem rechte Gruppen braucht, um extrem rechte Propaganda zu verbreiten. Ob diese Personen sich hinsichtlich der Aktionsformen radikalisieren oder Anschluss an Neonazi-Gruppierungen suchen, muss weiter beobachtet werden.



2. Dezember 2020

In der S-Bahn Linie 3 Richtung Köpenick stieg am Ostkreuz ein über 40-jähriger Mann ein und beleidigte andere Fahrgäste. Dabei beleidigte er eine Familie rassistisch und drohte ihnen Gewalt an, unter anderem, sie erschießen zu wollen. Anschließend zeigte er einen Hitlergruß, bevor er am Betriebsbahnhof Rummelsburg ausstieg und während er noch am Bahnsteig stand.
 Quelle: Köpenicker Register

9. Dezember 2020

Elf Hakenkreuze in Friedrichsfelde
 In der Rummelsburger Straße und am U-Bhf. Friedrichsfelde wurden elf mit Edding angebrachte Hakenkreuze gefunden und entfernt.
 Quelle: Lichtenberger Register

20. Dezember 2020

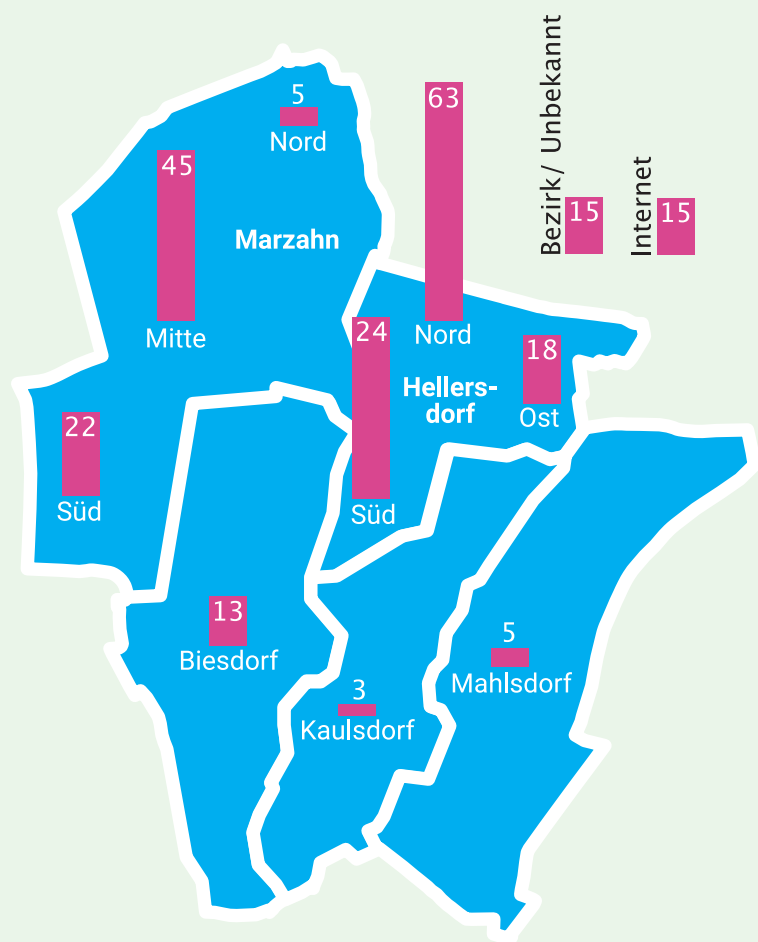
Drei Personen von der extrem rechten Kleinstpartei „3. Weg“ wurden in Friedrichsfelde dabei beobachtet, wie sie Flyer gegen „linken Terror in Lichtenberg“ verteilt haben. Die Flyer wurden in der Nähe des Tierparks, in der Lincolnstraße und in der Einbecker Straße in Briefkästen gesteckt.
 Quelle: Lichtenberger Register



Marzahn-Hellersdorf

Am östlichen Rand von Berlin liegt Marzahn-Hellersdorf. Der Bezirk zählt über 270.000 Einwohner*innen und weist in seinen Regionen (Marzahn-Nord, Marzahn-Mitte, Marzahn-Süd, Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Hellersdorf-Nord, Hellersdorf-Ost und Hellersdorf-Süd) eine sehr heterogene Struktur der Bewohner*innen auf. Neben dem größten zusammenhängenden Plattenbaugebiet Europas ist Marzahn-Hellersdorf mit den „Gärten der Welt“ einer der grünsten Berliner Bezirke. Ebenfalls gibt es eine der größten Einfamilienhaus-siedlungen.

Seit Jahren gibt es im Bezirk eine aktive extrem rechte Szene, die zwischen 2013 und 2015 ein vergleichsweise hohes Mobilisierungspotenzial mit rassistischen Themen-setzungen aufweisen konnte. Die Zahl der gemeldeten Vorfälle ist mit 252 im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um rund 60% (98 Vorfälle) gestiegen. Diese Entwicklung ist in erster Linie Folge des Anstieges der registrierten Propaganda-Vorfälle.



Nationalsozialistische Parole in Marzahn-Hellersdorf



Kontakt:

Register Marzahn-Hellersdorf

Partnerschaften für Demokratie
Marzahn und Hellersdorf,
Stiftung SPI
Neue Grottkauer Str. 3
12619 Berlin

Tel.: 030 - 99 27 50 98
Mail: pfd-mh@stiftung-spi.de
Twitter: @RegisterMaHe

Antirassistisches Register der Alice Salomon Hoch- schule Berlin

Alice-Salomon-Platz 5
12627 Berlin

Mail: arreg@ash-berlin.eu
Twitter: @registerASHMaHe

Vorfallsarten: Mehr Propaganda – Gewalt leicht gestiegen

Die extrem rechte Szene nutzte den Lockdown im Frühjahr 2020 zur Verbreitung von Propaganda, u.a. auch gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Neben extrem rechten Aufklebern und Plakaten, wurde vermehrt verschwörungsideologische Propaganda gemeldet. Im Spätsommer 2020 versuchte zusätzlich die neonazistische Partei „Der III. Weg“ mit einer Propaganda-Kampagne zu einer Demonstration am 3. Oktober nach Berlin-Hohenschönhausen zu mobilisieren. Die Zunahme an Propaganda-Vorfällen ist aber auch darauf zurückzuführen, dass mehr Menschen dem Register Vorfälle melden. Insbesondere Propaganda-Vorfälle wurden durch neu gewonnene Melder*innen aus dem gesamten Bezirk verstärkt der Registerstelle gemeldet.

Zudem stieg auch die Zahl der Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien von 23 Vorfällen im Jahr 2019 auf 34 Vorfälle im Jahr 2020, was einen Anstieg um 48% entspricht. Dies könnte eine Auswirkung der gesamtgesellschaftlichen, pandemiebedingten Spannungen sein, die sich im Zwischenmenschlichen niederschlagen.

Ähnlich wird auch die weiterhin stabile Zahl der Angriffe gedeutet (2019: 15 Angriffe; 2020: 16 Angriffe). Denn obwohl angenommen werden kann, dass durch den Lockdown im Frühjahr und Spätherbst 2020 weniger Begegnungen zwischen Menschen im öffentlichen Raum stattgefunden haben, blieben die Angriffszahlen auf dem Niveau des Vorjahres.

Inhaltliche Zuordnung: Vor allem NS-Verherrlichung und Rassismus

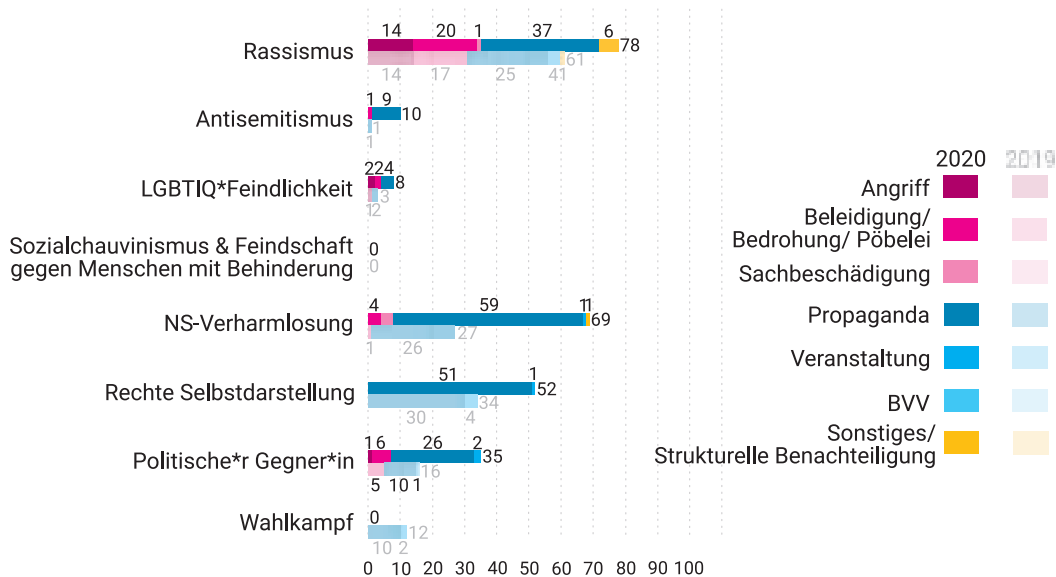
Der Anstieg der Propagandavorfälle spiegelt sich auch in der inhaltlichen Zuordnung der Vorfälle wider. Vor allem die üblicherweise extrem rechten Vorkategorien „Verharmlosung/Verherrlichung des Nationalsozialismus“ und „Rechte Selbstdarstellung“ sind im Jahresvergleich gestiegen (Verharmlosung/Verherrlichung des NS um 156% auf 69 Vorfälle und Rechte Selbstdarstellung um 53% auf 52 Vorfälle). In erstgenannte Kategorie fielen 2020 eine Vielzahl von bezirksweiten Schmierereien von Runen und Zahlencodes, die einen Bezug zum Nationalsozialismus aufwiesen, sowie die Forderung zur Freilassung bekannter NS-Leugner*innen. Unter „Rechte Selbstdarstellung“ wurden hingegen überwiegend Aufkleber und Schmierereien subsumiert,

in denen sich die Law-and-Order-Parolen neonazistischer Parteien (z.B. NPD und Der III. Weg) oder ein Dominanzgebaren extrem rechter Gruppierungen (beispielsweise Identitäre Bewegung und Autonome Nationalisten) in einzelnen Kiezen ausdrückten.

Der quantitative Anstieg der Vorfallszahlen zeigt sich insbesondere in den Kategorien Rassismus, politische*r Gegner*in und Antisemitismus. Auf die ersten beiden Kategorien entfallen, neben Propaganda, auch die meisten Bedrohungen und Angriffe. Hier wird vermutet, dass vorhandene Einstellungen aufgrund der Corona-Krise stärker zutage traten. Auffällig ist zudem der für Marzahn-Hellersdorf starke Zuwachs antisemitischer Vorfälle. In den Vorjahren stellte Antisemitismus vergleichsweise selten das Vorfallsmotiv dar. Es wurde im Zuge der Corona-Pandemie vermehrt antisemitische Propaganda verteilt in Gestalt von antisemitischen Verschwörungserzählungen.

Verteilung nach Ortsteilen: Großsiedlungen weiterhin Schwerpunkt

Schwerpunktmäßig fanden die registrierten Meldungen im Gesamtbezirk Marzahn-Hellersdorf weiterhin in den Großsiedlungen statt. Dies dürfte aber auch daran liegen, dass dort mehr Menschen wohnen und die öffentliche Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV etc.) engmaschiger ist. In Hellersdorf sind nach wie vor in Hellersdorf-Nord die meisten Vorfälle (63) zu verzeichnen. Aber auch in Hellersdorf Ost und Süd sind die Vorfälle stark gestiegen. In Marzahn weist weiterhin Marzahn-Mitte (45) die höchsten Fallzahlen auf. Auffällig ist zudem, dass in Marzahn Nord (5), trotz des allgemeinen Anstiegs, ein Rückgang festzustellen ist. Die bezirklichen Siedlungsgebiete (Kaulsdorf, Mahlsdorf, Bies-



Beispielvorfälle

7. Oktober 2020

Eine 29-jährige Frau wurde gegen 11.25 Uhr vor einem Supermarkt in der Allee der Kosmonauten von einer 63-jährigen Frau aus antimuslimischer Motivation beleidigt und am Hinterkopf gepackt. Die 63-Jährige griff der 29-Jährigen ins Gesicht, kratzte sie und versuchte ihr das Kopftuch herunterzureißen.
Quelle: ReachOut

28. November 2020

Als ein Mann anlässlich des 9. November zwei Stolpersteine für Elsa Veronika Fischl und ihre Tochter Ilse Friederike Fischl im Mädewalder Weg 37 säuberte, kommentierten dies zwei ältere Frauen. Sie bestritten, dass Elsa Veronika Fischl und Ilse Friederike Fischl jemals in dem Haus gelebt hätten und machten sich über die Putzaktion des Mannes verächtlich. Beim Verlassen der Szenerie riefen sie

dem Mann Holocaust-Relativierungen hinterher.

Quelle: RIAS

19. Dezember 2020

Im Umfeld der Bushaltestelle Schleusinger Straße und in der Ludwig-Renn-Straße wurden mehrere extrem rechte Schmierereien („Skins“) entdeckt. Der Buchstabe S wurde in den Schmierereien als Siegrüne geschrieben. Die doppelte Siegrüne war in der Zeit des

REDAR – Recherche und Dokumentationsprojekt Antimuslimischer Rassismus

REDAR ist ein nicht-religiöses und rassistisch-kritisches Projekt, geleitet und koordiniert von einem vielseitigen Team, das über Hintergründe in unterschiedlichen Fachrichtungen und zum Teil über persönliche Diskriminierungserfahrungen verfügt. Uns ist es wichtig, dass antimuslimischer Rassismus als gesamtgesellschaftliches Problem thematisiert wird. Da sich AMR auch in Zusammenhang mit anderen Diskriminierungsformen unterschiedlich ausdrückt, ist uns eine intersektionale Perspektive besonders wichtig.

Indem du deine Erfahrung mit uns teilst und Vorfälle meldest, können wir aussagekräftige Daten erheben, die das Phänomen des antimuslimischen Rassismus greifbarer machen. Damit sind wir Anlaufstelle für alle von AMR betroffenen Berliner*innen, unabhängig ihrer tatsächlichen Zugehörigkeit zum Islam oder ihrer Religiosität. Denn von antimuslimischem Rassismus sind nicht nur Muslim*innen betroffen, sondern auch Personen, denen u.a. aufgrund ihres Namens oder ihres Aussehens eine Zugehörigkeit zu einer muslimischen Community zugeschrieben wird.

Ein Projekt von:

Transaidency e. V.
Hussitenstraße 17
13355 Berlin

Vorfälle können gemeldet werden über

Whats App: +49 176 63626718

Und Online-Formular: www.redar.berlin



dorf) weisen im Vergleich zur Großsiedlung niedrigere Fallzahlen auf (insgesamt 21). Aber auch hier lässt sich, mit Ausnahme von Kaulsdorf, eine Zunahme der Vorfälle feststellen.

Zusammenfassung & Ausblick

Der Anstieg im Jahr 2020 wird in erster Linie auf den Anstieg der Propaganda-Vorfälle und ihre verbesserte Erfassung durch die Melder*innenstruktur zurückgeführt. Die Zunahme an Propaganda-Aktivitäten steht im Zusammenhang mit den Folgen der Corona-Pandemie, weil mehr Flyer verteilt wurden als sonst üblich, um Menschen zu erreichen. Die Aktivitäten neonazistischer und extrem rechter Gruppierungen verfügen auch über

ein erhebliches Mobilisierungspotenzial, das zukünftig im Blick behalten werden muss. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie werden weiterhin eine wesentliche, gesamtgesellschaftliche Rolle spielen sowie langfristige soziale und ökonomische Folgen nach sich ziehen. Vor dem Hintergrund der Wahlen im September 2021 in Berlin, ist von einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung auszugehen.

Eine besondere Herausforderung für die lokale Zivilgesellschaft ist das zunehmend aggressiv wahrgenommene Verhalten der AfD gegenüber demokratischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Bezirk. Dies beinhaltet die Verächtlichmachung de-

mokratisch engagierter Personen, Initiativen und Einrichtungen. Damit erweckt die AfD den Eindruck, das Ziel zu verfolgen, Personen gezielt einzuschüchtern und demokratisches Engagement zu delegitimieren. Im Wahljahr 2021 ist mit einer weiteren Zunahme derartiger Polemiken und Anfeindungen zu rechnen.

Nationalsozialismus das Emblem der Schutzstaffel (SS). Die Verwendung ist heute gesetzlich verboten. Zudem befanden sich teilweise Aufkleber der extrem rechten Partei „III. Weg“ und Hakenkreuze direkt neben den Schmierereien.

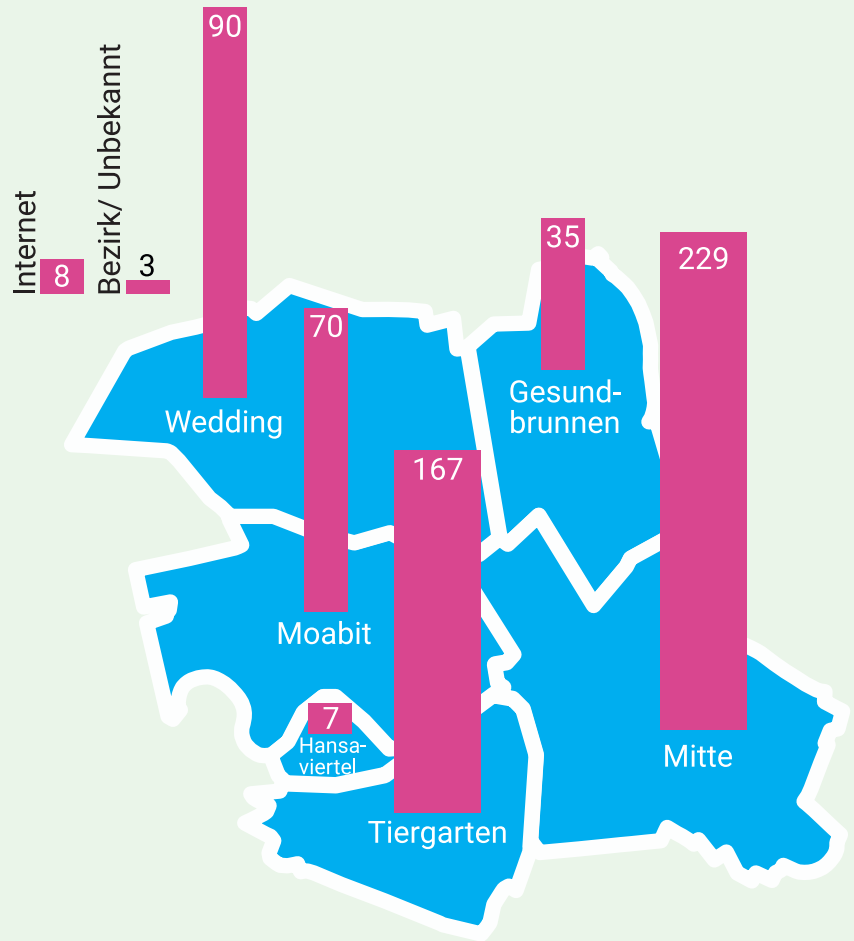
Quelle: Augenzeug*in/Register Marzahn-Hellersdorf

15. April 2020

Entlang der U5, zwischen dem Bahnhöfen Louis-Lewin-Str. und Biesdorf-Süd, wurden erneut massiv neonazistische und rassistische Sticker verklebt. Zahlreiche Sticker waren mit rassistischen und neonazistischen Parolen und Motiven versehen. Auf weiteren Stickern wurden weltoffene und tolerante Menschen sowie Geflüchtete beleidigt. Quelle: Augenzeug*in/Register Marzahn-Hellersdorf

Mitte

Der Bezirk Berlin-Mitte umfasst die Ortsteile Mitte, Moabit, Tiergarten, Wedding, Gesundbrunnen und das Hansaviertel. Am 31. Dezember 2020 hatte er über 380.000 Einwohner*innen. Zum Bezirk gehören Regierungsviertel, in denen besonders viele Kundgebungen und Demonstrationen stattfinden, sowie viele Verkehrsknotenpunkte, belebte öffentliche Plätze und Einkaufsgegenden.



Werbung für eine Anti-Corona-Demonstration in Mitte

Aufkleber gegen „Zwangsimpfung“



Kontakt:
Registerstelle Berlin-Mitte
 NARUD e.V.
 Brüsseler Str. 36
 13353 Berlin

Tel.: 030 - 40757551
 0157 - 76318728
 Web: www.register.narud.org
 Mail: register@narud.org
 Twitter: @narud_ev

Trotz des Lockdowns wurden im Bezirk Mitte 2020 insgesamt 609 Vorfälle erfasst und damit ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr (2019: 645). Damit fielen im Bezirk Mitte, wie schon in den letzten drei Vorjahren, die meisten Vorfälle von allen Berliner Registern an. Durch die Pandemiesituation war der Verkehr von Passant*innen auf öffentlichen Plätzen verringert, weil kaum Tourist*innen in der Stadt waren und Büroangestellte häufig im Homeoffice waren. Zudem waren weniger Menschen an den vielen zentralen Umsteigebahnhöfen im Bezirk, im öffentlichen Nahverkehr und in Einkaufs- und Ausgehvierteln unterwegs, also den Orten, an denen sonst besonders viele Vorfälle stattfinden. Trotzdem blieb die Bedrohungslage für Menschen, die von Rassismus, Antisemitismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit und extrem rechter Gewalt betroffen sind, auch während der Lockdown-Monate hoch. Zusätzlich zum sonst üblichen Geschehen im Bezirk, gingen Bedrohungen von Teilnehmer*innen der vielen Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie aus. Sie fanden im Bezirk Mitte statt und dort versammelten sich Menschen verschiedener Milieus, die für Verschwörungsideologien anfällig waren, mit Akteur*innen der extremen Rechten.

Art der Vorfälle

Zwar gingen Angriffe, die sich 2019 von 62 (2018) auf 91 gesteigert hatten, nun wieder auf 63 zurück, doch Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien stiegen weiter von 136 (2018) und 142 (2019) auf 166 an. Angriffe und Beleidigungen fanden wie in den Vorjahren vor allem im Alltag an öffentlichen Orten statt. Vorfälle im ÖPNV und an Verkehrsknotenpunkten gingen von 132 (2019) auf 94 zurück, dafür hatten mehr Menschen unter rassistischen Übergriffen durch Nachbar*innen, bzw. in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu leiden. Propaganda-Vorfälle wie Aufkleber und Graffitis, mit denen oft versucht wird, ein Revier zu markieren, gingen von 184 (2019) auf 155 zurück, was aber immer noch mehr war als 2018 mit 133 Vorfällen. Sachbeschädigungen verringerten sich deutlich von 28 auf 12. Strukturelle Benachteiligungen wie Leistungsverweigerungen und behördliche Diskriminierungen blieben mit 26 Vorfällen annähernd auf dem Niveau des Vorjahrs, als sie noch unter „Sonstiges“ erfasst worden waren. Veranstaltungen, zumeist Kundgebungen und Demonstrationen im Regierungsviertel, nahmen von 164 (2019) auf 183 weiter zu. Diese waren weniger rassistisch motiviert (Anzahl rassistischer Veranstaltungen in 2020: 56; 2019: 113). Sie richteten sich stattdessen zumeist unter starker Beteiligung

der extremen Rechten auf verschwörungsideologische Weise gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie.

Rassistische Bedrohung bleibt trotz Lockdown hoch

Wie im Vorjahr waren besonders viele Vorfälle rassistisch motiviert, wenn auch die rassistischen Vorfälle insgesamt von 342 (2019) auf 282 zurückgingen. Dieser Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass nur noch 56 statt wie im Vorjahr 113 Kundgebungen und Demonstrationen rassistisch ausgerichtet waren. Diese waren ebenso wie im Vorjahr ausschließlich Kleinveranstaltungen von zumeist deutlich unter 20 Personen, die aber fast alle im Internet gestreamt und über extrem rechte Social-Media-Kanäle verbreitet wurden. Insofern trugen sie zur Verfestigung rassistischer Weltbilder und Aufrechterhaltung der Netzwerke ihres Klientels über die Lockdown-Phase hinaus bei. Rassistische Angriffe gingen von 49 (2019) auf 35 zurück. Das waren aber immer noch mehr als 2018 (25). Rassistische Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien nahmen im Gegensatz dazu von 94 (2019) auf 110 weiter zu. Rassistische Propaganda-Vorfälle wurden 58, statt 55 gemeldet.

(cc) Flickr.com - Oh-Berlin.com (<https://www.flickr.com/photos/oh-berlin/5453494508/>)



Vorfälle von Anti-Schwarzem Rassismus deutlich erhöht

In Mitte und besonders im Ortsteil Wedding haben sich in den letzten Jahren besonders viele afrikanische Vereine, Geschäfte und Lokale angesiedelt. Viele Menschen aus der afrikanischen Diaspora haben hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden. Vorfälle von Anti-Schwarzem Rassismus erhöhten sich im Bezirk Mitte von 41 im Jahr 2019 auf 68 in 2020. Darunter waren 14 Angriffe, 37 Bedrohungen und Beleidigungen, sieben strukturelle Benachteiligungen, fünf Propaganda-Vorfälle sowie fünf Veranstaltungen gegen Dekolonisierung und die Black-Lives-Matter-Bewegung.

Auch Vorfälle von antimuslimischem Rassismus erhöhten sich insgesamt von 63 im Vorjahr auf 71. Dabei fanden nur noch sechs antimuslimisch-rassistische Veranstaltungen statt, 2019 hingegen 19. Dafür stiegen Bedrohungen und Beleidigungen von 23 auf 28 an und es fanden vier Angriffe (2019: 6) statt. Fast alle Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe richteten sich gegen Kopftuch

tragende Frauen in der Öffentlichkeit und fanden in Alltagssituationen statt. Antimuslimische Propaganda verdoppelte sich von 13 auf 24 Vorfälle und es wurden acht Vorfälle in der neu eingeführten Kategorie „strukturelle Benachteiligung“ erfasst.

Racial Profiling

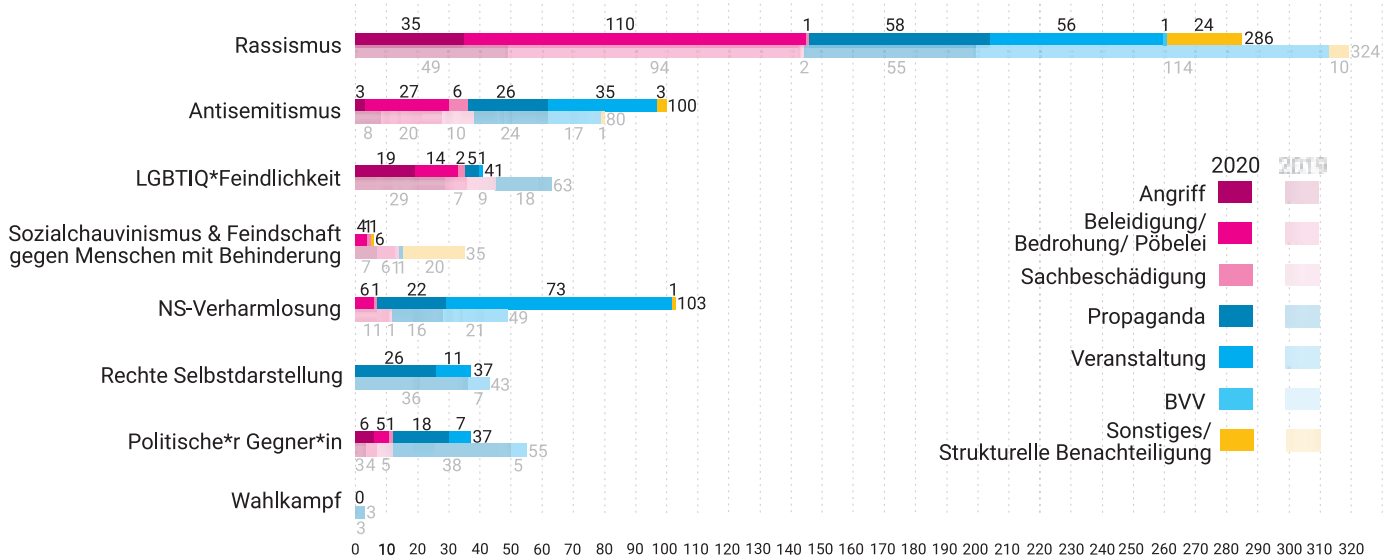
Diese beiden Betroffenengruppen waren besonders von den acht Vorfällen von Racial Profiling durch Polizei, BVG-Kontrollleur*innen und Security-Personal betroffen. Trauriger Tiefpunkt waren zahlreiche zweifelhafte und unverhältnismäßig gewaltsame Verhaftungen und Übergriffen durch die Berliner Polizei während der Black-Lives-Matter-Protestdemonstration am 6. Juni am Alexanderplatz. Diese fand mit mehreren Tausend Teilnehmer*innen anlässlich des Mordes an George Floyd durch weiße Polizisten in den USA statt. Die Vorfälle wurden statistisch als ein Gesamtvorfall in der Register-Statistik erfasst, auch wenn es sich um 41 einzelne Fälle handelte. Zahlreiche Videos und Zeug*innenaussagen legen die Unverhältnismäßigkeit der Poli-

zeimaßnahmen gegen überproportional viele sehr junge Schwarze Demonstrant*innen und People of Color nahe. In Polizeierklärungen und vielen medialen Berichterstattungen wurden die von Gewalt betroffenen Demonstrant*innen als Täter bezeichnet und somit eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben.

Jedoch wurden ebenso in drei registrierten Fällen Polizist*innen selbst rassistisch beleidigt und bedroht.

Antiasiatischer Rassismus in der Corona-Pandemie

Neu war 2020, dass 21 Vorfälle von antiasiatischem Rassismus allein im Bezirk Mitte dokumentiert wurden: 15 Beleidigungen, vier Angriffe und zwei strukturelle Benachteiligungen. In fast allen dieser Vorfälle wurden asiatisch wahrgenommene Menschen für die Pandemie verantwortlich gemacht. Kaum waren die ersten Medienberichte über den Ausbruch der Pandemie in China erschienen, die von rassistischen Stereotypen aus der Zeit der brutalen Kolo-



Beispielvorfälle

1. Februar 2020

In einem Drogeriemarkt in der Müllerstraße im Wedding: Eine Kassiererin kassiert sechs Kunden ab, aber als eine asiatische Frau ihr einen Gutschein reicht, öffnet die Kassiererin ihre Schublade und desinfiziert sich demonstrativ die Hände. Als der Ehemann der Frau daraufhin sagte: „Keine Panik, meine Frau war noch nie in China“, verfiel die Kassiererin in verlegenes Schweigen. Quelle: Registerstelle Mitte, Amadeu-Antonio-Stiftung

26. März 2020

Eine Schwarze Frau wurde in einem Bus in Mitte von einem Mann mit Mundschutz und Handschuhen mit Wucht gegen die Scheibe geschubst und angeschrien: „Wegen Euch Scheiß-Ausländern ist die Seuche ins Land gekommen...“ Als der Bus an der nächsten Haltestelle anhielt, stieg der Angreifer aus. Der Busfahrer hatte dies gar nicht so schnell mit bekommen. Die anderen Fahrgäste haben nur zugesehen und sich danach geäußert, dass dies „nicht nett“

gewesen wäre.

Quelle: Registerstelle Mitte

22. April 2020

In der U6 in Richtung Alt-Mariendorf ging gegen 13 Uhr ein zwischen 50-60 Jahre alter Mann auf ein in einer Station im Ortsteil Mitte gerade eingestiegenes Paar zu, zeigte mehrfach den Hitlergruß und rief: „Heil!“ Danach beleidigte er das Paar rassistisch und forderte sie auf, sie sollten zurück nach Polen gehen. Quelle: Registerstelle Mitte



(cc) Flickr.com - Tony Webster (<https://www.flickr.com/photos/diversey/19689169878/>)

nisierung Chinas im frühen 20. Jahrhundert geprägt waren, wurden asiatisch wahrgenommene Menschen angegriffen, beleidigt und bedroht. So wurde bereits am 31. Januar eine chinesische Studentin in Moabit so brutal attackiert, dass sie ins Krankenhaus musste. Doch die Vorfälle ereigneten sich im Bezirk Mitte über das ganze Jahr verteilt und asiatisch wahrgenommene Menschen blieben das ganze Jahr über besonders bedroht.

Antisemitismus im Bezirk Mitte

Der Anstieg antisemitischer Vorfälle von 80 (2019) auf 100 war auf die vielen verschwö-

rungsideologischen Demos im Bezirk zurückzuführen: Antisemitische Veranstaltungen nahmen von 17 auf 35 zu. Davon waren 33 Veranstaltungen gegen Corona-Maßnahmen, auf denen deutlich antisemitische Verschwörungsideologien verbreitet wurden. Besonders bei den vielen Veranstaltungen von Attila Hildmann ließ sich die auf vielen Social-Media-Kanälen zu beobachtende schnelle inhaltliche Radikalisierung von strukturell antisemitischen Verschwörungsmithen zu direktem Antisemitismus und sogar NS-Verherrlichung beobachten.

Verdoppelung der NS-verharmlosenden und verherrlichenden Vorfälle

Deutlich nahm die Verherrlichung und Verharmlosung des Nationalsozialismus von 49 auf 103 Vorfälle zu. Dieser Anstieg erklärt sich durch 73 Veranstaltungen gegen die Corona-Maßnahmen, auf denen NS-Verharmlosungen und NS-relativierende Vergleiche in einer solchen Vielzahl geduldet und verbreitet wurden, dass diese Veranstaltungen unter dieser Kategorie erfasst wurden. Es gab sechs Pöbeleien mit Hitlergrüßen, die zum Teil von den Demos der Verschwörungsideolog*innen ausgingen

27. April 2020

Um den Leopoldplatz wurden drei rassistisch motivierte Aufkleber mit der Aufschrift „Hanau?? Das waren doch nur Kanacken!!!!“ und der Abbildung einer türkischen Fahne gefunden und entfernt.
Quelle: Registerstelle Mitte

29. August 2020

Ein junges Schwarzes Paar mit einem Kleinkind wurde gegen 10 Uhr in der S-Bahn zwischen Friedrichstraße und Hauptbahnhof in einem vollbesetzten

Waggon, in dem die meisten Menschen ohne Maske unterwegs waren, umringt, von mehreren Personen rassistisch beleidigt und von einer Person angespuckt. Erst als eine Zeugin laut drohte, die Polizei anzurufen, ließen die Angreifer von der jungen BPoC-Familie ab und stiegen am Bahnhof Friedrichstraße aus. Außer dieser Zeugin kam niemand den Angegriffenen zu Hilfe.
Quelle: Registerstelle Mitte

29. August 2020

Am Rande der verschwörungsideologischen Kundgebung an der Straße des 17. Juni im Tiergarten wurde eine Person, die eine Kippa trug, aus antisemitischer Motivation bedrängt und bedroht. Die Teilnehmer*innen der Versammlung riefen dabei u.a.: „Ihr denkt, ihr seid die Herrenrasse“, „Ihr macht den Genozid im Mittleren Osten“, „...und, ‚Setz‘ dir keine Kappe auf und mach hier kein auf bösen Juden, wenn du angegriffen bist, was ist das für eine ekelige Art.“

und 22 Propaganda-Vorfälle, neben hingeschmierten Hakenkreuzen, auch oft NS-Verharmlosungen auf dem Propaganda-Material zu den verschwörungsideologischen Demos.

Vorfälle, die gegen politische Gegner*innen gerichtet waren, sanken insgesamt von 55 auf 37 und gingen 2020 oft von der neuen Mischszene aus Verschwörungsideolog*innen diverser Milieus und extremen Rechten aus.

Vorfälle von rechter Selbstdarstellung blieben gegenüber dem Vorjahr konstant (37 statt 36). Während die Propaganda von extrem rechten Gruppierungen, die in dieser Motivkategorie erfasst wurde, zurückging, nahmen Demonstrationen und Kundgebungen zu. Sie dienten der Selbstdarstellung von Reichsbürger*innen und extrem rechten Gruppierungen. Es gelang ihnen, zusätzliche Teilnehmer*innen aus dem Spektrum der neuen breiten und gemischten Protestbewegung gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zu mobilisieren.

LGBTIQ*-feindliche Vorfälle während des Lockdowns zurückgegangen

Weil viele Lokale geschlossen waren und Treffpunkte im Bezirk Mitte weniger frequentiert waren, verringerten sich LGBTIQ*-feindliche Vorfälle von 63 (2019) auf 41. Darunter waren 19 körperliche Angriffe (2019: 29). Wie in den Vorjahren, waren diese oft von besonderer Brutalität gezeichnet. Die erfassten Beleidigungen verdoppelten sich sogar von sieben auf 14. Zwei Sachbeschädigungen ereigneten sich am Mahnmahl für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen im Tiergarten. LGBTIQ*-feindliche Graffitis und Aufkleber wurden etwas weniger verbreitet als im Vorjahr (2020: 5; 2019: 18). Eine Demonstration war LGBTIQ*-feindlich motiviert. Dort kam es zu einem Angriff auf einen queeren Gegendemonstranten.

„Corona-Rebellen“ und die extreme Rechte

Zusammen genommen richteten sich 121 dokumentierte Demonstrationen und Kundgebungen im Bezirk Mitte gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Epidemie. Dabei wurden nicht alle solche Veranstaltungen in die Chronik aufgenommen, sondern nur solche, auf denen NS-verharmlosende Vergleiche und antisemitische Verschwörungsmethoden verbreitet und von den Teilnehmenden geduldet wurden und die unter Beteiligung von extrem rechten Gruppierungen stattfanden. Dies war auf allen großen Veranstaltungen, die in der Spitze im August bis zu 22.500 Teilnehmende mobilisieren konnten, der Fall. Auf ihnen tummelten sich Verschwörungsideolog*innen, Esoteriker*innen und Impfgegner*innen verschiedener Milieus und mischten sich mit Rechtspopulist*innen, Reichsbürger*innen und den diversen extrem rechten Gruppierungen, einschließlich von Teilen der AfD, die in den letzten Jahren die rassistischen Veranstaltungen gegen Einwanderung getragen hatten.

Bereits auf den ersten sogenannten „Hygiene-Demos“ am Rosa-Luxemburg-Platz ab Ende März, die noch von der kleinen Gruppe „Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand“ ausgerichtet wurde, die ursprünglich aus dem linken Künstler*innenmilieu kam, waren solche rechten Gruppierungen beteiligt, die schon lange von einer „Querfront“ träumten. Diese Gruppierungen sind insofern nicht, wie andere Teile des extrem rechten Spektrums nach und nach auf diesen Zug einer neuen Protestbewegung „aufgesprungen“. Sie waren von Anfang an dabei und stellten vor allem die Infrastruktur von Bühnen, Verstärkeranlagen, rechten Busunternehmen, „Alternativ-Medien“ und Social-Media-Kanälen. Dies trug zum Anwachsen dieser heterogenen Protestbewegung bei und dazu, dass diese sich inhaltlich

rasend schnell nach weit rechts entwickelte. Die bereits bestehende Schnittmenge zwischen den Milieus der Esoteriker*innen und Impfgegner*innen und der extremen Rechten, verhalf der Bewegung ebenso zum Erfolg. Diese neue heterogene, sich nach rechts bewegende Mischszene wurde ermöglicht durch gemeinsam geteilte ideologische Dispositive wie die Reduzierung von komplexen gesellschaftlichen Problemlagen auf Verschwörungsmethoden mit ihren Personalisierungen, die mindestens strukturell fast immer im Antisemitismus münden, sowie sozialdarwinistischen Mentalitäten und Ideologien.

Es ist noch offen, wie sich die Bestandteile dieser neu entstandenen Mischszene, nach dem nun im Sommer 2021 zu beobachtenden schnellen Abflauen der Protestbewegung, in zukünftigen rechten Bewegungen neu zusammensetzen werden. Wird etwa die AfD von dem Scheitern der aus dieser Bewegung hervorgegangenen Parteigründungsversuche profitieren? Welchen Zuwachs werden die enger in diese Protestbewegung involvierten, aber immer noch sehr kleinen extrem rechten Gruppierungen halten können? Werden radikalisierte Teile dieses breiten Spektrums auch für andere Ziele ansprechbar sein? Die mediale Infrastruktur ist jedenfalls dafür vorhanden und die Akteur*innen besser vernetzt als zuvor.

Quelle: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

8. Oktober 2020

Eine als asiatisch gelesene Schülerin im Wedding wollte sich telefonisch mit einer Mitschülerin zum gemeinsamen Lernen verabreden. Die weiße deutsche Mitschülerin teilte ihr mit, sie dürfe sich nicht mehr mit ihr verabreden. Ihre Eltern hätten dies verboten, wegen Corona, weil man bei Asiat*innen „ja jetzt

nicht weiß, was die so alles mit ihren Familien noch einschleppen.“

Quelle: Registerstelle Mitte

3. November 2020

Eine Frau mit Kopftuch indonesischer Herkunft wird gegen 16.30 Uhr in der S-Bahn in der Nähe des Bahnhofs Gesundbrunnen von einer weißen ca. 50 bis 60 Jahre alten Frau antimuslimisch-rassistisch beleidigt und beschuldigt, Asiat*innen wie sie wären doch an dem

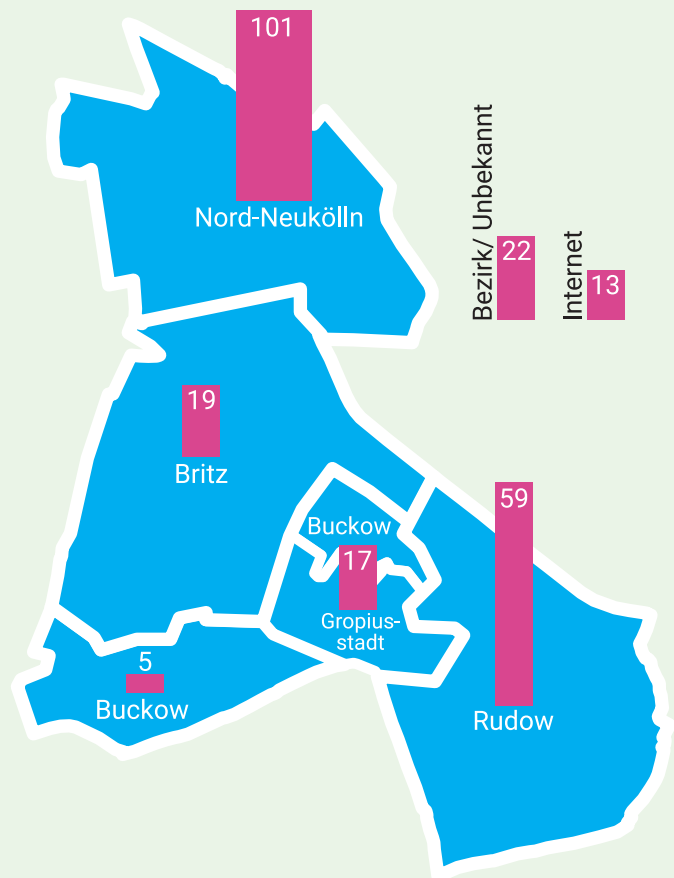
ganzen „Corona-Schlamassel“ schuld.

Quelle: Registerstelle Mitte

Neukölln

Neukölln hat fast 330.000 Bewohner*innen und zählt in dieser Hinsicht zu den größeren und dichter besiedelten Bezirken Berlins. Die einzelnen Bezirksteile unterscheiden sich jedoch stark voneinander, was sich auch an der Art und der Zahl der gemeldeten Vorfälle ablesen lässt. Im sehr viel weniger frequentierten Süden Neuköllns wird vor allem extrem rechte Propaganda gemeldet. In Nord-Neukölln sind es üblicherweise mehr Meldungen von Angriffen und Beleidigungen.

Seit mehreren Jahren ist Neukölln auch der Hauptschauplatz einer extrem rechten Angriffsserie – und aber auch vielen antirassistischen und antifaschistischen Protesten dagegen. Mit der Pandemie und den Lockdowns veränderte sich in allen Teilen Neuköllns sowohl das Leben als auch das Meldeverhalten von Vorfällen.



Zerstochener Reifen eines Autos im Süden Neuköllns



Hakenkreuz und SS-Runen an einem Spätkauf



Kontakt: Register Neukölln

Amaro Foro e. V.
Weichselplatz 8
12045 Berlin

Telefon (Mittwoch 14-16 Uhr):
0157 39285358

Mail: register@amaroforo.de

Web: www.amaroforo.de

Twitter: [@NkRegister](https://twitter.com/NkRegister)

Alles anders im Lockdown?

Ein Jahr zuvor wurden in Neukölln insgesamt 54 Angriffe gemeldet, nur wenige Bezirke hatten dahingehend höhere Zahlen dokumentiert. Im Jahr 2020 waren es deutlich weniger mit nur 35. Berlinweit bleibt das trotzdem ein hoher Wert, nur Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg haben hier höhere Zahlen.

Eine Erklärung für diesen Rückgang ist, dass es unter Lockdown-Bedingungen wesentlich weniger Alltagsbegegnungen gab - beispielsweise auf großen, belebten Straßen oder im öffentlichen Nahverkehr, wo nun sehr viel weniger Menschen unterwegs waren. Auch Kneipen, Clubs und Bars waren nur eingeschränkt geöffnet. Die Begegnungen im öffentlichen Raum zu denen es doch kam, fanden aber wiederum auch unter neuen und angespannteren Voraussetzungen statt. Konflikte über fehlenden Abstand oder Masken boten neues Potential auch schnell in rassistische Beleidigungen oder Angriffe zu eskalieren. Außerdem wurden auch in Neukölln mehr als noch in Jahren zuvor Menschen Ziel von antiasiatischem Rassismus. Es ist also schwierig, dahingehend direkte Vergleiche mit dem Vorjahr, nur basierend

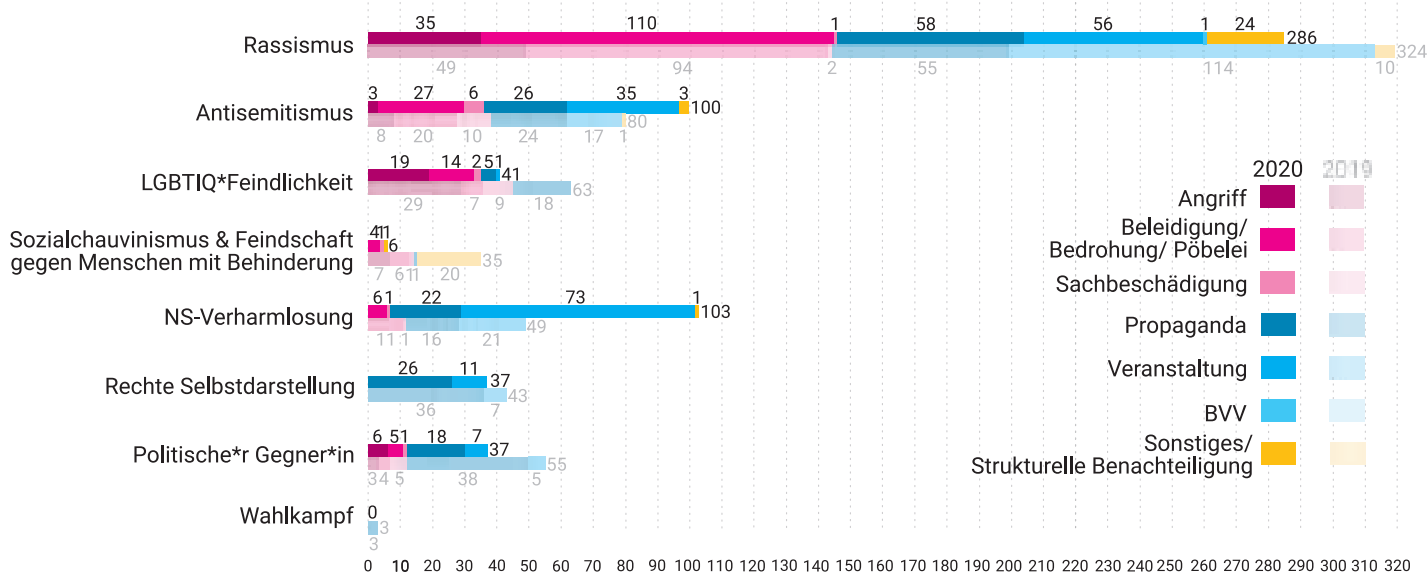
auf Zahlen zu ziehen. Hauptmotive der Angriffe blieben wie im Vorjahr Rassismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit. Lediglich vier Angriffe hatten einen anderen Kontext.

Insgesamt wurden in Neukölln 236 Vorfälle dokumentiert, 32 mehr als noch im Jahr davor. Auffällig dabei ist neben dem Rückgang der dokumentierten Angriffe auch der Anstieg von Propaganda-Vorfällen. Hier wurden 148 Vorfälle registriert, 56 mehr als noch im Vorjahr, und damit insgesamt der Löwenanteil der Meldungen. Der Großteil dieser Vorfälle lässt sich auf einige wenige extrem rechte Akteur*innen zurückführen, darunter vor allem auf Aktivist*innen der Neonazi-Kleinstpartei „Der III. Weg“, die für viele Sticker und Flyer-Meldungen verantwortlich waren. Neben Stickern und Flyern wurden hier aber auch viele Graffiti und Schmierereien gemeldet, darunter Hakenkreuze, Keltenkreuze und Tags wie „NS-Area“, „fasho“ oder „AHM“ („Antifa Hunter Miliz“). Anders als 2019 waren extrem rechte Akteur*innen mit ihrer Propaganda auch wieder verstärkt im Norden Neuköllns aktiv. In der Gesamtzahl der Schmierereien waren es

hier zwar weniger als im Süden des Bezirkes. Dafür waren in Nord-Neukölln mehrfach Läden und Restaurants von Migrant*innen und auch Wohnhäuser bzw. deren Eingangsbereiche betroffen.

Auf den ersten Blick mag widersprüchlich erscheinen, dass 2020 weniger antisemitische Vorfälle gemeldet wurden, obwohl Pandemie und Lockdown-Maßnahmen einen fruchtbaren Boden für oftmals antisemitische Verschwörungsideologien boten. Waren es 2019 noch insgesamt 25 antisemitische Vorfälle, so waren es jetzt nur noch 14 in Neukölln. Rückläufig waren vor allem Meldungen von Veranstaltungen bzw. im Bereich Bedrohung/Beleidigung/Pöbele. Zwar gab es in der Pandemie auch mehr Vorfälle von Veranstaltungen mit antisemitischem bzw. NS-verharmlosendem Inhalt, diese fanden jedoch zumeist im Bezirk Mitte statt.

Für Neukölln gab es auch insgesamt einen deutlichen Rückgang der gemeldeten Veranstaltungen im Pandemie-Jahr. Nur noch zwei Veranstaltungen wurden als Vorfälle gemeldet. Im Jahr davor waren es noch 14. Hier ist davon auszugehen, dass sie pandemiebedingt



14. November 2020
 Ein Briefkasten eines aktiven Gewerkschafters in Gropiusstadt wurde beschädigt. Der Betroffene fand darin einen Flyer einer extrem rechten Kleinstpartei. Da außer diesem Briefkasten alle anderen unversehrt blieben, vermutet der Betroffene politische Motive, die sich gegen seine Person richten.
 Quelle: Register Neukölln

19. Oktober 2020
 Zwei Männer im Alter von 74 und 86 Jahren werden gegen 11.45 Uhr von einem 52-jährigen Mann in der Zadekstraße aus antiziganistischer Motivation beleidigt, mit Fäusten geschlagen und verletzt. Als der 86-Jährige stürzt, versucht der Angreifer ihn mit seinem Rollator zu schlagen.
 Quelle: ReachOut Berlin

17. September 2020
 An einem Haus in der Altenbraker Str. wurden auf dem Klingelschild Schmierereien entdeckt, die Bewohner*innen einer Wohnung auf rassistische und sozialchauvinistische Art in Verbindung mit Corona beleidigten. Bewohner*innen des Hauses hatten über einen Aushang ihre Quarantäne bekannt gegeben und um Unterstützung gebeten.
 Quelle: Bürger*innen-Meldung

weniger stattfanden. Zudem werden nicht alle Zusammenkünfte der extremen Rechten als solche erkannt und der Registerstelle gemeldet.

Rassismus und andere Kontinuitäten

Wenn nur ein Satz das Jahr 2020 beschreiben sollte, dann würde das aus der Perspektive der Neuköllner Registerstelle ungefähr so klingen: „weniger Angriffe, dafür aber mehr Propaganda“. Passend für ein Jahr, wo so viele physische Kontakte reduziert oder eingeschränkt waren. Gegen diese einfache Schlussfolgerung spricht allerdings, dass beispielsweise die Zahl der Meldungen im Bereich Bedrohung/Beleidigung/Pöbelelei fast stagnierte. Von 30 gemeldeten Vorfällen in dieser Kategorie waren über die Hälfte, nämlich 17 Vorfälle, rassistisch motiviert. Auch hier wurde antiasiatischer Rassismus gemeldet, zumeist mit direkter Bezugnahme zur Pandemie.

Rassismus als Motiv stellt eine weitere Kontinuität in Neukölln dar, scheinbar unbeeinträchtigt von einer globalen Pandemie. Dabei zeigte Rassismus als Phänomen doch seine unglaubliche Flexibilität, beispielsweise bei Antiziganismus oder antiasiatischem Rassismus, die im Wechselspiel mit der Pandemie und Lockdown-Maßnahmen für Betroffene deutlich spürbarer und bedrohlicher wurden. Schon zu Beginn der Pandemie, als in der Harzer Straße in einem Wohnblock viele Infektionen mit Covid-19 festgestellt wurden, machte man angebliche kulturelle Unterschiede der Bewohner*innen und nicht deren soziale Lage dafür verantwortlich. Im Juli wurde eine asiatisch gelesene Frau in einem Supermarkt in Gropiusstadt mit den Worten „Corona“ beschimpft, an den Haaren gezogen und gegen den Kopf getreten.

Rassismus war wie auch in den Jahren zuvor, das am häufigsten gemeldete Vorfallesmotiv. Etwa jeder dritte Vorfall, der gemeldet wurde, hatte ein rassistisches Motiv zugrunde liegen. Darin sind sowohl Angriffe und Beleidigungen wie auch eine Vielzahl von rassistischer Propaganda enthalten.

Ähnlich hoch blieb auch die Zahl der gemeldeten LGBTQI*-feindlichen Vorfälle. 23 Vorfälle und damit nur zwei weniger als noch 2019 wurden hier gemeldet. Hier blieb auch das Verhältnis innerhalb der Vorfallsarten ähnlich. Im Vorjahr waren 21 der 25 Vorfälle in diesem Bereich Angriffe. Dieses Jahr waren es 15 Angriffe von insgesamt 23 Vorfällen. Auch in Pandemie-Zeiten änderte sich hier nichts an der Bedrohlichkeit von öffentlichen Räumen für diejenigen, die nicht der geschlechtlichen Norm entsprechen zu scheinen. Weiter verdeutlicht wird das, wie auch im Vorjahr, durch die Brutalität der Angriffe in diesem Bereich.

Brennende Autos, ausbleibende Ermittlungserfolge und Proteste

Neukölln hat innerhalb Berlins zweifelhaftes Berühmtheit in Zusammenhang mit rechter Gewalt erlangt. In den Jahren von 2011 bis 2020 wurden mehr als 70 Anschläge auf demokratische, antirassistische und antifaschistisch engagierte Menschen, deren Einrichtungen und Autos verübt. Vieles deutet darauf hin, dass die Täter der Neuköllner Neonaziszene angehören. Während es zu Ende des Jahres einen Paukenschlag gab und zwei langjährige Verdächtige der Anschlagsserie verhaftet wurden, so währte dieser Erfolg nicht lange. Beide Verdächtige wurden Ende des Jahres 2020 aus der Haft entlassen und direkt danach beim Verteilen von extrem rechten Propaganda-Flyern gesichtet. Dass die beiden Hauptverdächtigen offenbar auch intensiv eine Unterkunft von Geflüchteten beobachteten, wurde erst durch eine kleine Anfrage der Abgeordneten Anne Helm und Niklas Schrader (Linke) bekannt. Befürchtet wurde seitens der Ermittler*innen, dass ein Brandanschlag geplant würde.

Der Anblick von ausgebrannten Autos oder die Meldung von gelegten Bränden begleitete die Menschen in Neukölln ebenfalls in der Pandemie. Da in der Mehrzahl dieser Fälle nicht direkt ein rassistisches oder extrem rechtes Motiv ersichtlich war, wurden diese nur selten als Register-Vorfälle aufgenommen.

Der Brandanschlag auf die Damaskusbäckerei im Juni wurde als Vorfall erfasst, weil der Tatort mit SS-Runen markiert worden war. Eine Brandstiftung in einem Mietshaus im Juli in Britz wurde dagegen nicht aufgenommen, weil kein Tatmotiv bekannt war. Gerade vor dem Hintergrund der extrem rechten Angriffsserie im Bezirk, zu deren Merkmalen auch Brandstiftungen zählen, schlugen zivilgesellschaftliche Akteur*innen hier Alarm. Neukölln war und ist dementsprechend auch im Jahr 2020 geprägt gewesen von Protesten gegen Rassismus und Faschismus. Immer wieder wurde bei Demonstrationen auf die Verstrickungen und Fehlermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft bei der Neuköllner Angriffsserie hingewiesen.

Angesichts fehlender Konsequenzen sorgen bekannte Neonazis wie beispielsweise „Der III. Weg“, mit Flyer-Aktionen für Verunsicherung vor allem bei von Rassismus betroffenen Menschen im Bezirk. Eine gut vernetzte und organisierte Zivilgesellschaft in Neukölln wird aber auch in den kommenden Jahren ein starkes Gegengewicht dazu bilden.

9. Mai 2020

In der Laubestr. wurde versucht, vier Autos in Brand zu setzen. Etwa 10 Meter davon entfernt wurden SS-Runen entdeckt, die an die Wände gesprüht waren. In den vergangenen Wochen war es in dieser Gegend bereits zu Brandanschlägen auf Autos gekommen. Und Ende 2019 wurde in der nahe liegenden Wildenbruchstr. ein Burger-Lokal mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert. *Quelle: Register Neukölln via twitter*

9. Februar 2020

In Britz wurde eine 51-jährige Person Ziel eines transfeindlichen Angriffs. Zuerst wurde sie von zwei jungen Männern beleidigt und bedroht und anschließend von diesen mit Pfefferspray attackiert. Bevor die beiden Täter bei der Station Grenzallee ausstiegen, bespuckten sie die Person auch noch. Zeug*innen kümmerten sich anschließend um die Verletzte. *Quelle: Register Neukölln, Der Tagesspiegel 10.2., Polizeimeldung Nr. 0360*

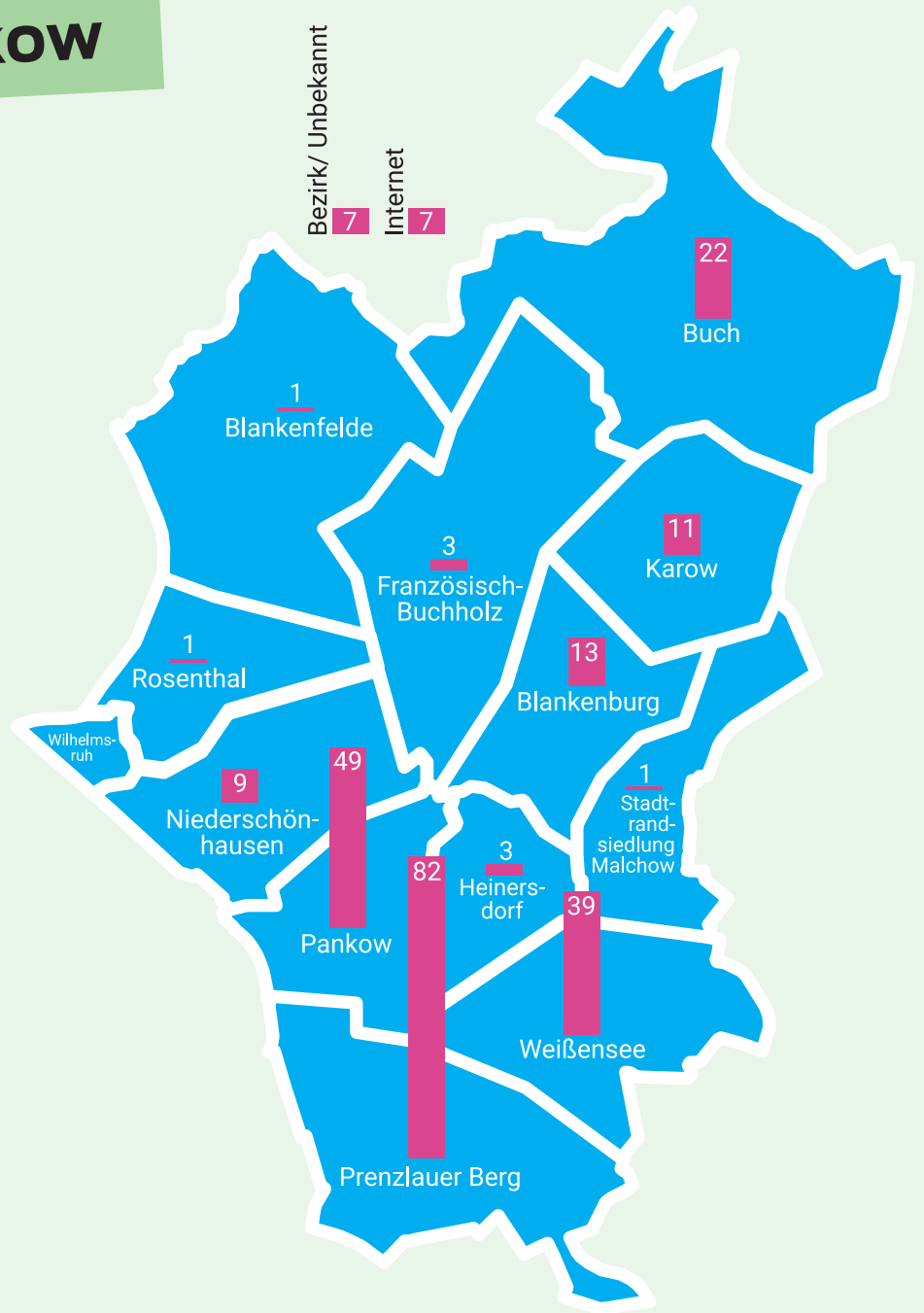
30. Dezember 2020

In der Roseggerstr. sowie in der Hertzbergstr. wurden jeweils mehrere selbstgebastelte aufgeklebte A4-Zettel gefunden, die sich in wirren Botschaften gegen die aktuellen Corona-Maßnahmen richten. Dabei werden auch NS-Bezüge hergestellt und damit der Nationalsozialismus verharmlost. *Quelle: Bürger*innen-Meldung*



Pankow

Der Bezirk Pankow ist mit knapp 410.000 Einwohner*innen der aktuell einwohner*innenstärkste Bezirk von Berlin. Der Prenzlauer Berg ist hierbei der Ortsteil mit der höchsten Bevölkerungsdichte im ganzen Bezirk. Insgesamt wohnen knapp 165.000 Menschen hier, während im Ortsteil Pankow 65.375 Menschen und in Weißensee 54.750 Menschen leben. Zum Norden hin umfasst der Bezirk weitere zehn Ortsteile und eine relativ große Fläche, sodass im Schnitt 3.921 Einwohner*innen pro Quadratkilometer im Bezirk leben. Die S-Bahnstationen entlang der Ringbahn (Schönhauser Allee, Greifswalder Straße etc.), aber auch der S-Bahnhof Pankow sowie der Antonplatz in Weißensee und die U-Bahnstationen entlang der U2 sind zentrale Umsteigeplätze, an denen viele Menschen aufeinandertreffen.



Hakenkreuze und Parolen am sowjetischen Ehrenmal in Buch

Rassistischer Aufkleber in Blankenburg



Kontakt:

Pankower Register

[moskito] Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt
 Fehrbelliner Straße 92
 10119 Berlin

Tel.: 030 - 443 71 79

Mail: moskito@pfefferwerk.de

Twitter: @RegisterPankow

Im Jahr 2020 wurden insgesamt 248 Vorfälle für den Bezirk Pankow gemeldet. Gegenüber den Vorjahren ist die Zahl der Meldungen leicht gestiegen (2019: 236; 2018: 234). Die Zahl der Angriffe (35) stellt die höchste Anzahl dar, die jemals verzeichnet wurde. Propagandavorfälle stiegen stark an. Denn die Covid-19-Pandemie hat bewirkt, dass die Menschen mehr in ihrem Wohnumfeld unterwegs waren und ihre politische Meinung in Form von Aufklebern und Sprühereien im öffentlichen Raum kundtaten. Eine Vielzahl von Aufklebern, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie standen, wurden nicht im Register aufgenommen, da sie inhaltlich nicht in die Kategorien passten. Sie waren stattdessen wissenschafts- und demokratiefeindlich.

Neben den Personen, die (extrem) rechte oder diskriminierende Propaganda verklebten oder sprühten, gab es ebenso aktive Menschen, die diese meldeten. Aufgrund neu engagierter Menschen gab es eine Vielzahl von Meldungen aus fast allen Ortsteilen. Auffällig hierbei ist ein Rückgang der Anzahl der Einträge in Berlin-Buch seit der zweiten Jahreshälfte. Es ist der niedrigste Stand für Buch seit acht Jahren. In den vorhergehenden Jahren war eine aktive rechte Szene aus Buch für eine hohe Anzahl an Vorfällen verantwortlich. Diese ist 2020 ab der zweiten Jahreshälfte nur noch sporadisch in Erscheinung getreten.

Höchstzahl von Angriffen – Rassismus Hauptmotiv

Die Anzahl der Angriffe stellt die Höchstzahl seit Gründung des Pankower Registers dar (2020: 35; 2019: 28; 2018: 24). 24 Angriffe hatten als Motiv Rassismus (2019: 19), sechs LGBTIQ*-Feindlichkeit (2019: 2), drei Antisemitismus (2019: 5) und zwei richteten sich gegen politische Gegner*innen (2019: 2). Die meisten Angriffe ereigneten sich im Mai (5) und August (9). Rassistische und LGBTIQ*-

feindliche Angriffe sind Gelegenheitstaten. Das heißt, dass potenzielle Täter*innen und Opfer sich irgendwo begegnen müssen. Im Jahr 2020 war dies in Wohngebieten häufiger der Fall, weil sich dort mehr Menschen als sonst üblich aufhielten. Auch ein verbessertes Anzeigeverhalten gegenüber der Polizei kann in Bezug auf LGBTIQ*-feindliche Angriffe den Anstieg verursacht haben.

Bedrohungen, Beleidigungen oder Pöbeleien sind im Vergleich zum Vorjahr recht konstant geblieben (2020: 37; 2019: 39; 2018: 50). Ein Großteil, 22 Vorfälle, war rassistisch motiviert. Antisemitismus war bei acht Vorfällen das Motiv, vier Mal war das Motiv NS-Verherrlichung/-Verharmlosung, zweimal LGBTIQ*-Feindlichkeit und einmal richtete es sich an politische Gegner. Die Zahl ist im Vergleich zur Bevölkerungsdichte niedrig. Hier wird von einem Dunkelfeld ausgegangen.

Die Kategorie Strukturelle Benachteiligung wurde erst im Laufe des Jahres bei allen Berliner Registerstellen eingeführt. Hier gab es fünf Einträge. So meldete eine Person im September, dass eine Richterin am Amtsgericht in Weißensee ein Kind mit Trisomie21 nicht anhören wollte, obwohl das Kind zu gebärdenunterstützender Kommunikation in der Lage war.

Prenzlauer Berg ist Schwerpunkt gewalttätiger Vorfälle – Anstieg neonazistischer Propaganda Pankow-Zentrum

Im Ortsteil Prenzlauer Berg ereigneten sich die meisten Angriffe und Bedrohungen und auch die meisten Vorfälle (2020: 82). Insgesamt 17 von 35 Angriffen sowie 20 von 37 Bedrohungen, Beleidigungen oder Pöbeleien fanden hier statt. Die Hälfte aller Vorfälle ließ sich der Propaganda zuordnen. Die Gesamtzahl stieg in den letzten Jahren kontinuierlich an (2020: 82; 2019: 77; 2018: 69). In Pankow-Ortsteil, wo die zweithöchste Zahl an Vorfällen registriert wurde (2020: 49),

stellt sich die Lage anders als im Prenzlauer Berg dar: 39 von 49 Vorfällen waren Propaganda. Gerade im vierten Quartal nahm die Anzahl von Aufklebern, Plakaten und Schmierereien zu. Im östlichen Pankow-Ortsteil kam es immer wieder zu Aufkleber-Serien. Es wurden Aufkleber aus rechten Online-Versandhandeln verklebt, aber auch vermehrt Aufkleber und Plakate der neonazistischen Partei „III. Weg“. Sieben Angriffe und vier Bedrohungen, Beleidigungen oder Pöbeleien ereigneten sich in Pankow-Ortsteil. Die Gesamtzahl stieg im Vergleich zu den letzten Jahren an (2020: 49; 2019: 32; 2018: 42).

Weißensee erhöhte (extrem) rechte Propaganda – stetiger Rückgang in Berlin-Buch

In Weißensee war der Anteil an Propagandavorfällen ähnlich wie in Pankow-Ortsteil: insgesamt 28 von 39 Einträgen wurden der Propaganda zugeordnet. Es ereigneten sich fünf Angriffe und drei Bedrohungen, Beleidigungen oder Pöbeleien. Die Gesamtzahl stieg leicht im Vergleich zum Vorjahr (2020:39; 2019: 37; 2018: 19). In Berlin-Buch sank die Anzahl der Vorfälle um mehr als die Hälfte (2020: 22; 2019: 49; 2018: 42). Für die organisierte Neonaziszene hat Buch als Aktionsschwerpunkt an Bedeutung verloren. Erstmals seit Jahren ist Berlin-Buch somit nicht der Ortsteil mit den zweithäufigsten Einträgen. Im Jahresverlauf zeigte sich, dass 14 von 22 Vorfällen in der ersten Jahreshälfte stattfanden. Die meisten Vorfällen waren Propaganda. Es gab zwei Angriffe (2019: 3) und drei Beleidigungen, Bedrohungen oder Pöbeleien (2019: 7). Ob sich im Ortsteil Berlin-Buch wirklich weniger ereignet oder weniger gemeldet wurde, ist aktuell unklar. Es gibt von dort immer wieder Berichte über Rassismus im Alltag, die mehr Vorfälle vermuten lassen.

8. März 2020

Im Ortsteil Prenzlauer Berg kam es gegen 1:15 Uhr an der Ecke Schönhauser Allee Kastanienalle zu antisemitischen Pöbeleien. Eine Gruppe von Männer rief „Verfickte Juden, verfickte Juden“. Es wurde ihnen hinterher gebrüllt „Haltet die Klappe, ihr antisemitischen Arschlöcher!“

Quelle: Register Berlin

24. Mai 2020

Im Ortsteil Prenzlauer Berg wurde gegen 2:50 Uhr in der Stubbenkammerstraße ein Mann (35 Jahre) von zwei unbekanntem Männern aus LGBTIQ*-feindlicher Motivation beleidigt, mit Bier beschüttet und mit der Bierflasche gegen den Kopf geschlagen.

Quelle: ReachOut Berlin

16. August 2020

Im Prenzlauer Berg wurden zwei Männer in der Nacht im Mauerpark von einer kleinen Gruppe aus erst rassistisch beleidigt und anschließend wurden zwei Hunde auf sie gehetzt. Einer der Betroffenen erlitt Bißwunden.

Quelle: Lower Class Magazin vom 24.08.2020

Rassistische Aufkleber in Blankenburg – Bedrohungen in Niederschönhausen

Aus den Ortsteilen Blankenburg und Niederschönhausen sind 2020 mehr Vorfälle als in den letzten Jahren gemeldet worden. So verzeichnete Blankenburg mit 13 Einträgen einen Anstieg von vier Vorfällen gegenüber 2019. Auch wenn die Gesamtzahl recht gering ist, war 2020 auffällig, dass in dem Ortsteil einige selbstgemachte Aufkleber aufgetaucht und vermehrt verklebt wurden. Diese beleidigten und demütigten Schwarze Menschen auf rassistische Weise. Ebenso sind Schmierereien aufgetaucht, die sich an politische Gegner*innen richteten. Alle Vorfälle im Ortsteil lassen sich der Propaganda zuordnen.

In Niederschönhausen kam es gerade in der zweiten Jahreshälfte, besonders im vierten Quartal, vermehrt zu Aufkleber und Schmierereien. Insgesamt wurden neun Vorfälle registriert (2019: 2; 2018: 6). Davon war ein Vorfall ein Angriff und einer wurde der Kategorie ‚Bedrohung, Beleidigungen oder Pöbelei‘ zugeordnet. Der Rest stellte Propagandaeinträge dar. Hierunter waren verschiedene rechte Aufkleber, aber auch Hakenkreuz-Schmierereien. Es wurde von weiteren rassistischen Bedrohungen und Beleidigungen berichtet, die aktuell noch nicht im Register dokumentiert wurden.

Schwache neonazistische Szene im gesamten Bezirk

Die neonazistischen Szenen im Bezirk Pankow sind weiterhin organisatorisch schwach aufgestellt. Der Twitter-Account der neonazistischen Partei NPD Pankow wurde im Juni erneut gesperrt, woraufhin die politische Außenwirkung noch stärker zurückging. Bis zum Sommer war die NPD mit Aufklebern, Flyern u.Ä. recht präsent, dies nahm in der zweiten Jahreshälfte sehr stark ab. Ähnlich wie in anderen Bezirken war die NPD zunehmend inaktiv. Dennoch wurde die Partei in 50 Einträgen erwähnt (2019: 57). Es gab zwei neonazistische Gedenkveranstaltungen, die der JN/NPD zugerechnet werden können. Die erste fand am 8. Mai auf dem Friedhof XII in Berlin-Buch statt. Die zweite am 15. November auf dem Friedhof der Schlosskirche in Buch. Darüber hinaus gab es ein internes Treffen der Pankower NPD und JN, über das diese selbst berichtete. Auf diesem war die Bombardierung von Dresden Thema. In rechten sowie neonazistischen Kreisen wird der Tag der Bombardierung von Dresden im Jahr 1945 dazu benutzt, die zentrale Verantwortung Deutschlands für den II. Weltkrieg zu leugnen. Am 18. Juli fand ein Fußball-Turnier der Jugendorganisation JN statt. Aufkleber, Plakate u.Ä. der neonazistischen Partei „III. Weg“ nahmen im Laufe des Jahres im östlichen Pankow-Ortsteil zu. Diese Partei wurde in 21 Vorfällen erwähnt (2019: 5). Der Anstieg der Aktivitäten beim „III.

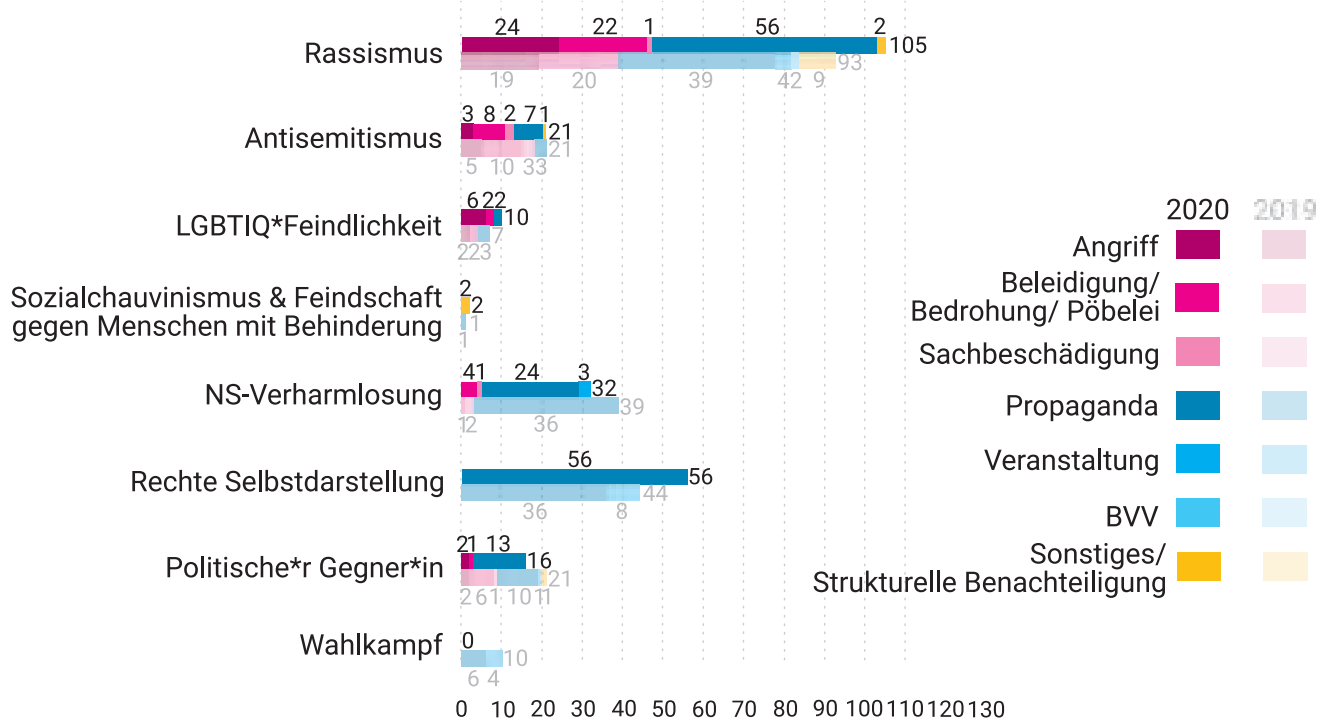
Weg“ zeigt, dass sich das aktionsorientierte Spektrum der extremen Rechten dieser Gruppe angeschlossen hat.

Diffamierung politischer Bildung & Jugendbildung

Wenn auch nicht in der BVV, so wurden zumindest auf Landesebene 2020 Anfragen von Abgeordneten der AfD an den Berliner Senat gerichtet, die die Arbeit von Einrichtungen der politischen Bildung und Jugendbildung in Pankow diffamierten. Durch die Anfragen soll diesen die Kompetenz und das Vertrauen demokratiefördernd zu agieren, abgesprochen werden. Die Strategie hatte bisher keinen Erfolg. Vielmehr wurde die Legitimität von politischer Bildungsarbeit und Jugendbildung in der BVV sowie durch Erklärungen von Trägern gestärkt.

Fazit

Im einwohner*innenreichsten Ortsteil Prenzlauer Berg geschehen weiterhin die meisten Vorfälle. Die dichte Besiedelung, zentrale U- und S-Bahnhöfe sowie ein aktives Straßen- und Nachtleben, lässt viele Menschen in der Öffentlichkeit aufeinandertreffen. In diesem Punkt ähnelt der Ortsteil anderen Innenstadtregionen. Gleichzeitig nimmt der Ortsteil Pankow an Bedeutung für neonazistische und rechte Propaganda zu, was auf ein aktives rechtes Klientel schließen lässt. Am ehemaligen Aktions-schwerpunkt der rechten Szene in Buch gingen die Vorfälle stark zurück.



korientation. Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven



korientation ist eine (post)migrantische Selbstorganisation und ein rassismuskritisches Netzwerk von Asiatischen Deutschen¹ und Asiat*innen mit dem Lebensschwerpunkt in Deutschland und wurde 2008 in Berlin gegründet. Der gemeinnützige Verein verfolgt das Ziel, den vielfältigen Lebenswirklichkeiten von Asiatischen Deutschen Präsenz und Ausdruck zu verleihen und sie damit bewusst und sichtbarer zu machen. Dabei stellen Vernetzung, Empowerment, Ressourcen-Sharing und Communityarbeit wichtige Grundsätze in der Arbeit von korientation dar.

Die Stärkung der kulturellen und politischen Selbstrepräsentation von Asiatischen Deutschen ist maßgeblich, um Einfluss auf die Entwicklung einer vielfältigen deutschen Gesellschaft nehmen zu können. Denn: Asiatische Menschen in Deutschland, ihre Geschichte/n und Erfahrungen von Kämpfen und Widerständen werden in der dominanten Geschichtsschreibung nicht mitgedacht. Ihre (mediale) Repräsentation ist entweder kaum existent oder aber in Medien, Bildungsmaterial, kulturellen Praktiken oft homogenisierend und kolonialrassistisch geprägt und wirkt sich als Andersmachung bis heute negativ auf Asiatisch-Deutsche Lebensrealitäten aus.

Diese Fehlrepräsentation und „Unsichtbarkeit“ drückt sich auch im Umgang mit Rassismus aus, den asiatische Menschen in Deutschland erleben. Das betrifft sowohl das kaum verbreitete Wissen über historische Kontinuitäten, Strukturen, Wirkungen und Mechanismen von Rassismus gegenüber asiatischen Menschen als auch eine fehlende intersektionale Betrachtung von „anti-asiatischem Rassismus“. Aktuell wird unter „anti-asiatischem Rassismus“ in erster Linie Rassismus

gegenüber südost- und ostasiatisch gelesenen Menschen verstanden, der mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 eine sichtbare Konjunktur erlebt hat. Wichtig ist es aber auch, die Verschränkungen mit z.B. anti-muslimischen, anti-Schwarzen Rassismus sowie anderen Rassismen und Diskriminierungsformen zu verstehen, die asiatische Personen in Deutschland erleben.

Vor diesem Hintergrund ist eine Erfassung, Dokumentation und Auswertung rassistischer Übergriffe auf asiatische Menschen wichtige Voraussetzung für ein differenziertes Verständnis und zum Aufbau einer belastbaren Datengrundlage. Initiativen wie ichbinkeinvirus.org und Studien wie das Forschungsprojekt „Soziale Kohäsion in Krisenzeiten – Die Corona-Pandemie und anti-asiatischer Rassismus in Deutschland“ des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung sowie das Factsheet „Anti-asiatischer Rassismus in der Corona-Zeit“ des Mediendienst Integration leisten dazu wichtige Beiträge. Notwendig ist vor allem aber auch eine langfristige Dokumentation und die Ermutigung von asiatischen Menschen, ihre Rassismuserfahrungen als solche wahrzunehmen, benennen zu können und diese gesellschaftlich anzuerkennen.

Kontakt:

korientation. Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven e.V.
Rosenthaler Str. 39
10178 Berlin

Telefon: 030 2400 8895

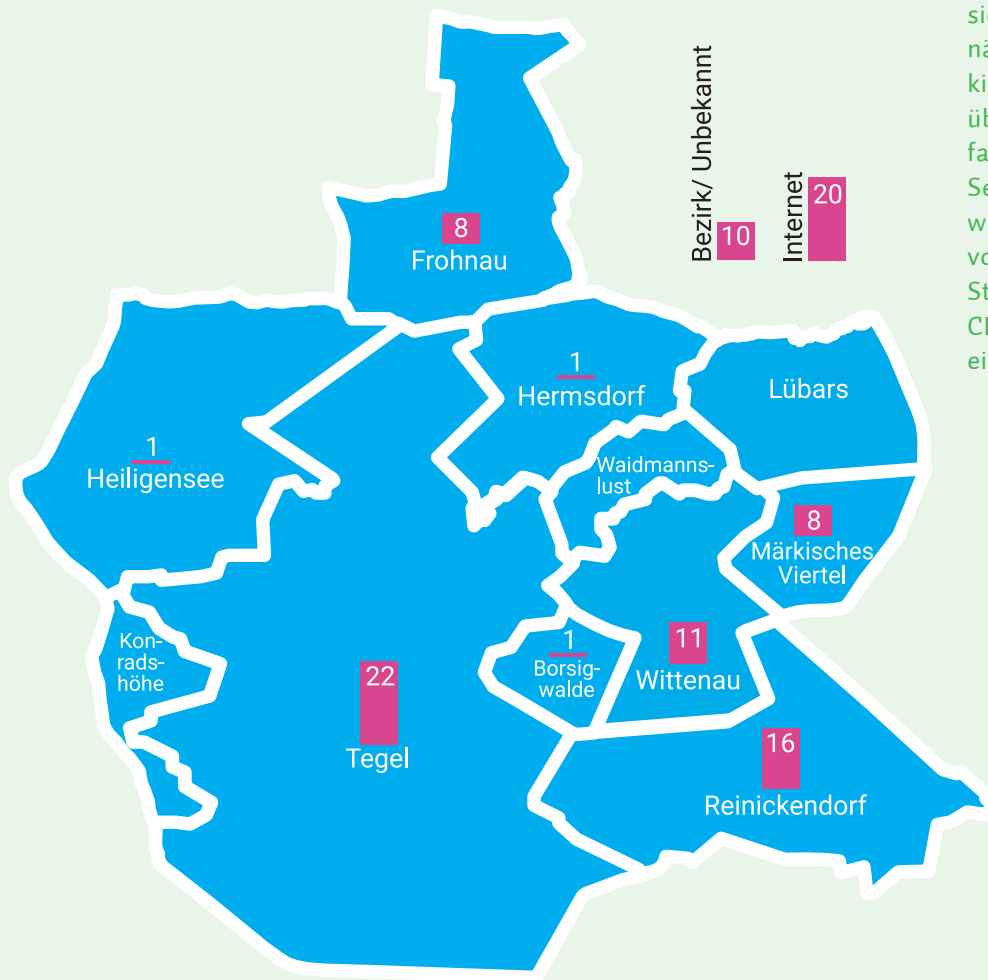
Mail: info@korientation.de

¹ Wir schreiben Asiatisch-Deutsch bzw. Asiatische Deutsche groß, um einerseits auf die kulturellen Identitätskonstruktionen, andererseits auch auf unsere gesellschaftspolitische Positionierung durch Verwendung dieses Labels zu verweisen.



Reinickendorf

Der Bezirk Reinickendorf erstreckt sich mit seinen 11 Ortsteilen Reinickendorf, Borsigwalde, Wittenau, Märkisches Viertel, Lübars, Waidmannslust, Hermsdorf, Frohnau, Heiligensee, Konradshöhe und Tegel vom Wedding bis zum nördlichen Berliner Stadtrand. Reinickendorf hat mit fast 270.000 Einwohner*innen vergleichsweise wenig Einwohner*innen, die sich auf die Gebiete in Innenstadtnähe und die Großsiedlung Märkisches Viertel konzentrieren. Die übrigen Ortsteile sind stark von Einfamilienhaussiedlungen geprägt. Seit mehr als zwei Jahrzehnten wird der bzw. die Bürgermeister*in von der CDU gestellt. Unter den Stadträt*innen befindet sich neben CDU-Vertreter*innen gegenwärtig ein SPD- und ein AfD-Politiker.



Antisemitischer Schriftzug am Buddeplatz

Flüchtlingsfeindlicher Sticker in der Gotthardstr.



Kontakt:

Register Reinickendorf

Stiftung SPI - Geschäftsbereich
Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung

Register Reinickendorf

Frankfurter Allee 35 – 37, Aufgang C
10247 Berlin

Tel.: 01577 - 57 44 973

Mail: register-rd@stiftung-spi.de

Web: www.berliner-register.de/reinickendorf

Reinickendorf im Lockdown

Im Jahr 2020 liegt die Anzahl der erfassten Vorfälle in Reinickendorf auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr und ist geringfügig gesunken (2020: 98; 2019: 107). Dies ist darauf zurückzuführen, dass die NPD von Internetplattformen verbannt wurde und pandemiebedingt Veranstaltungen nicht stattfinden konnten. Auch der Rückgang an NS-verharmlosenden oder -verherrlichenden Vorfällen (2020: 7; 2019: 13) ist daran geknüpft. Wie in den übrigen Bezirken machte Propaganda den Großteil der Vorfälle aus. Dieser sank aber im Vergleich zum Vorjahr (2020: 36%, 2019: 44%). Im Gegensatz zu anderen Stadteilen gibt es in Reinickendorf keine sichtbar agierende Neonaziszene. Dennoch wurden dem Register Aufkleber von rechtsextremen Akteur*innen gemeldet, wie beispielsweise der „Identitären Bewegung“ oder der Jugendorganisation der NPD. Insgesamt wurden vier Hakenkreuze und sieben Schriftzüge gemeldet, darunter die Abkürzung ‚88‘, die in Neonazikreisen für ‚Heil Hitler‘ steht, sowie den Schriftzug der verbotenen, militanten neonazistischen Organisation ‚Combat 18‘. Die rechtsextreme Partei „Der III. Weg“ reagierte auf die Corona-Pandemie und verteilte in Tegel und Frohnau Flyer mit Bezug zur Corona-Pandemie. Die Zahl der LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle ist, wie in den Vorjahren, gestiegen (2020: 10; 2019: 6; 2018: 3). Der leicht steigende Trend antisemitisch motivierter Vorfälle ist weiterhin zu erkennen (2020: 8; 2019: 6; 2018: 3). Diese Vorkategorie bleiben jedoch auf einem vergleichs-

weise niedrigen Niveau. Über die Hälfte der gemeldeten Vorfälle ist rassistisch motiviert (2020: 58%; 2019: 55%) und innerhalb dieser Kategorie ist ein deutlicher Anstieg von antimuslimischem Rassismus zu verzeichnen (2020: 28%; 2019: 12%). Anti-schwarzer Rassismus ist ebenfalls gestiegen (2020: 9%; 2019: 5%).

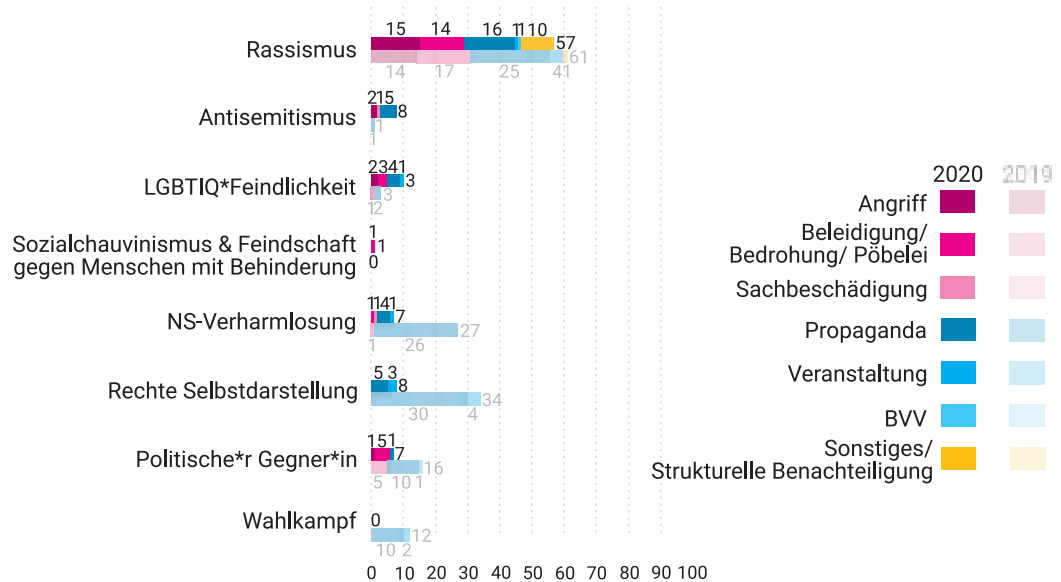
Verdopplung der Angriffe

Besonders auffällig ist die Verdopplung der Angriffe: Diese sind von 10 auf 20 Vorfälle gestiegen. 15 davon waren rassistisch motiviert, 5 davon wiederum antimuslimisch. Die Auswertung der einzelnen Vorfälle hat gezeigt, dass es sich bei den Tatorten um öffentliche Verkehrsmittel, Straßen, Supermärkte, Spielplätze oder Grünflächen handelte. Vorfälle passierten zu jeder Tageszeit. Betroffene waren sowohl einzelne Personen, genau wie Kinder und gemischtgeschlechtliche Personengruppen. Die Täter*innen waren überwiegend männlich, aber nicht ausschließlich. Der Anstieg von Angriffen zeigt, dass diskriminierende Einstellungen im Bezirk fest verankert sind. Diese wirken sich auf Betroffene aus und führen zu Gele-

genheitstaten. Seit einigen Jahren gibt es in Reinickendorf rechtspopulistische Mobilisierungs- und Stimmungsmache gegen die Unterbringung von Geflüchteten. Unter dem Deckmantel des Denkmal- und Naturschutzes, werden rassistische Ressentiments geschürt. So etwas trägt dazu bei, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sich in den Köpfen der Anwohner*innen festsetzt und als normale und akzeptable Einstellung empfunden wird. Aufgrund des Lockdowns verfügten Menschen über einen geringeren Bewegungsradius und öffentliches Leben in den Innenstadtbezirken und Partykiezen konnte nicht stattfinden: Vorfälle passierten entsprechend dort, wo Menschen sich aufhielten und aufeinandertrafen, also in den Wohngebieten der Randbezirke, zu denen Reinickendorf gehört.

Blick in die Ortsteile

Die meisten Vorfälle konzentrierten sich, wie in den Vorjahren, auf die Ortsteile Tegel (2020: 22; 2019: 22) und Reinickendorf (2020: 16; 2019: 23). Wittenau verzeichnete einen Rückgang (2020: 11; 2019: 23). Diese Entwicklung ist auf den pandemiebedingten Rückgang



Beispielvorfälle

5. August 2020

Eine Gruppe von fünf Jugendlichen im Alter von 16, 17 und 21 Jahren wurde gegen 20.45 Uhr am S-Bahnhof Frohnau von zwei unbekanntem Tätern rassistisch beleidigt. Zwei Jugendliche wurden mit einem Schraubenschlüssel angegriffen. Quelle: ReachOut

18. August 2020

Gegen 14.10 Uhr wurde ein 24-jähriger Mann im Senftenberger Ring aus einer Gruppe von 6 unbekanntem Männern heraus aus LGBTIQ*-feindlicher Motivation beleidigt, von hinten in die Beine getreten und geschlagen. Quelle: ReachOut

13. Januar 2020

Ein Schüler der zweiten Klasse wurde vom Klassenlehrer antimuslimisch beleidigt. Unter anderem tätigte der Lehrer die Aussagen, „türkische und arabische Leute“ seien „alle Mafiosi“ und „ihre Kinder sind alle schlecht erzogen“. Quelle: ADAS – Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen

von Veranstaltungen zurückzuführen: Extrem rechte Bestrebungen, wie beispielsweise Veranstaltungen der NPD, konnten weitestgehend nicht in den üblichen Stammlokalen stattfinden. Frohnau und das Märkische Viertel lagen 2020 nahezu gleich auf. In Frohnau geschah im Frühjahr eine NS-verherrlichende Angriffsserie (Sachbeschädigungen), nachdem Menschen sich sichtbar AfD-kritisch und gegen Rechtspopulismus geäußert hatten. Daher ist hier ein Anstieg an Vorfällen sichtbar (2020: 8; 2019: 1). In den übrigen Ortsteilen wurden, wie bisher, keine oder höchstens ein Vorfall gemeldet, was teilweise auf eine weiterhin schwache Melder*innenstruktur zurückzuführen ist. Ein Vorfall ereignete sich in der BVV: Hier wurde am 12. August 2020, von einem Vertreter der AfD, das muslimische Kopftuch als Symbol für ein vermeintliches Bedrohungsszenario benutzt, als ein Antrag über ein Kopftuchverbot für Schülerinnen bis zur sechsten Klasse diskutiert wurde.

Die extrem menschenverachtenden Internetvorfälle bestärken die These der Verankerung diskriminierender, extrem rechter Einstellungen sowie rechtspopulistischer Stimmungsmache im Bezirk. Während des Lockdowns hielten sich Menschen vermehrt im Internet auf. In bezirksspezifischen Facebookgruppen kam es zu extrem rechter Stimmungsmache und Hetze. Dies geschah auch mit Bezug zu dem geplanten Bau von modularen Unterkünften am Paracelsusbad. Ein Reinickendorfer Abgeordneter der AfD im Abgeordnetenhaus verbreitete mehrmals pro Monat rassistische Tweets.

NS-Relativierung mit Bezug zur Covid-19-Pandemie

NS-relativierende Vorfälle im digitalen Raum fanden im Kontext der Kritik an den Corona-Maßnahmen statt. In einer Telegram-Gruppe, in der sich Menschen aus dem Bezirk gegen Corona-Maßnahmen organisierten und

austauschten, wurden im Dezember Inhalte extrem rechter Telegramkanäle weiterverbreitet und antisemitische Verschwörungserzählungen als Text- und Sprachnachrichten sowie Videos geteilt. Dabei wurden in verschiedenen Nachrichten coronabedingte Einschränkungen mit NS-Verbrechen gleichgesetzt. Mit solchen Vergleichen werden NS-Verbrechen relativiert sowie nationalsozialistische Ideologien verharmlost und normalisiert. Wie in anderen Stadtteilen vermengen sich in diesen Filterblasen rechtspopulistische Kritik an Beschlüssen der Regierung, Versatzstücke extrem rechter Ideologien sowie der Glaube an antisemitische Verschwörungserzählungen. Der Bezirk in Reinickendorf hat im Vergleich zu anderen Bezirken wenig Meldungen. Das sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch hier die extreme (Neue) Rechte etabliert ist und mit ihren Ideologien breite Bevölkerungsgruppen erreichen kann.

Kooperationspartner*innen

Centrum für intersektionale Anti-Diskriminierung Yekmal e. V.



Yekmal e. V. wurde 1993 von kurdischen Eltern, Lehrer*innen und Pädagog*innen als gemeinnütziger Verein mit dem Ziel der Förderung von Partizipation und Bildung vorrangig von Familien mit Migrations- und Fluchtgeschichte sowie kurdischer Herkunft gegründet.

Bedarf für eine intersektionale Anti-Diskriminierungsarbeit bei Yekmal e. V.

Klient*innen, Besucher*innen und Ratsuchende von Yekmal berichten fast täglich über Erfahrungen, die mit Diskriminierung und Rassismus in Verbindung stehen. Viele Aussagen stehen im Zusammenhang mit Ämtern und Behörden, Schulen, Kitas und anderen Bildungseinrichtungen, Einrichtungen der Gesundheitsversorgung oder auch im Zusammenhang mit sozialen und privaten Organisationen wie Familienzentren usw.

Die Studie „Kurden in Berlin“ von 2018 auf der Webseite von Yekmal gibt einen unmittelbaren Einblick, in welchem Rahmen sich Kurd*innen häufig diskriminiert fühlen.

Ausgehend von den Erfahrungen unserer Zielgruppen im Rahmen unserer sozialen Arbeit, des fortwährenden Engagements für Partizipation und Chancengleichheit von Personen of Color, Migrant*innen und marginalisierten Gruppen, ist Yekmal e. V. dabei, ein Monitoring-Verfahren zur Erfassung von intersektionaler Diskriminierung zu installieren.

Das Ziel des Centrum für intersektionale Anti-Diskriminierung

Die Antidiskriminierungsstelle hat die Aufgabe: gleichzeitige und sich überschneidenden Formen und Vorkommnisse von Diskriminierung sowie Rassismus sichtbar zu machen, die Betroffenen zu unterstützen sowie gesellschaftliche und politische Gleichberechtigung zu fordern. Es gibt insgesamt noch zu wenig Instrumente, um diesen Graubereich von Diskriminierung und Rassismus zu erhellen sowie Menschen vor Diskriminierung zu schützen. Hier setzt das Projekt „Monitoring und Evaluation von intersektionaler Diskriminierung“ an: Wir möchten betroffene Menschen ermutigen ihre Erfahrungen aus der Grauzone in den gesellschaftlichen Diskurs zu bringen, damit gemeinsam ermächtigende und diskriminierungsschützende Strategien entwickelt werden können. Unser Motto ist dabei: intersektionale Diskriminierung erfassen, sichtbar machen, Teilhabe fördern.

Kontakt:

Verein der Eltern aus Kurdistan in Deutschland, Yekmal e.V.
Centrum für intersektionale Anti-Diskriminierung
Schönleinstr. 23
10967 Berlin

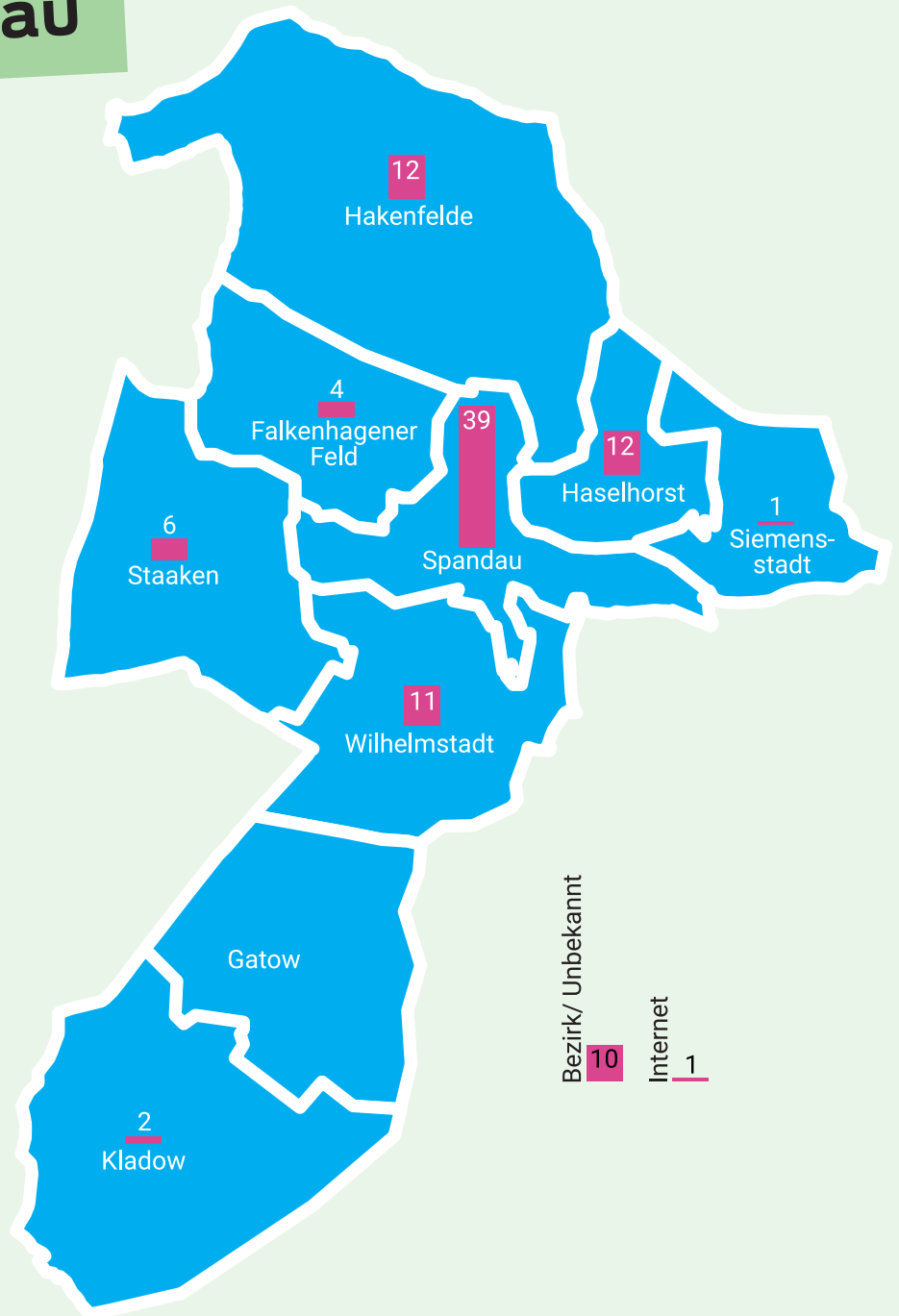
Telefon: 030 / 81797365
Fax: 030 / 81797366
Web: www.yekmal.com



Spandau

Der Bezirk Spandau liegt am westlichen Stadtrand und hat knapp 250.000 Einwohner*innen. Der Ortsteil, der den gleichen Namen trägt, stellt das „Zentrum“ des Bezirks dar und ist mit der U-Bahnlinie 7, der S-Bahn und der Regionalbahn an die Innenstadtbezirke Berlins angebunden. Hier ist der Sitz der Verwaltung, tagt die Bezirksverordnetenversammlung – auch zahlreiche Behörden wie Jobcenter und Sozialamt befinden sich in diesem Ortsteil.

Die größte Fußgängerzone Berlins bietet mit zwei Straßenzügen, dem Marktplatz und Rathausplatz viele Einkaufsmöglichkeiten sowie Begegnungs- und Veranstaltungsorte. Neben der beschaulichen Altstadt verfügt der Bezirk auch über Ortsteile wie Staaken oder das Falkenhagener Feld, die vor allem von ihren Hochhausiedlungen geprägt sind, und über solche wie Kladow, in denen Einfamilienhäuser und Grünflächen das Stadtbild dominieren.



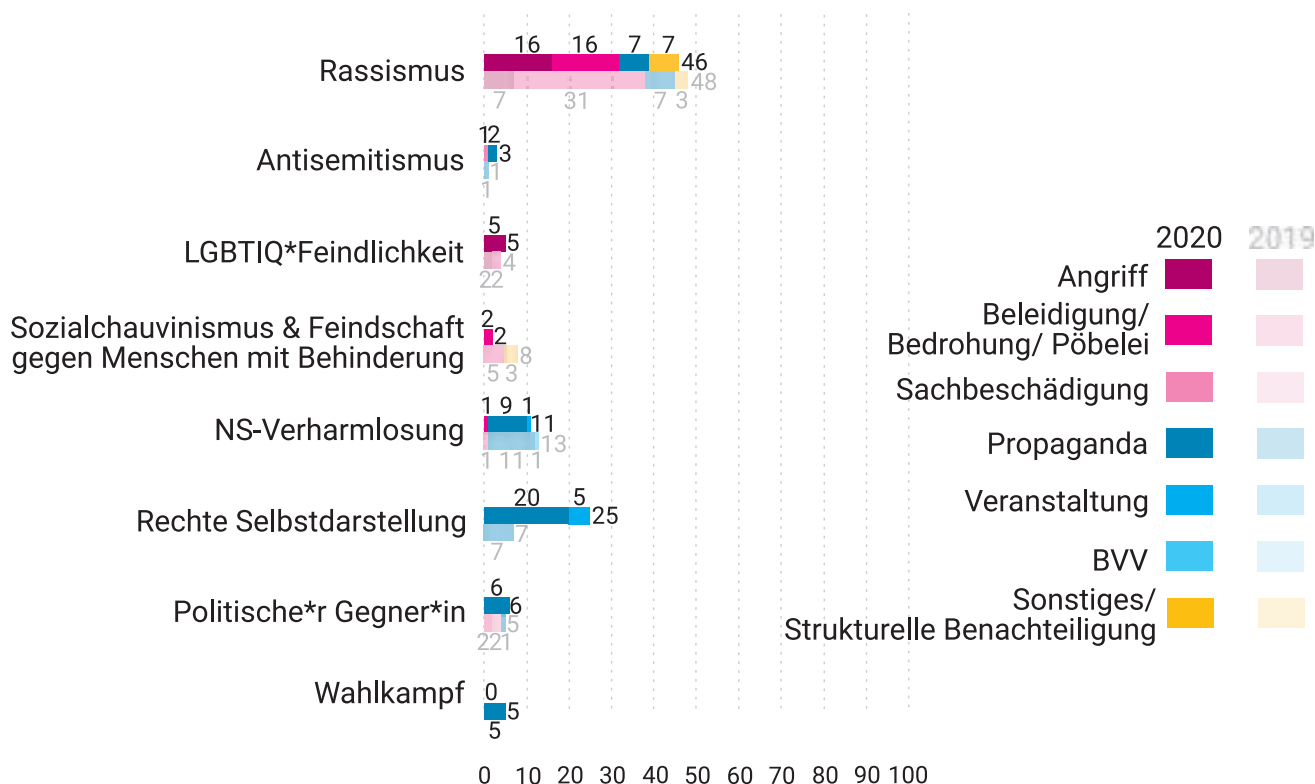
Hakenkreuz im Wröhmännerpark

„III.Weg“-Aufkleber an der Klimawerksatt



Kontakt:
Registerstelle Spandau
 GIZ gGmbH
 Reformationsplatz 2
 13597 Berlin

Tel.: 0162 - 5781723 oder
 01520-9032918
 (Signal, Telegram)
 Mail: register.spandau@giz.berlin
 Twitter: @SpandauRegister
 Web: berliner-register.de/spandau



Zusammenfassung der Daten

2020 wurden 98 Vorfälle für Spandau dokumentiert (2019: 95), was 3 Prozent aller berlinweit erfassten Vorfälle (2020: 3822) ausmacht. Dabei stellte Propaganda (44 Meldungen) in Spandau die häufigste Vorfallsart dar (45 %). Im Vergleich zu 2019 stieg die Anzahl der Propaganda-Vorfälle um 10 Prozent, das dort häufige Motiv rechte Selbstdarstellung zeigte ebenfalls einen Anstieg von 20 auf 45 Prozent. Mit 21 Angriffen wurde 2020 die bisher höchste Anzahl seit Dokumentationsbeginn (2014) erfasst. 2020 machten die Angriffe mit 20 Prozent die erstmals zweithäufigste Vorfallsart (2019: 9) aus. Die bisher höchste Anzahl stammte aus dem Jahr 2016 mit 13 Angriffen (26 %), die im Zusammenhang mit

den rassistischen Mobilisierungen zum Zug von Geflüchteten nach Berlin standen. 2020 sind die Angriffe in Wohnortnähe passiert und dort, wo sich Menschen im Alltag aufhalten. Die Meldungen von Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbeleien – 2019 noch häufigste Vorfallsart – waren stark rückläufig (2020: 19; 2019: 45). Grund dafür ist, dass diese Meldungen meistens in Beratungssituationen gemeldet wurden. Durch die Corona-Maßnahmen haben weniger und kürzere Beratungen stattgefunden. Wie in den Vorjahren wiesen die meisten Vorfälle ein rassistisches Motiv auf (2020: 46, entspricht 47 %), davon waren 17 % antimuslimisch rassistisch motiviert (2019: 6 %).

Während bei den Angriffen und Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbeleien Rassismus das Hauptmotiv ist, sind es bei der Propaganda die rechte Selbstdarstellung (25 %) und die NS-Verharmlosung und Verherrlichung (9 %). Die meisten Vorfälle (39) wurden weiterhin für den Ortsteil Spandau erfasst (dieser Ortsteil hat den gleichen Namen wie der Bezirk), während sich die übrigen Vorfälle auf die Ortsteile Haselhorst (12), Hakenfelde (12), Wilhelmstadt (11), Staaken (6), Falkenhagener Feld (4), Kladow (2) und Siemensstadt (1) verteilten. Erstmals wurden aus acht der neun Ortsteile Spandaus Vorfälle gemeldet. Bei zehn Vorfällen war der Ortsteil nicht bekannt oder sie fanden im Internet statt.

Beispielvorfälle

28. November 2020

Im Zentrum von Kladow fand eine Veranstaltung der Bürgerinitiative „Eltern stehen auf, Ortsgruppe Spandau“ statt, die sich gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen einschließlich Maskenpflicht richtete. Es nahmen etwa 10 Personen teil. Ein Plakat, das zum Gehweg hin ausgerichtet war, stellte in Bildsprache und Text einen relativierenden Vergleich zwischen den Pandemieeinschränkungen und den Konzentrationslagern bzw. Massengräbern der NS-Diktatur dar. Mehr als 100

Gegendemonstrant*innen waren vor Ort und protestierten lautstark. Quelle: Register Spandau

28. August 2020

Eine muslimische Frau wurde im Beisein ihres 4-jährigen Sohnes von einem Mann im Bus der Linie X36 islamfeindlich beleidigt. Außerdem machte sich der Mann über ihr Kopftuch lustig. Ihre Deutschkenntnisse reichten nach ihrer Einschätzung nicht aus, um sich zu wehren. Kein Fahrgast im Bus zeigte Zivilcourage. Quelle: INSSAN e.V.

27. August 2020

Im (öffentlich zugänglichen) Briefkasten der Integrationslots*innen bei GIZ gGmbH in der Mönchstraße wurden Flyer sowie eine Postkarte der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ gefunden. Während die Postkarte ein Aufruf zur Demo der Partei am 3.10. war, enthielten die Flyer „Härtere Strafen für Kinderschänder“ und „Kinderlosigkeit führt zum Volkstod“ rassistische, völkische und antifeministische Thesen. Quelle: Gesellschaft für Interkulturelles Zusammenleben (GIZ gGmbH)

Häufigste Vorfallsart: Propaganda - Der III. Weg war aktiver

2020 entsprachen 44 Vorfälle der Kategorie Propaganda, also Flyer, Sticker oder gesprühte Botschaften der extremen Rechten (45 %). Dabei machte Propaganda (Flyer und Sticker) der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ den größten Teil aus (12 von 20 Vorfällen). Während die Veranstaltungen (2020: 4) in Spandau aus überschaubar wenigen und immer den gleichen Akteur*innen bestanden, wurden Sticker und Flyer im Ortsteil Spandau vor allem von einer Aktivistin der Partei verteilt. Dabei bekamen gezielt solche Projekte Post vom „III. Weg“, deren Leitbild den politischen Zielen der Partei widerspricht: Klimawerkstatt, Büro der Integrationslots*innen, Geschäftsstelle der Grünen.

Im ersten Lockdowns waren während der Morgen- und Abendstunden kaum Menschen unterwegs. In dieser Zeit wurde im Wröhmännerpark und den angrenzenden Straßen flächendeckend Sticker der NPD geklebt und Hakenkreuze und NS-Runen auf dem benachbarten Kinderspielplatz gesprüht. Insgesamt aber war Propaganda mit NS-verharmlosenden bzw. -verherrlichenden Inhalten mit 9 % entgegen dem berlinweiten Trend leicht rückläufig (2019: 11 %).

Stärkster Rückgang: Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbelelei

Vorfälle von Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbelelei – in den Vorjahren immer häufigste oder zweithäufigste Vorfallsart – verzeichneten 2020 einen Rückgang von 46 auf 19 Vorfälle. Durch eingeschränkte Öffnungszeiten und den Umstieg auf telefonische Beratung mit kleinen Zeitfenstern gab es bei Anlaufstellen und anderen Netzwerkpartner*innen weniger vertrauensvolle Gespräche mit Klient*innen. Dadurch gab es weniger Gelegenheiten, um von Diskriminierungserfah-

rungen zu berichten. Von einem größeren Dunkelfeld in dieser Vorfallsart muss ausgegangen werden.

Größter Anstieg: Angriffe

Die bisher höchste erfasste Anzahl von Angriffen (2020: 21; 2019: 9) im Bezirk war die zunächst alarmierendste Veränderung im Vergleich zu den Vorjahren. Erwartbar wäre ein Rückgang wie für die Vorfallsart Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbelelei durch die geringere Mobilität im öffentlichen Raum gewesen. Für die Analyse wurden die Angriffe der Jahre 2020, 2019 und 2016, dem Jahr mit den bisher höchsten Angriffszahlen verglichen. Ein typischer Angriff im Jahr 2020 war der Angriff am Supermarkt im Juli in Wilhelmstadt, bei der ein 70-Jähriger rassistisch beleidigt und geschlagen wurde.

Die meisten Angriffe (16) waren rassistisch motiviert, wobei es sich bei vier Angriffen um antimuslimischen Rassismus und bei einem Angriff um Anti-Schwarzen-Rassismus handelte. Während antimuslimische Angriffe mehrheitlich Frauen betrafen, richteten sich die LGBTIQ*-feindlichen Angriffe (5) ausschließlich gegen Männer bzw. als solche gelesene Personen. Alle für 2020 gemeldeten LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle waren Angriffe. Andere Vorfälle wurden nicht gemeldet. Grund sind fehlende Beratungs- und Vernetzungsangebote für LGBTIQ*-Personen im Bezirk. Betroffene zeigen Angriffe eher an und melden andere Vorfälle in persönlichen Gesprächen oder Beratungssituationen.

Die auffälligste Veränderung betraf die Angriffszeiten und -orte. 2020 gab es mehr Angriffe am Nachmittag und in der Nacht. Tatorte waren überwiegend das direkte Wohnumfeld oder Supermärkte und Parkplätze und nicht – wie sonst üblich – der Umsteigebahnhof oder dessen Bushaltestellen.

Der Vergleich mit den Angriffszahlen anderer Bezirke zeigt, dass diese in zentralen Bezirken Berlins 2020 sanken, während die Angriffe in den Randbezirken Spandau und Reinickendorf um mindestens 50 % anstiegen. Wenn man diese Entwicklung sowie die Veränderungen bei Tatort und -zeit für Spandau einbezieht, lässt sich der Anstieg der Angriffe damit erklären, dass die Spandauer*innen pandemiebedingt gezwungen waren, sich auch tagsüber eher wohnortnah aufzuhalten. Dadurch drängten sich mehr Menschen im öffentlichen Raum, z.B. im Park, auf dem Spielplatz, beim Einkaufen und Spazierengehen. Dabei konnten potenzielle Täter*innen und Opfer aufeinandertreffen.

Veranstaltungen in Spandau: neue Strukturen

Interessant ist die Neugründung einer Gruppe von „Eltern-stehen-auf“ in Kladow. Sie teilten Inhalte der „Querdenker“, zeigten auf ihrer Kundgebung ihre Nähe zu rechtspopulistischen Positionen und tolerierten NS-verharmlosende bzw. -relativierende Inhalte. Ihre erste Kundgebung am 28. November wurde von einem zahlenmäßig deutlich größeren Gegenprotest begleitet, der wesentlich von Kladow*innen und Aktiven aus dem gesamten Bezirk getragen wurde. Die Mitglieder von „Eltern-stehen-auf“ stammen überwiegend aus dem bürgerlichen Kladow und sind dort sehr aktiv und gut vernetzt. Die Kundgebung und die sonntäglichen „Mahnwachen“ im Zentrum von Kladow führten im bisher wenig aktiven Ortsteil zur Gründung einer neuen Initiative gegen Rechts und der Einrichtung von Anlaufstellen des Registers Spandau.

3. August 2020

Auf dem Spielplatz im Münsinger Park malte das Kind einer Schwarzen Frau etwas im Sandkasten. Ein anderes Kind kam dazu und fing an, das Bild zu zerstören. Als die Schwarze Mutter es bat, damit aufzuhören, wurde sie sofort von der Mutter dieses Kindes rassistisch beleidigt und geschlagen.

Die Polizei wurde gerufen und Anzeige erstattet. Es gab zahlreiche Zeug*innen des Vorfalls.

Quelle: Register Mitte

11. Juli 2020

Zwei Männer im Alter von 29 und 30 Jahren wurden gegen 1:30 Uhr im Burscheider Weg in Haselhorst von einem 41-jährigen Mann zum wiederholten Mal aus LGBTIQ*-feindlicher Motivation körperlich angegriffen. Der Angriff wurde bei der Polizei angezeigt.

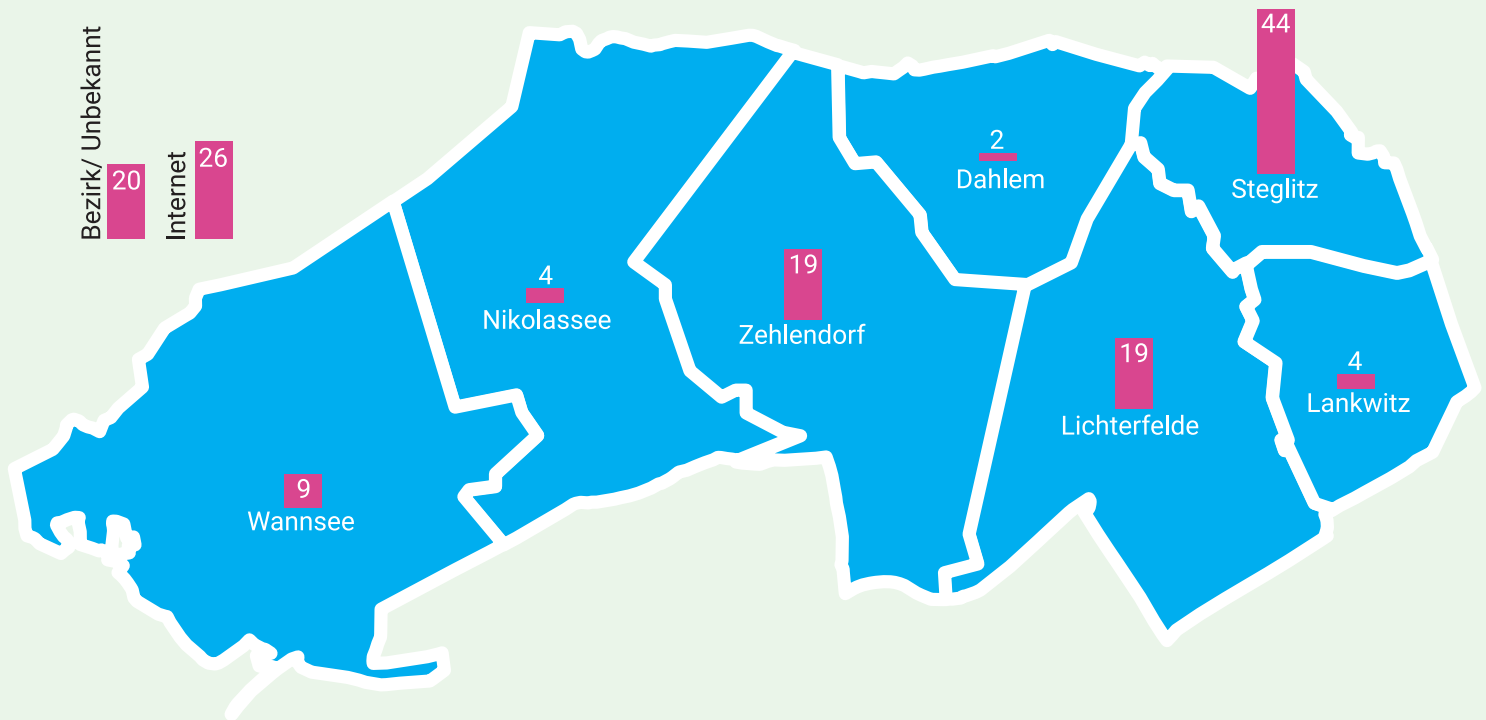
Quelle: ReachOut



Steglitz-Zehlendorf

Im Südwesten Berlins gelegen, zählt der Bezirk Steglitz-Zehlendorf gut 310.000 Einwohner*innen. Neben Einfamilienhäusern und Villensiedlungen in Wannsee, Schlachtensee oder Nikolassee und dem Wissenschaftsstandort Dahlem gibt es auch stark heterogene Ortsteile in Zehlendorf und Lichterfelde sowie die innenstadtnäheren Ortsteile Steglitz und

Lankwitz. Die Strecken, die im Bezirk zurückgelegt werden können, sind weit. Seit etwa vier Jahrzehnten stellt die CDU in Steglitz und Zehlendorf den Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin. Derzeit bilden sie mit den Grünen eine Zählgemeinschaft. In der BVV sind neben CDU (17) und Grünen (11) auch die SPD (13), die Linke (3), die FDP (5) und die AfD (6) vertreten.



Extrem rechte Anti-Corona-Sticker

Symbol der „Identitären Bewegung“



Kontakt:
Register Steglitz-Zehlendorf
Mittelhof e.V.
Königstraße 42-43
14163 Berlin

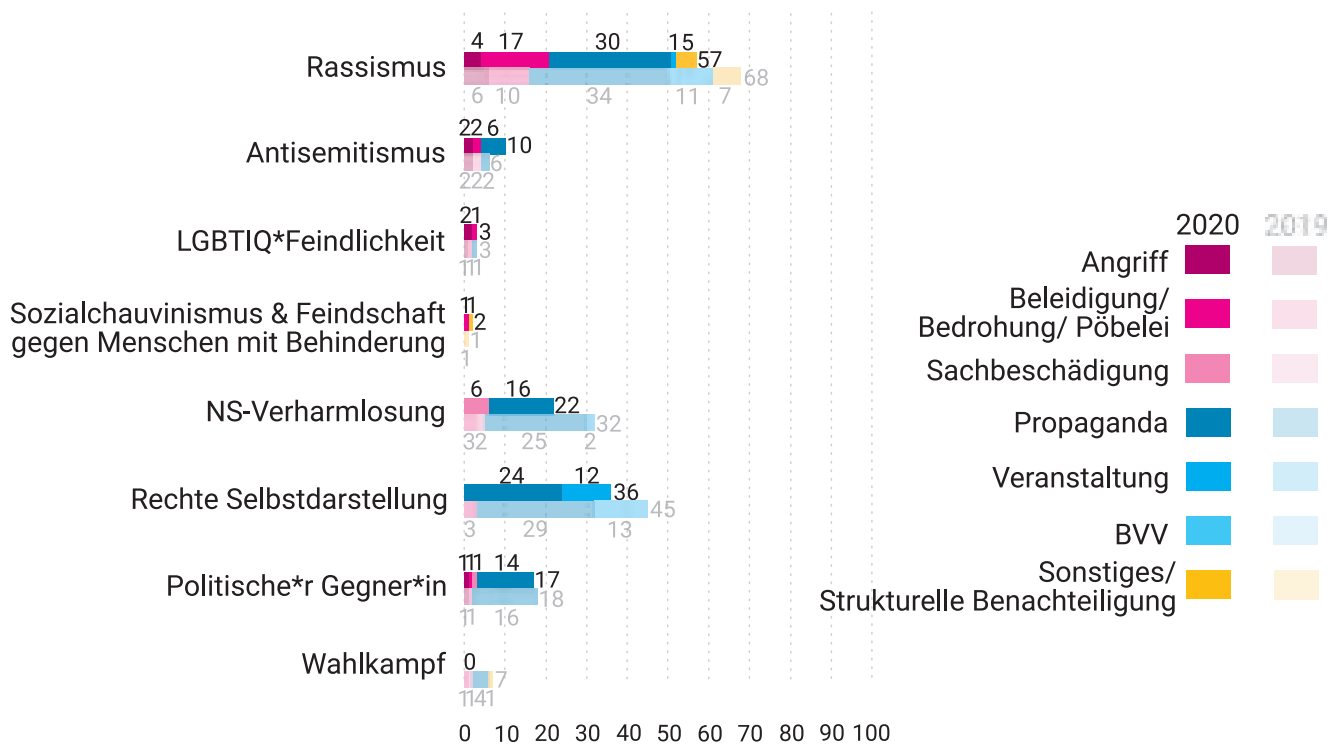
Mail: sz@berliner-register.de
Twitter: [@RegisterBSZ](https://twitter.com/RegisterBSZ)

Im Jahr 2020 dokumentierte die Registerstelle 147 recherchierte und gemeldete Vorfälle in Steglitz-Zehlendorf. Davon entfielen 90 auf die Kategorie Propaganda, 22 waren Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien, 13 Veranstaltungen, neun Angriffe, sieben Sachbeschädigungen und sechs strukturelle Benachteiligungen. Damit haben die Vorfälle der Kategorie „Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbeleien“ in ihrer Anzahl die Vorfälle „Veranstaltung“ (2019: 26) vom 2. Platz verdrängt. Lediglich im Jahr 2018 war die Zahl der Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien noch höher (2018: 25). Kann man die gesunkene Zahl an Veranstaltungen auf die Lockdownbedingungen zurückführen, ist gleichzeitig die Stagnation der Zahl der verbalen und körperlichen Gewalttaten schwieriger zu erklären. In der Regel handelt es sich in Steglitz-Zehlendorf um Gelegenheitstaten. Bleibt die

Gelegenheit aus, bspw., weil sich Betroffene und potenzielle Täter*innen mehr zu Hause aufhalten, müsste man davon ausgehen, dass auch die Anzahl sinkt. Die dennoch hohe Zahl ist vor allem auf die Meldungen von Beratungsfällen durch Netzwerkpartner*innen wie der Beratungsstelle Inssan zurückzuführen. Des Weiteren ist auffällig, dass sich der Großteil dieser Taten in den Sommermonaten ereignete, in denen es weniger pandemiebedingte Kontaktbeschränkungen gab. Ebenso gibt es mehr gemeldete Vorfälle aus dem persönlichen Nahumfeld der Betroffenen, was darauf zurückzuführen ist, dass sich mehr Menschen als sonst in Wohngebieten aufgehalten haben. Außerdem wurde in einem Mehrfamilienhaus bei einer syrischen Familie Hundekot auf der Fußmatte verteilt.

Wesentliche Entwicklungen

Bei den Motiven fällt auf, dass die meisten gewalttätigen Vorfälle rassistisch oder antisemitisch motiviert waren. So waren 40 % der antisemitischen Vorfälle im Jahr 2020 Gewalttaten (zwei Angriffe, zwei Bedrohungen, sechs Propaganda, insgesamt zehn). Insgesamt gab es 57 rassistisch motivierte Vorfälle. 15 davon waren gegen Muslim*innen und als solche wahrgenommene gerichtet. Dazu kamen zwei Vorfälle gegen schwarze Menschen und 40 Vorfälle, die rassistisch waren, aber nicht gegen eine bestimmte Gruppe gerichtet. Bei den NS-verharmlosenden Vorfällen (22) handelte es sich vor allem um Schmierereien und Sachbeschädigungen. Ein behindertenfeindlicher Vorfall wurde gemeldet. Des Weiteren gab es 17 gegen politische Gegner*innen und 36 Vorfälle der rechten Selbstdarstellung. Es wurde Propaganda



Beispielvorfälle

- 19. Dezember 2020**
Gegen 20.35 Uhr wird ein 34-jähriger Mann in der Breisgauer Straße von einem 17-jährigen Jugendlichen aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt, von hinten angegriffen und mit der Faust ins Gesicht geschlagen.
Quelle: ReachOut Berlin
- 5. August 2020**
In einer Arztpraxis in Steglitz wird eine muslimische Frau aufgrund ihres

- „Kopftuchs“ diskriminiert, indem sie abfällige Bemerkungen zu hören bekam. Des Weiteren wurden rassistische Stereotype verbreitet und ihr der Mittelfinger gezeigt.
Quelle: Inssan
- 2. Juli 2020**
Vor einer Geflüchtetenunterkunft in Nikolassee wurde ein Aufkleber mit der Aufschrift „Kein Asyl“ entdeckt und entfernt.

- Quelle: Bürger*innenmeldung
- 2. April 2020**
Die NPD hat in Lichterfelde Ost Flyer mit extrem rechten und rassistischen Inhalten Wurfungen in Briefkästen verteilt.
Quelle: Bürger*innenmeldung, Registerstelle Steglitz-Zehlendorf

gemeldet, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stand. Diese wurde nur dann aufgenommen, wenn sie antisemitische Verschwörungserzählungen bediente oder von der extremen Rechten verbreitet wurde.

Die allgemeinen, pandemischen Umstände bewirkten eine Verlagerung von Präsenzveranstaltungen ins digitale Format. Deshalb ist der Anteil an Vorfällen im Internet gestiegen (2020: 26; 2019: 17). Eine weitere Auswirkung ist der starke Rückgang an Vorfällen in Ortsteilen mit Einkaufsstrassen und Verkehrsknotenpunkten, die zuvor Hotspots waren. So gab es 44 Vorfälle in Steglitz (2019: 59) und 19 in Zehlendorf (2019:39). Vor allem im März und im Oktober brachen die Vorfallszahlen kurzzeitig stark ein, weil Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen in Kraft getreten waren.

NS-Verherrlichung: Im Westen was Neues?

Steglitz-Zehlendorf wird in der Regel nicht mit extrem rechten Gruppen oder deren Gedankengut in Verbindung gebracht. Auch NS-Verharmlosung oder Hakenkreuzschmierereien scheinen hier eher unüblich. Kommt es

dann dennoch zu solchen Vorfällen, schenkt man ihnen wenig Aufmerksamkeit, da sie nur als Einzelvorfälle wahrgenommen werden. Historisch besteht allerdings eine starke Verbindung zu NS-Verbrechen. So war das Haus der Wannseekonferenz der Ort, an dem die Massenvernichtung der europäischen Jüdinnen*Juden geplant wurde. Auch heute noch ist das Haus ein Gedenk- und Bildungsort und deshalb Ziel rechter Vorfälle. So kam es am 1.8.2020 zu einem Vorfall, bei dem antisemitische Plakate auf dem Gelände der Gedenk- und Bildungsstätte verteilt worden waren.

Im Bezirk sind nach und nach Gedenkort und vor allem -tafeln errichtet worden. Die Vorfälle mit dem Motiv NS-Verharmlosung stiegen seit Beginn der Register-Erfassung 2016 (mit Ausnahme von 2020) an und das Motiv rangiert nun im dritten Jahr in Folge unter den Top 3 der gemeldeten Vorfälle. Im Jahr 2020 waren es 22 Vorfälle. Gerade die Sachbeschädigungen sind größtenteils Vorfälle mit dem Motiv Verherrlichung des Nationalsozialismus. So gab es im letzten Jahr vermehrt Hakenkreuze und SS-Runden auf Gedenksteinen, aber auch öffentliches und

privates Eigentum wurde nicht verschont. Eng mit der NS-Verharmlosung verknüpft ist das Motiv Antisemitismus. Gerade Gewalttaten oder Propaganda in Verbindung mit Verschwörungserzählungen sind antisemitisch motiviert oder konnotiert. So sind einige der, mit der Corona-Pandemie in Verbindung stehenden, Verschwörungserzählungen anschlussfähig an ältere antisemitische Ideen, wie dem Gedanken, dass Jüdinnen*Juden für menschliches Leid verantwortlich wären und im Verborgenen die Welt regieren würden. Jüdische Persönlichkeiten wie der Multimilliardär George Soros werden immer wieder in antisemitischer Propaganda erwähnt. Auch im Bezirk fanden sich im Jahr 2020 Anspielungen auf ihn. Ebenso gab es mehrere Inhalte in Zusammenhang mit Bill Gates, in denen ihm unterstellt wurde, die Corona-Pandemie aus wirtschaftlichen Interessen erfunden zu haben.

Rassismus als Problem erkennen

Das dringlichste Problem im Bezirk ist Alltagsrassismus: Rassismus bleibt auch 2020 das Hauptmotiv. Nicht nur körperliche und verbale Gewalttaten sind in Steglitz-Zehlen-

(cc) Flickr.com - Oh-Berlin.com (<https://www.flickr.com/photos/oh-berlin/8263024709/>)





Fortsetzung auf Seite 50

dorf zumeist rassistisch, sondern auch 30 der 90 Propagandavorfälle hatten diesen Hintergrund. Insgesamt ist ein Drittel aller Vorfälle rassistisch motiviert (57). Bei verbaler Gewalt traf es im vergangenen Jahr besonders häufig muslimische Frauen im öffentlichen Raum. Daneben gab es auch einige Vorfälle, die aus Bildungseinrichtungen gemeldet wurden. Man muss davon ausgehen, dass die gemeldeten Fälle nur die Spitze des Eisbergs sind, weil sie von den Betroffenen selbst als so gravierend eingeschätzt wurden, dass sie dokumentiert werden sollten. Aus Gesprächen mit Betroffenen ist bekannt, dass viele ihre Erlebnisse nicht schildern und das Dunkelfeld groß ist.

Im Alltag gibt es keinen Schutz vor Rassismus. Es trifft Menschen überall, in der Bahn, beim Einkaufen, in der Schule, im Hausflur, in der Universität oder am Arbeitsplatz. Besonders Diskriminierungen in der Schule oder am Arbeitsplatz sind häufig schwer nachweisbar, oftmals zu alltäglich, um sie zu melden und doch sehr belastend für die Betroffenen und ihre Angehörigen. Dennoch gibt es im Bezirk kaum Angebote wie Beratungsstellen zur Unterstützung von Betroffenen oder kontinuierliche, nachhaltige, diskriminierungssensible Bildungsprojekte o.ä. Inwiefern sich Betroffene ernst genommen fühlen und wie stark die Bevölkerung für Alltagsrassismus sensibilisiert ist, lässt sich daher nur vermuten.

Dunkelfelder, je weiter man sich von der Innenstadt entfernt?

Steglitz-Zehlendorf ist, auch ohne Pandemie, kein Party- oder Tourist*innenhotspot. Die Zahlen sind demnach nicht nur wegen vermeintlich schwächerer extrem rechter Strukturen geringer, sondern auch aufgrund geringerer Zufallsbegegnungen. Dies darf nicht verwechselt werden mit einem Gefühl der Sicherheit, das suggeriert, es würde nichts passieren. In den Wohnsiedlungen und Universität geprägten Bezirk findet Diskriminierung im Wohnumfeld, in der Schule oder am Arbeitsplatz statt. Gerade dies sind

sensible Bereiche, in denen Meldende direkte Konsequenzen fürchten, wenn sie bspw. die strukturelle Diskriminierung in Form von rassistischem Mobbing am Arbeitsplatz öffentlich machen.

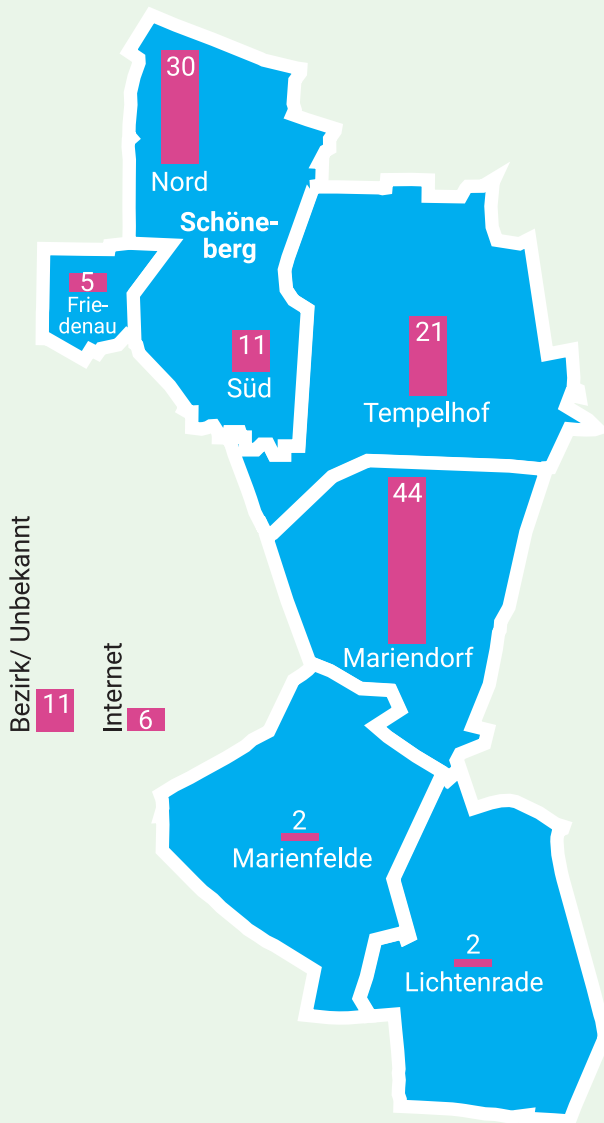
Je weiter ein Ortsteil am Stadtrand liegt, desto weniger Vorfälle werden gemeldet. Zum einen passiert weniger in dünn besiedelten Regionen, zum anderen braucht es auch Personen, die Vorfälle melden. So waren es im vergangenen Jahr in Wannsee lediglich neun, in Nikolassee vier und in Dahlem zwei Vorfälle. Die geringe Zahl an Meldungen kann auch an einer weniger diversen Bevölkerung und dem Agieren rechter Strukturen im Verborgenen liegen. So konnten Organisationen wie die „Vereinigung Deutscher Völker und Stämme“ jahrelang unentdeckt ihren Rückzugsort in Lichterfelde nutzen. Gleiches gilt für rechte Studentenverbindungen. Im Jahr 2020 gab es Aktivitäten, die direkt auf die „Identitäre Bewegung“ (11) oder die NPD und ihr Unterstützer*innenumfeld zurückzuführen waren. Letztere veranstaltete eine verbotene „Anti-Corona-Party“ (Vorfall vom 18.12.20) in Alt-Lankwitz. Ebenso zogen die Veranstaltungen von Andreas Wild (fraktionslos, über die Liste der AfD ins Abgeordnetenhaus gewählt) diverse Personengruppen, sowohl überbezirklich als auch von unterschiedlichen Strömungen, u.a. durch Teilnahme an Anti-Corona-Demonstrationen an. Neben dem organisierten Spektrum ist von einer größeren Gruppe ungebundener Täter*innen auszugehen. Davon sind einige Gelegenheitstäter*innen, die sich bspw. über einen extrem rechten Versandhandel mit Stickern versorgen. Während einige nur Aufkleber verbreiten, gibt es andere Menschen, die die Konfrontation suchen und andere beleidigen.

Auch inhaltliche Dunkelfelder spiegeln die Lage im Bezirk wider. Es gibt weder größere nichtchristliche Religionsgemeinschaften mit Sitz im Bezirk noch Zentren oder Beratungsstellen bspw. im Bereich LGBTIQ*. Angebote könnten dazu beitragen, dass diese auch genutzt werden und das Leben im Bezirk öffentlich diverser wird. Gibt es das nicht,

so sind betroffene Communities auch weniger sichtbar. So spiegeln die dokumentierten rassistischen Vorfälle (57) wider, dass es eine starke Unterstützer*innenszene in der Geflüchtetenarbeit durch das Willkommensbündnis gibt. Die niedrige Zahl dokumentierter Vorfälle von LGBTIQ*-Feindlichkeit (3) zeigt, dass es kein Angebot für queere Menschen im Bezirk gibt. Viele Vorfälle erreichen das Register über berlinweite Beratungsstellen und communityspezifische Dokumentationsstellen wie RIAS, EOTO, ReachOut, Inssan oder AmaroForum. Sie dokumentieren nicht nur Vorfälle, sondern beraten auch. Es handelt sich daher meistens um Vorfälle, die für die Betroffenen als besonders einschneidend angesehen werden wie Angriffe oder Beleidigungen. Die Vielzahl unterschwelliger Anfeindungen wird deshalb bisher nicht abgebildet.

Nur weil Steglitz-Zehlendorf der letzte Bezirk ist, in dem eine Registerstelle entstanden ist, heißt das nicht, dass es hier weniger Menschen gibt, die von Vorfällen betroffen sind. Sie werden stattdessen weniger ernst genommen als in anderen Bezirken. Trotzdem ist jeder Angriff und jede Beleidigung eine/r zu viel. Es muss dauerhaft und mehr investiert werden, um Strukturen aufzubauen, die sich der Antidiskriminierung und der politischen Bildung widmen können. Der Blick in andere Bezirke weist den Weg.

Tempelhof-Schöneberg



Tempelhof-Schöneberg ist mit seinen knapp 350.000 Einwohner*innen der drittgrößte Bezirk Berlins nach Einwohnerzahl. Die sieben Ortsteile des Bezirks (Schöneberg-Nord, Schöneberg-Süd, Friedenau, Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade) sind in ihrer Struktur sehr unterschiedlich. Vom großstädtisch geprägten Schöneberger Wittenbergplatz über den Regenbogenkiez rund um den Nollendorfplatz und die Stadtvillen in Friedenau bis hin zu dörflichen Strukturen mit der alten Dorfanlage in Marienfelde und Hochhaussiedlungen am Stadtrand in Lichtenrade. Dementsprechend sind die Netzwerkstrukturen und Gegebenheiten für die Erfassung von Vorfällen sehr unterschiedlich und somit auch die Anzahl der Meldungen aus den verschiedenen Regionen.

Hakenkreuze und antimuslimisch-rassistische Schriftzüge in Bushaltestellen



Kontakt:

Register Tempelhof-Schöneberg
Nachbarschafts- und Selbsthilfeforum
in der UFA-Fabrik e.V.
Viktoriastr. 13
12105 Berlin

Tel.: 0176 - 588 557 15
Mail: ts@berliner-register.de
Twitter: @TsRegister
Instagram: @tsregister
Facebook: @tsregisterberlin

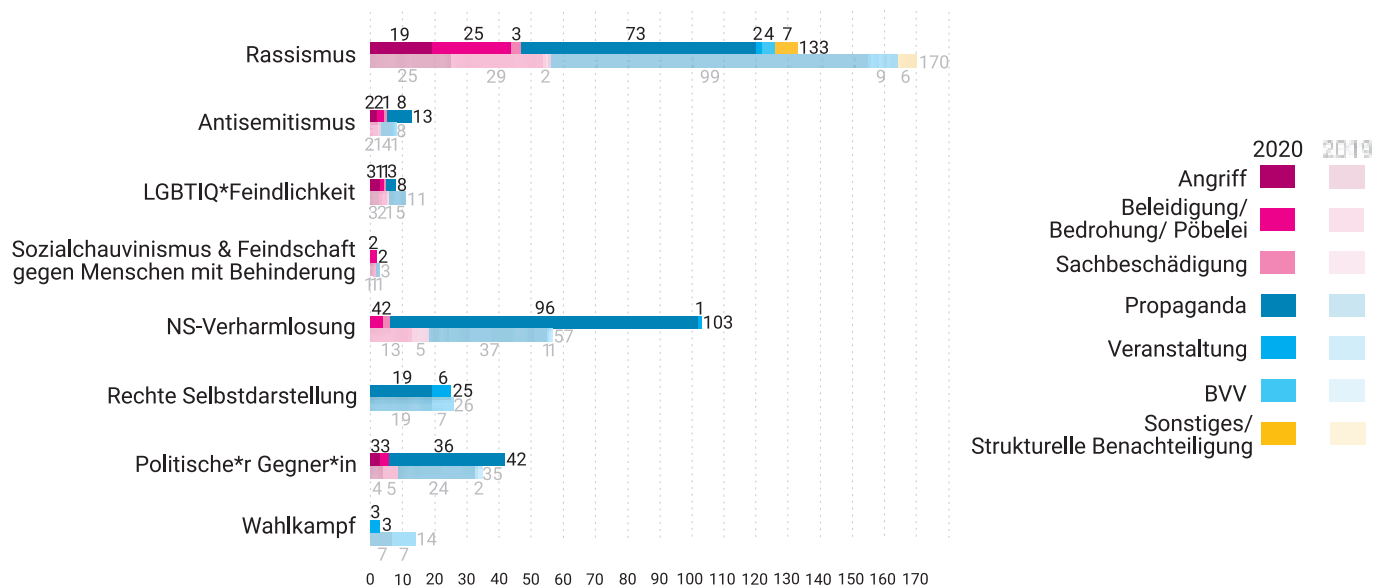
In Tempelhof-Schöneberg wurden im Jahr 2020 insgesamt 133 Vorfälle erfasst. Gegenüber den Vorjahren ist die Gesamtzahl leicht angestiegen (2019: 126 Vorfälle; 2018: 93 Vorfälle; 2017: 100 Vorfälle). Im Berliner Vergleich ist Tempelhof-Schöneberg damit ein Bezirk mit wenigen dokumentierten Vorfällen. Spandau und Reinickendorf bilden mit jeweils 98 dokumentierten Vorfällen die Schlusslichter, der Bezirk Mitte mit 609 Vorfällen die Spitze. Tempelhof-Schöneberg hat eine sensibilisierte Zivilgesellschaft, viele engagierte Projekte haben ihren Sitz im Bezirk, es gibt elf Anlaufstellen in unterschiedlichen Ortsteilen und dennoch deutet die niedrige Zahl darauf hin, dass es ein Dunkelfeld an Vorfällen gibt, die nicht gemeldet werden. Aus den gemeldeten Vorfällen ergibt sich für 2020 aber ein Bild, das sich vom Vorjahr unterscheidet.

Die auffälligsten Veränderungen gegenüber 2019 sind:

- 1.) der Rückgang der LGBTIQ*-feindlichen Angriffe in Schöneberg Nord (2020: 6; 2019: 14),
- 2.) der Anstieg von rassistischen Beleidigungen und Bedrohungen (2020: 20; 2019: 7) bei gleichgebliebener Zahl rassistischer Angriffe (2020 und 2019 jeweils 11) und
- 3.) ein Anstieg antisemitisch motivierter Sachbeschädigungen (2020: 9; 2019: 1).

Das Jahr 2020 war geprägt durch die Corona-Pandemie. Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg hatte das, ebenso wie in anderen Bezirken, Auswirkungen. Die Schließung von Kneipen, Clubs, Bars und kulturellen Angeboten führte dazu, dass weniger Menschen in den Partykneipen der Stadt unterwegs waren und dort beschimpft oder geschlagen wurden. Im Jahr 2020 wurden stattdessen andere Orte zu Tatorten, wie

Supermärkte und deren Parkplätze, öffentliche Grünanlagen und ganz gewöhnlich Wohngebiete. So ging die Zahl der Angriffe im Bezirk deutlich zurück (2020: 21; 2019: 32). Allein im Schöneberger Norden wurden 10 LGBTIQ*-feindliche Angriffe weniger als im Vorjahr verzeichnet (2020: 6; 2019: 16). Wurden 2019 noch häufig transsexuelle Sexarbeiter*innen in diesem Ortsteil attackiert, konnten sie während der Pandemie ihrer beruflichen Tätigkeit nicht nachgehen und wurden deshalb weniger auf der Straße angegriffen. Eine Entwarnung ist das für Schöneberg-Nord nicht, denn die Zahl der insgesamt dokumentierten Vorfälle blieb dort, ebenso wie in anderen Ortsteilen, auf gleichem Niveau.



Beispielvorfälle

8. Dezember 2020

Ein 25-jähriger Sicherheitsmitarbeiter eines Supermarktes am Nollendorfplatz wird gegen 19:15 Uhr von einer 55-jährigen Kundin, die keine Corona-Maske trägt, rassistisch beleidigt und angespuckt.

Quelle: Polizei Berlin, 19.12.2020

5. November 2020

Am 5.11.2020 äußerte sich ein Twitter-Nutzer antisemitisch und bedrohlich: „Ein Jude mit Kippa würde am Bahnhof in Köln kaum 50 Meter weit kommen

ohne...“. Dazu hat der Nutzer ein Foto hochgeladen, auf dem vermeintliche Juden-Puppen aufgehängt werden. Der Tweet richtete sich gegen ein Konzert des Evangelischen Kirchenkreises Tempelhof-Schöneberg.

Quelle: Evangelische Kirchenkreis Tempelhof-Schöneberg

6. Oktober 2020

Gegen 0:30 Uhr wurde eine 41-jährige Transperson in der Bülow-/ Ecke Frobenstraße aus einem Auto heraus, das mit vier Personen besetzt war, mit einem Ab-

schlepphaken beworfen. Die Transperson wurde außerdem mit einem Pflasterstein beworfen und am Rücken getroffen.

Quelle: ReachOut Berlin, Polizei Berlin, 16.10.2020 queer.de, 16.10.2020

18. September 2020

An der Bushaltestelle Rixdorfer Straße/ Britzer Straße, Richtung Kielinger Straße, wurde eine rassistische Schmiererei „Ausländer Raus“ und „AfD“ angebracht.

Quelle: Berliner Register



Anstieg rassistischer Beleidigungen und Bedrohungen

Rassistische Vorfälle machen im berlinweiten Vergleich (2020: 1307; 2019: 1337) ebenso wie auf bezirklicher Ebene (2020: 45; 2019: 42) mit 34 Prozent einen Großteil der Vorfälle aus. 2020 wurden ebenso wie 2019 elf rassistisch motivierte Angriffe erfasst. Während sich die Angriffe 2019 noch mit gleich hohen Zahlen auf die Ortsteile Schöneberg Nord und Süd sowie Tempelhof verteilten, wurden 2020 in Schöneberg Süd keine Gewalttaten verzeichnet, stattdessen verteilten sich jeweils ein Angriff auf Mariendorf, Marienfelde und einen unbekannt gebliebenen Ortsteil. Auffälliger als die Verteilung der Angriffe im Bezirk ist jedoch der Anstieg von rassistisch motivierten Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (2020: 20; 2019: 7). Der Anstieg ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Registerstellen von weiteren Antidiskriminierungsberatungsstellen Vorfälle gemeldet bekommen haben, die dies 2019 noch nicht getan haben.

Einige dieser Stellen haben erst mit dem Jahr 2020 damit begonnen, Vorfälle nach Bezirken zu dokumentieren. So wurden drei Meldungen der Antidiskriminierungsberatung an Schulen (ADAS), fünf antimuslimisch rassistische Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien von Inssan e.V., ein anti-Schwarzer rassistischer Vorfall vom Each One Monitoring und eine über die Antidiskriminierungs-App (AnDi-App) für den Bezirk gemeldet. Ende November kam es zu einem Fall von „Zoom-Bombing“ während eines Gottesdienstes des Evangelischen Kirchenkreises. Das Phänomen wurde bekannt mit der Verlegung von Präsenz-Veranstaltungen ins Internet. Beim sogenannten Zoom-Bombing werden Online-Veranstaltungen, die auf der Videokonferenzplattform „Zoom“ stattfinden, von externen Personen gehackt und es werden NS-Symbole oder

pornografische Bilder gezeigt mit dem Ziel, die Teilnehmer*innen der Veranstaltung zu schockieren.

Die meisten der rassistischen Vorfälle, nämlich 21 (2019: 8) von insgesamt 45, richteten sich gegen Menschen, die als muslimisch wahrgenommen wurden. Fünf der rassistischen Vorfälle richteten sich gegen Schwarze Menschen (2019: 1).

Anstieg antisemitisch motivierter Sachbeschädigungen

Die Gesamtzahl antisemitischer Vorfälle liegt mit 17 auf dem Niveau des Vorjahres (2019: 16). Was sich dort verändert hat, ist die Zahl der Sachbeschädigungen. War es 2019 nur eine einzige, wurden 2020 neun Sachbeschädigungen aufgenommen. Darunter war ein Hakenkreuz, das in die Fensterscheibe eines israelischen Restaurants geritzt wurde. In drei Fällen wurden Gedenkorte, die an den Holocaust erinnern, mit NS-Symbolen beschmiert. Einige der Propaganda-Vorfälle hatten Bezug zu antisemitischen Verschwörungsmythen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Besonders gravierend ist ein Vorfall von Dezember 2020. Kurz vor Weihnachten wurde die Fensterscheibe einer Wohnung, die der jüdischen Gemeinde gehört, mit Steinen eingeworfen. Im Vergleich mit anderen Bezirken ist die Zahl antisemitischer Vorfälle niedrig, weil Tempelhof-Schöneberg weder eine organisierte extrem rechte Szene hat noch Veranstaltungsort für Demonstrationen ist. Beide Faktoren sind Treiber antisemitischer Vorfälle. Im Jahr 2020 wurden bei Veranstaltungen der Corona-Leugner*innen und jenen, die die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung kritisierten, antisemitische Verschwörungsmythen geäußert, aber diese fanden nicht in Tempelhof-Schöneberg statt.

Auch wenn nur wenige Vorfälle Widerhall in der Presse finden, ist ihre Erfassung für die

sozialräumliche und pädagogische Arbeit, für zivilgesellschaftliche Initiativen und für das Bezirksamt wichtig, um Problemfelder und Diskriminierungsschwerpunkte auszumachen. Die erfassten Meldungen im Einzelnen und in ihrer Gesamtbewertung können helfen, Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit zu erarbeiten. Hinzu kommt, dass für die Betroffenen von Diskriminierung und Gewalt die Chronikmeldungen oft die einzige Würdigung sind, dass das Erlebte als Unrecht anerkannt wird. Die Verletzungen und Demütigungen können niemals vollständig verhindert werden, aber die Auseinandersetzung von vielen mit Rassismus, Antisemitismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit und Rechtsextremismus kann dazu beitragen, dass weniger Ausgrenzung stattfindet und Betroffene nicht allein bleiben.



Nicht nur... HELD*INNEN MELDEN!

Von Juni bis November 2021 läuft über die Registerstelle Tempelhof-Schöneberg eine Meldeoffensive-Kampagne mit dem Ziel, die Dunkelziffer der nicht dokumentierten Vorfälle sichtbar zu machen. Quellen, Anzahl und Umfang der Meldungen an die Registerstelle sollen langfristig und nachhaltig zu einer realistischen Einschätzung der Situation führen.

Die Kampagne „Nicht nur... HELD*INNEN MELDEN!“ nimmt die Menschen in den Fokus, die mit ihrer Meldung Superheld*innen sind. Die Meldungen sollen Betroffene ermächtigen und Melder*innen sollen sich damit stark fühlen.

Einen diskriminierenden Vorfall zu melden, hat in sich KRAFT!!! und zwar eine SUPERKRAFT!!!

Durch die Kampagne soll auch eine breitere Solidarisierung und Sensibilisierung für diese Themen und Realitäten erreicht wer-

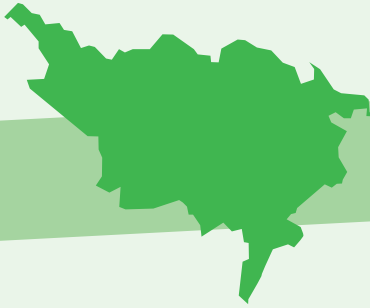
den. Diskriminierung soll durch die Kampagne erkannt und gemeldet werden und darüber hinaus einen Beitrag dazu leisten, eine klare Haltung gegen Diskriminierung seitens der Gesellschaft zu entwickeln. Weitere Ziele sind Stärkung von Zivilcourage und Solidarität mit den Betroffenen.

Die Aktivitäten der Kampagne werden auf Facebook, Instagram, Twitter und der Webseite der Berliner Register (www.berliner-register.de/heldinnen) zu sehen sein. Es ist eine enge Zusammenarbeit mit Kooperationspartner*innen vorgesehen. Flankiert werden die Aktivitäten durch Pressearbeit und analoger Außenwerbung.

Die Kampagne soll die Netzwerke der Akteur*innen, die solidarisch miteinander leben und arbeiten, und eine klare Haltung gegen Rassismus und Diskriminierung im lokalen Kontext stärken.



Nicht nur HELD*INNEN MELDEN!
www.berliner-register.de/heldinnen



Treptow-Köpenick

Treptow-Köpenick ist der flächengrößte Bezirk Berlins und einer der grünsten. In seinen 15 Bezirksregionen wohnen fast 280.000 Menschen. Dabei unterscheiden sich diese Regionen stark - vom fast innenstädtischen Alt-Treptow bis nach Schmöckwitz an der Grenze zu Brandenburg. Diese regionalen Unterschiede in Bevölkerungsdichte und -struktur spiegeln sich auch in den Registerdaten wider. Im Bezirk befindet sich zudem die NPD-Bundeszentrale.



Mordaufruf in der Treptower Straße

Schriftzüge am Müggelseedamm



Kontakt:
Register Treptow-Köpenick
Zentrum für Demokratie
Offensiv'91 e. V.
Michael-Brückner-Str. 1
12439 Berlin

Tel.: 030 - 65 48 72 93
Mail: tk@berliner-register.de
Facebook: Register Treptow-Köpenick
Twitter: @TkRegister

Im Jahr 2020 wurden 329 Vorfälle dokumentiert (2019: 324). Damit wurde nahezu dasselbe Niveau wie im Vorjahr erreicht. Allerdings gibt es eine leichte Verschiebung innerhalb der Vorfallsarten. So nahmen Angriffe und massive Bedrohungen, sowie Bedrohungen/Beleidigungen/ Pöbeleien ab und Propaganda zu. Auch inhaltlich kam es zu einer Verschiebung, so stieg insbesondere im Bereich der Propaganda das Motiv der NS-Verherrlichung/ -Verharmlosung stark an.

Rückgang der Gewalt – Anteil von Rassismus weiter gestiegen

Die Angriffe sind 2020 um sechs Vorfälle auf 27 zurückgegangen und nähern sich wieder den Jahren 2018 (30) und 2017 (22) an. Auch die Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien sind rückläufig (- 15). Dies lässt sich bei genauerer Betrachtung der Vorfälle auf einen Rückgang in den Abend- und Nachtstunden zurückführen, der durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie erklärbar ist. Insbesondere durch die Schließung von Kneipen und das Verbot

von Veranstaltungen sowie Fußballspielen mit Zuschauer*innen kam es in dieser Zeit zu weniger Kontakten im öffentlichen Raum. Im gesamten Vorfallsbereich kam es zu einer erneuten Steigerung des Motivs Rassismus. 69 % aller Übergriffe waren rassistisch motiviert (2019: 64 %; 2018: 51 %). Die meisten Übergriffe wurden in Niederschöneweide (9), gefolgt von Köpenick-Mitte (6) und Alt-Treptow (6), dokumentiert.

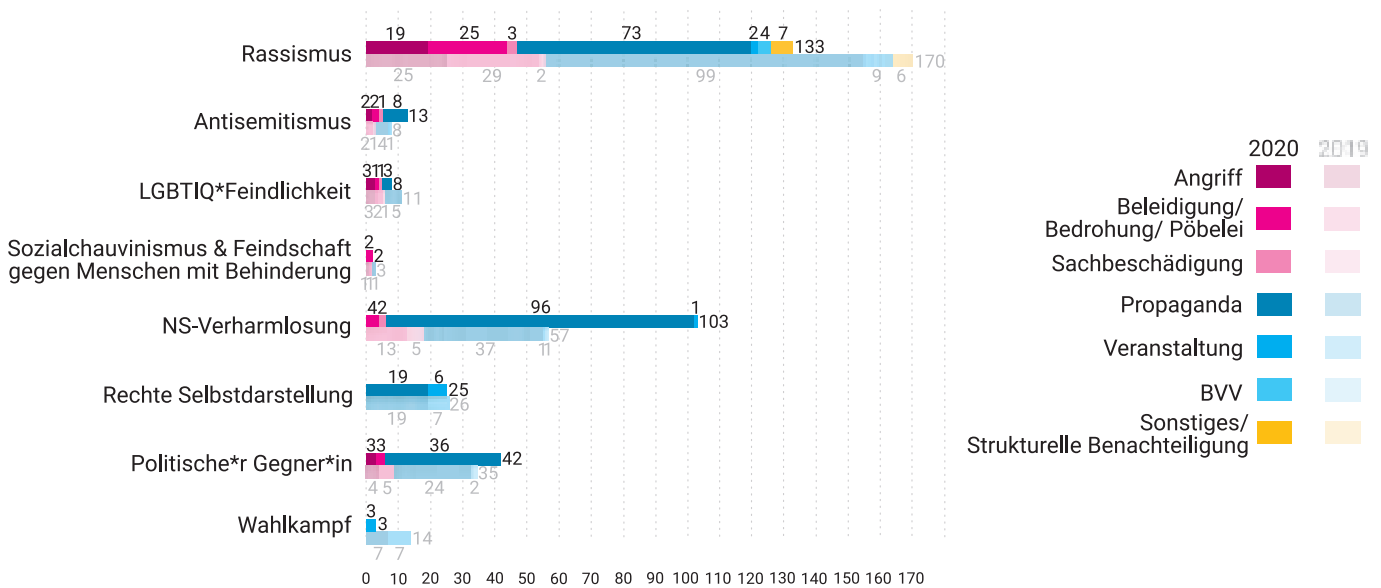
Vorfallsarten: Mehr Propaganda – weniger Veranstaltungen

Ein Anstieg der Vorfälle zeigt sich bei der Propaganda (2020: 235; 2019: 196). Damit liegt sie im Mittel der Vorjahre. Allerdings gab es eine starke Verschiebung der Inhalte. Dabei wurde ein Rückgang der rassistischen Propaganda (- 26) und gleichzeitig ein starker Anstieg im Bereich NS-Verherrlichung/ -Verharmlosung (+ 59) dokumentiert. Die Veranstaltungen sind auf Grund der Corona-Maßnahmen im Bezirk zurückgegangen (- 13). Bei Demonstrationen bleibt der Trend der Vorjahre bestehen, diese zentral in der Innenstadt durchzuführen. Akteur*innen der extremen Rechten,

die sonst im Bezirk für rassistische Veranstaltungen verantwortlich waren, schlossen sich den Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie an. Diese fanden vorwiegend im Bezirk Mitte statt. Alle anderen Vorfallsarten sind im Vergleich zum Vorjahr ähnlich stark vertreten.

Inhaltliche Zuordnung: Starker Anstieg der NS-Propaganda

Auf die Verteilung der inhaltlichen Zuordnung der Vorfälle hat der Anstieg von NS-verherrlichender/ -verharmlosender Propaganda einen starken Effekt. Hier waren es insbesondere Vorfälle mit neonazistischen Zahlen-codes („18“ / „88“), die zugenommen haben (+ 43), aber auch Hakenkreuze (+ 19). Ein besonderer Fall sind dabei die Solidaritätsbekundungen mit der im Januar 2020 verbotenen, militanten und nationalsozialistischen Gruppierung „Combat 18“. Die Organisation ist zutiefst rassistisch und will einen bewaffneten Untergrund-Kampf zur Vorherrschaft der „Weißen Rasse“ führen. Ihr Kürzel „C18“ ist ein Symbol für den bewaffneten Rechts-



Beispielvorfälle

1. März 2020

Am Abend wurde ein Jugendlicher an einer Bushaltestelle am Sterndamm von einem Mann angerempelt. Gleich danach forderte dieser den Jugendlichen auf, auf den Boden zu schauen und für den Fall, dass er dennoch hochschaue, drohte er ihm Schläge an. Anschließend sagte der Mann, dass er Nationalsozialist sei und beleidigte den Jugendlichen antisemitisch.

20. April 2020

Am Abend wurde eine Transfrau im Treptower Park erst homo-feindlich

beleidigt und dann angegriffen. Sie war in Begleitung ihrer Lebensgefährtin und eines Freundes. Ihr wurde mehrfach gegen den Oberschenkel geschlagen und der Täter versuchte sie ins Wasser zu werfen. Nachdem sich der Täter entfernt hatte, näherte er sich erneut der Angegriffenen. Diese filmte daraufhin mit dem Handy ihren Angreifer. Der Täter und ein weiterer Mann entrissen ihr nun das Handy und warfen es ins Wasser. Anschließend schubsten sie die Frau zu Boden, hielten sie fest und traten gegen ihren Kopf und Arm.

15. Mai 2020

In der Seelenbinderstr. brüllte eine Gruppe Jugendlicher laut „NSDAP“.

1. Juli 2020

Am Abend wurde in der S-Bahn in Schöneweide eine asiatisch gelesene Frau von einer anderen Frau rassistisch beschimpft, körperlich angegriffen und bespuckt. Passant*innen kamen der Frau zu Hilfe. Die Täterin flüchtete.

Treptow-Köpenick

terrorismus und wurde vor allem im Februar und März in den Ortsteilen Baumschulenweg und Oberschöneweide entdeckt. Insgesamt erreichte dieses Motiv 2020 seinen Höchststand seit der Erfassung durch das Register Treptow-Köpenick (2020: 103; 2019: 57; 2018: 67). Somit liegt dieser Motivbereich nun bei 31 % der gesamten Vorfälle. Gleichzeitig ist der Anteil von rassistischen Vorfällen an der Gesamtzahl auf 40 % gefallen, allerdings gilt dies nicht für die Übergriffe. Rassismus ist in diesem Bereich mit 69 % weiterhin das häufigste Motiv. Auffällig war hier der Anstieg von Übergriffen mit anti-asiatischem Rassismus als Motiv. Es wurden ein Angriff und vier Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien dokumentiert. Diese stehen sehr deutlich im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, da in den Vorjahren nur sehr selten derartige Vorfälle erfasst wurden (2019: 1; 2018: 0). Ein leichter Anstieg ist in den Bereichen Antisemitismus (+ 5) und politische Gegner*innen (+ 7) zu erkennen, jedoch liegen diese innerhalb der Schwankungen der letzten Jahre.

Verteilung nach Ortsteilen: Niederschöneweide und Alt-Treptow an der Spitze

In den meisten Ortsteilen ist einen Rückgang der Vorfälle festzustellen. Diesem Trend stehen vor allem Alt-Treptow (+ 27) und Niederschöneweide (+ 8) mit einer Zunahme entgegen. Niederschöneweide ist damit weiterhin

der Ortsteil mit den meisten Vorfällen. Dies spiegelt sich sowohl in der Anzahl der Propaganda (48), aber auch in den Übergriffen (9 Angriffe und Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien) wider. In beiden Arten steht der Ortsteil an der ersten Stelle, da er immer noch ein Wohn- und Rückzugsraum von extrem rechten Akteur*innen ist. In Alt-Treptow lässt sich der starke Anstieg auf Propagandavorfälle zurückführen. Dort ist eine neue Graffiti-Gruppe im Ortsteil aktiv, die vor allem Gewaltaufrufe gegen Antifaschist*innen verbreitet. Zudem fanden in Alt-Treptow die meisten Angriffe (4) im Jahr 2020 statt. Dies ist jedoch keine neue Entwicklung, da hier auch in der Vergangenheit vergleichsweise viele Übergriffe (2019: 8; 2020: 6) dokumentiert wurden. Dies lässt sich auf die Nähe zur Innenstadt mit einem stärkeren Angebot an Kneipen und die starke Nutzung des Bahnhofes sowie des Parks zurückführen. Insbesondere an Orten, wo viele Menschen zusammentreffen, kommt es auch zu Übergriffen.

Ausblick ins Wahlkampfjahr 2021

Der Rückgang der Angriffe und Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien lässt sich mehrheitlich auf die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie zurückführen. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich hier im nächsten Jahr eine Normalisierung einstellen könnte, weil Kneipen wieder geöffnet sind und Fußball-

sporte mit Zuschauer*innen stattfinden werden. Dadurch werden die Zahlen wieder steigen. Darüber hinaus finden 2021 die Wahlen zum Bundestag, für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen statt. In der Vergangenheit zeigte sich, dass Wahlkämpfe zu einer Verschärfung der rassistischen Rhetorik beitragen, die dann auch in Gewalt mündete. Zudem wird auch die direkte politische Auseinandersetzung mit der extremen Rechten zunehmen, da diese ihre Aktivitäten auf der Straße verstärken wird. Insbesondere in Wahljahren ist es wichtig, dass die Zivilgesellschaft aufmerksam bleibt und ihre Solidarität mit Betroffenen von extrem rechten und diskriminierenden Anfeindungen zeigt. Antirassistisches und antifaschistisches Engagement bleibt mit Blick auf das kommende Wahljahr, aber auch im Hinblick auf die zunehmende Thematisierung von Rassismus in der Gesellschaft und die (extrem) rechte Gegenwehr, eine zentrale individuelle und gesellschaftliche Aufgabe. Ob bei LGBTIQ*-feindlichen Übergriffen im Park, rassistischen Angriffen in Bus und Bahn oder bei Pöbeleien nach dem Fußballspiel oder bei rechten Stammtischparolen in der Kneipe, steht an der Seite der Betroffenen und macht Diskriminierung sichtbar und setzt ein Gegengewicht!

(cc) Flickr.com - Felix Neumann (<https://www.flickr.com/photos/the-contented/25998456621/>)



Beratungs- & Dokumentationsstellen in Berlin

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB)

Das ADNB ist eine nicht-staatliche und unabhängige Beratungsstelle primär für in Berlin lebende Menschen, die rassistische und damit zusammenhängende Diskriminierungserfahrungen machen. Mehr Informationen unter: www.adnb.de

Antidiskriminierungsberatung Alter oder Behinderung

Diese Beratungsstelle ist eine Anlaufstelle für Menschen, die sich aufgrund ihres Lebensalters oder ihrer Behinderung diskriminiert fühlen.
www.diskriminierung-berlin.de

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (Apabiz)

Das apabiz ist ein Archiv und bietet Veranstaltungen und Workshops rund um die Themen der extremen Rechten an. Mehr Informationen unter www.apabiz.de

Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA)

AmaroForo dokumentiert antiziganistisch motivierte Vorfälle in Berlin. Mehr Informationen zum Dokumentationsprojekt gibt es hier: www.amaroforo.de/antidiskriminierungsarbeit

Dokumentation und Beratung bei Anti-Schwarzem Rassismus

Betroffene von Anti-Schwarzem Rassismus können sich an die Antidiskriminierungsberatung bei Each One Teach One e.V. wenden. EOTO und die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland dokumentieren Vorfälle von Anti-Schwarzem Rassismus.
www.eoto-archiv.de/antidiskriminierungsberatung

Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP)

www.kop-berlin.de

Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. (KUB)

www.kub-berlin.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)

Die MBR bietet allen Menschen Beratung und Unterstützung an, die sich in Berlin für eine menschenrechtsorientierte und demokratische Alltagskultur einsetzen.
www.mbr-berlin.de

ReachOut - Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

ReachOut berät Betroffene, Angehörige und Zeug*innen rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt.
www.reachoutberlin.de

Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS)

RIAS dokumentiert antisemitische Vorfälle in Berlin, die über die Seite www.report-antisemitism.de gemeldet werden können.

REDAR - Recherche und Dokumentationsprojekt Antimuslimischer Rassismus

www.redar.berlin

INSSAN - Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit

www.inssan.de/meldung

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG)

Auf der Internetseite sind Ratgeber für Betroffene und deren Angehörige in unterschiedlichen Sprachen als PDF zu finden.
www.verband-brg.de/material/#publikationen

Mobiles Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung

www.mbt-berlin.de/mbt

www.berliner-register.de

